

22. Jahrgang

**Nr. 4**

Dezember 2011

# Sozialimpulse

**Rundbrief**

**Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus**

Die USA im  
Wahlkampfjahr 2012

Mythologie  
und Politik

Toxischer Exzess: Wohlstandsgefälle  
und Soziales Hauptgesetz

Die Durchlässigkeit  
für das Individuelle

Betrachtungen,  
Initiativen, Termine

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

<b>Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens</b> (Hans-Jörg Barzen) _____	3
<b>Die USA im Wahlkampfjahr 2012 - eine gesplante Gesellschaft?</b> (Roland Benedikter) _____	5
<b>Mythologie und Politik im US-Präsidentenwahlkampf 2012</b> - (Ein Gespräch zwischen Roland Benedikter und Victor Faessel) _____	13
<b>Toxischer Exzess - Wohlstandsgefälle und Soziales Hauptgesetz</b> (Christopher Schaefer) _____	21
<b>Die Durchlässigkeit für das Individuelle - Freiheit und Selbstverwaltung als Entwicklungs- bedingungen einer erneuerten Kultur</b> (Friedrich Platzer [1962 - 2011], Zusammenfassung Christoph Strawe) _____	25
<b>Betrachtungen und Berichte</b>	
Gedenken: Friedrich Platzer (C. Strawe) _____	29
Stößt die Occupy-Bewegung den Gott Mammon vom Thron? (Wilhelm Neurohr) _____	30
Letzte Warnung an die Deutsche Bank (Ulrich Rösch) _____	32
Atomenergie (Michael Rist) _____	33
40 Jahre Internationales Kulturzentrum Achberg (Christoph Klipstein) _____	34
Revolutionieren wir die Welt so, dass alles beim Alten bleibt? (Thomas Brunner) _____	38
Das Gespenst des Kapitals - Fraktale und Finanzen (Helmut Woll) _____	42
Resonanz auf Vorschlag zur Schuldentilgung _____	45
Iran-Reiseeindrücke (Manfred Günther) _____	46
Vom Regiogeld zum Nationalen Parallelgeld (Gerardus Lang) _____	47
<b>Leserpost</b> _____	48
<b>Literatur</b>	
Rahel Uhlhoff (Hg.): Anthroposophie in Geschichte und Gegenwart _____	49
Silvio Gesell - Textauswahl zum 150. Geburtstag _____	50
<b>Initiativen und Termine</b>	
Geldsystem neu denken und gestalten (Herbert Schliffka) _____	50
Sozialkundelehrertagung / Sozialwiss. Forum _____	51
7. Stuttgart Open Fair 2012 _____	52
Freiheit für das Bildungsleben _____	52
Mehr Demokratie wagen _____	53
Aktuelle Themen im Forum 3 _____	53
Bildungskongress Stuttgart _____	54
Veranstaltung „Ägypten ein Jahr nach der Revolution“ _____	54
<b>Aufruf zum Kostenausgleich</b> _____	54
<b>Terminvorschau Fortbildung und Studienangebote</b> _____	56

# Editorial

Wir blicken auf ein Jahr zurück, das viele dramatische Zuspitzungen in Europa und der Welt mit sich gebracht hat. Die Finanzkrise hat sich in eine Wirtschafts- und Verschuldungskrise verwandelt, eine „Rettungsaktion“ für den Euro jagt die andere. Man hat den Eindruck, dass die Finanzmärkte die Politik weiter vor sich hertreiben, während diese verzweifelt versucht, den Eindruck gelingenden Krisenmanagements zu erzeugen. Dabei sind bis heute die wenigsten der Maßnahmen, die bereits auf dem Höhepunkt der Finanzkrise auf G20-Gipfeln verabredet wurden, umgesetzt. Der Gipfel von Durban hat keine wirklich überzeugende Antwort auf die Existenzfrage nach der Fortsetzung des Kyoto-Prozesses gefunden, während die Atomkatastrophe von Fukushima die Welt aufgerüttelt und die letzten Illusionen über eine „sichere Atomenergie“ zerstört hat. Zugleich haben sich Bewegungen für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit entwickelt: der arabische Frühling, die Occupy-Bewegung und andere. In Russland gehen die Menschen gegen die Zumutungen einer „gelenkten Demokratie“ auf die Straße, in Myanmar gibt es plötzlich Hoffnung auf demokratischen Fortschritt, während in Syrien der Aufbruch mit äußerster Brutalität unterdrückt wird. Gewalt und Terror breiten sich weiter aus, in Deutschland droht Gefahr von ultrarechts. Ein widersprüchliches Bild ist es, das sich bietet. Einige dieser Widersprüche und ihre innere Dynamik versuchen wir in diesem Heft besser zu verstehen, um Handlungsansätze zu finden. So untersucht Roland Benedikter die Lage in den USA, von deren Entwicklung so viel für die Welt abhängt, vor den Präsidentschaftswahlen von 2012.

Die Notizen über das Zeitgeschehen und den Aufruf zum Kostenausgleich hat Hans-Jörg Barzen verfasst, der seit dem letzten Jahr punktuell im Büro mitarbeitet, während er gleichzeitig als Geschäftsführer des Anthroposophischen Jugendseminars und nach wie vor auch als Unternehmensberater wirkt. Für seine wertvolle Hilfe, die in Zukunft noch wichtiger werden wird, möchte ich ihm an dieser Stelle danken. Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich von Herzen alles Gute für das neue Jahr 2012.

Ihr C. Strawe

# Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Redaktions- und Vertriebsassistent: Hans-Jörg Barzen, Simmozheim. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

# Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens

17. September bis 19. Dezember 2011

**Hans-Jörg Barzen**

In dieser Ausgabe haben wir die Themenblöcke der geänderten Zeitlage angepasst. Der Block „Arabische Welt“ ist in die „Welt“ mit eingeflossen, dafür sind „Klima“ und „Rechtsradikalismus“ neu hinzu gekommen.

## Welt

UN-Sicherheitsrat lockert Sanktionen gegen Libyen +++ Palästinenser wollen UN-Vollmitgliedschaft +++ Obama mit drei Billionen Dollar Sparpaket gegen Schuldenkrise +++ Gewalt im Jemen nimmt weiter zu +++ ehemaliger libyscher Geheimdienstchef gefasst +++ Lage im Jemen weiter verschärft +++ Ex-Präsident Rabbani bei Selbstmordanschlag in Kabul getötet +++ Taliban bekennen sich zu Anschlag auf Rabbani +++ jemenitischer Präsident Saleh erstmals seit Rückkehr aus Saudi-Arabien an die Öffentlichkeit getreten +++ Deutsche Botschaft in Libyen wiedereröffnet +++ vorgezogene Wahlen in Spanien +++ Serbien sagt Verhandlungen mit dem Kosovo ab +++ EU-Parlament unterstützt eigenen Palästinenserstaat bei der UNO +++ Al-Qaida Terrorist Anwar al-Awlaki im Jemen getötet +++ Nato hat Bombardements in Libyen praktisch beendet +++ Apple-Mitbegründers Steve Jobs gestorben +++ Nobelpreis für Literatur an den schwedischen Lyriker Tomas Tranströmer +++ zehnter Jahrestag des Beginns der Nato-Intervention in Afghanistan +++ UN: Bisher 3.000 Tote bei Unruhen in Syrien +++ Denkmal für Martin Luther King in Washington eingeweiht +++ schwere Gefechte in jemenitischer Hauptstadt Sanaa +++ Nato: Gaddafi-Truppen keine nennenswerte Bedrohung mehr +++ 20.10.: Gaddafi und dessen Söhne Saif al-Islam und Mutassim getötet +++ Milizen des libyschen Übergangsrates geraten zunehmend ins Zwielicht. Menschenrechtler haben Anhaltspunkte für eine offensichtliche Massenhinrichtung von Gaddafi-Anhängern +++ Gaddafi an geheimen Stelle in der Sahara beerdigt +++ Nato-Generalsekretär Rasmussen wertet Einsatz der Allianz in Libyen als großen Erfolg +++ schweres Erdbeben im Osten der Türkei mit mindestens 570 Toten +++ Selbstmordanschlag in Kabul: 13 US-Soldaten getötet +++ Menschenrechtsaktivist und Dichter Michael Higgins gewinnt Präsidentenwahl in Irland +++ wieder Kämpfe zwischen Israel und militanten Palästinensern +++ USA stoppen Zahlungen an UNESCO nach der Aufnahme der Palästinenser +++ sieben Milliarden Menschen laut UN auf der Erde +++ Neuer Regierungschef in Libyen gewählt +++ Syrien akzeptiert Friedensplan der Arabischen Liga +++ Julian Assange kann an Schweden ausgeliefert werden +++ Russland wird offenbar bald Mitglied der Welthandelsorganisation WTO +++ In Syrien geht die Gewalt gegen Oppositionelle unvermindert weiter +++ Streit um das iranische Atomprogramm spitzt sich zu +++ Bundeswehr in Afghanistan soll bis Anfang 2013 um fast 1.000 Soldaten reduziert werden +++ Unesco muss Aktivitäten nach Zahlungsstopp der USA und Israels einschränken +++ Ukrainische Behörden ermitteln erneut gegen die Oppositionsführerin Timo-

schenko +++ Arabische Liga beschließt Ausschluss Syriens +++ Haftbefehl gegen philippinische Ex-Präsidentin Arroyo wegen des Verdachts des Wahlbetrugs +++ Westen zieht Botschafter aus Teheran ab +++ gemäßigte Islamisten gewinnen Wahl in Marokko +++ Wahl im Jemen für 21. Februar angesetzt +++ Gutachten erklärt norwegischen Attentäter Breivik für unzurechnungsfähig +++ Iranische Studenten stürmen Botschaft Großbritanniens in Teheran +++ EU-Außenminister beschließen Sanktionen gegen Iran +++ UN warnen vor Bürgerkrieg in ganz Syrien +++ Karsai: Afghanistan braucht bis mindestens 2024 finanzielle Hilfe +++ UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagt Afghanistan langfristige Hilfe zu +++ Zehntausende Regierungsgegner protestieren gegen Manipulationen der Parlamentswahl in Russland +++ Tunesien wählt den früheren Menschenrechtler Marzouki zum Präsidenten +++ Amoklauf im belgischen Lüttich mit vier Toten und ca. 123 Verletzten +++ In Syrien geht das Militär weiter gegen Regimegegner vor +++ Obama zieht symbolischen Schlussstrich unter den Irak-Krieg. Insgesamt starben im Irak etwa 4.500 US-Soldaten +++ mehrere Tote bei Demonstrationen in Kairo, gegen die Sicherheitskräfte brutal einschreiten +++ Kim Jong Il gestorben +++ Vaclav Havel gestorben +++ Zahl der Toten nach Unwetter auf den Philippinen auf 800 gestiegen +++

## Deutschland

Mann stirbt bei Flucht vor U-Bahn-Schlägern +++ SPD gewinnt Wahl in Berlin +++ Bsirske bleibt ver.di-Chef +++ Steuerabkommen mit Schweiz vereinbart +++ Papst feiert Abendgebet in Freiburg und ruft junge Christen dazu auf, „glühend Heilige“ zu werden +++ SPD und Grüne nehmen Koalitionsverhandlungen in Berlin auf +++ Richter nennen EnBW-Geschäft verfassungswidrig +++ Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen geplatzt +++ Rekordzahl von Studierenden an Unis +++ Zahl der Bezieher von Grundsicherung in Deutschland 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 % gestiegen +++ Verbraucherministerin Aigner startet „lebensmittelwarnung.de“ +++ erstes treibhausgasfreies Hybrid-Kraftwerk in der Nähe von Prenzlau in Betrieb gegangen +++ Bundeswehrreform wird zu Standortschließungen führen +++ FDP gegen Mindestlohn +++ Arbeitslosenzahlen in Deutschland wieder gesunken +++ Koalition einig über Steuersenkungen +++ Bundesverfassungsgericht erklärt die bislang in Deutschland bei der Europawahl geltende Fünf-Prozent-Hürde für verfassungswidrig +++ Deutschland gedenkt der antisemitischen Pogrome des Jahres 1938 +++ die fünf „Wirtschaftsweisen“ erwarten für 2012 deutlich niedrigeres Wachstum +++ SPD und CDU einigen sich in Berlin auf Koalitionsvertrag +++ Stuttgart 21-Gegner unterliegen bei Volksabstimmung +++ Ministerpräsident Kretschmann will sich an das Votum halten +++ Neue Anschuldigungen gegen Bundespräsident Wulff +++

## Klima

CO<sub>2</sub>-Ausstoß im vergangenen Jahr so rasant gestiegen wie noch nie +++ Der Klimarat der Vereinten Nationen erwartet im Zusammenhang mit der Erderwärmung eine drastische Zunahme extremer Wetterlagen +++ Umweltschützer und Politiker rufen zum Auftakt des UN-

Klimagipfels in Durban zu größeren Anstrengungen zum Klimaschutz auf +++ BUND zieht nach erster Woche des Klimagipfels eine durchwachsene Zwischenbilanz +++ China signalisiert Bereitschaft zu Klimavertrag +++ EU beschließt Fahrplan zu Weltklimavertrag, der auch Klimasünder wie USA, China und Indien in die Pflicht nimmt. Das Abkommen soll bis 2015 erarbeitet werden und 2020 in Kraft treten. Zwei Tage nach Ende des Gipfels erklärt Kanada seinen Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll +++ Bundesumweltminister Röttgen zieht positive Bilanz der UN-Klimakonferenz +++

### Rechtsradikalismus

Die beiden tot aufgefundenen Rechtsextremen aus Zwickau, die wegen der sogenannten Döner-Mordserie verdächtigt werden, haben offenbar ein Geständnis auf einer DVD hinterlassen +++ Politiker warnen vor einer neuen Qualität rechter Gewalt +++ Debatte um NPD-Verbot +++ Verfassungsschutz nach Mordserie in der Kritik +++ Bundesamt für Verfassungsschutz räumt Fehler bei Bekämpfung des militanten Rechtsextremismus ein +++ weitere Unterlagen im Fall der rechten Terror-Zelle sichergestellt +++ Terrorzelle aus Zwickau möglicherweise größer als bisher bekannt +++ Bundesinnenminister Friedrich kündigt Schaffung einer zentralen Datei für Ermittlungen gegen rechtsextreme Gewalttäter an +++ NPD-Funktionär Ralf Wohlleben in Jena verhaftet +++ weiterer mutmaßlicher Helfer des Zwickauer Neonazi-Trios gefasst +++ Generalbundesanwalt Range rechnet mit weiteren Belegen für die Nähe der Neonazi-Terrorzelle zur rechtsextremen NPD +++ 70 neue Hinweise im Fall der NSU-Terrorzelle +++ Neues Gremium soll Fahndungsspannen aufklären +++ Debatte über NPD-Verbot hält an +++ BKA-Chef dringt auf Neonazi-Datei +++ weiterer mutmaßlicher NSU-Terrorzellenunterstützer gefasst +++ Laut Langzeitstudie ist in Deutschland die Gewalt- und Protestbereitschaft von Rechtsradikalen in den vergangenen Jahren auf das höchste bisher gemessene Niveau angestiegen +++ Bundesländer wollen bis Ende März die Voraussetzungen für NPD-Verbot schaffen +++ neue Vorwürfe gegen den Verfassungsschutz +++

### Euro / Banken

EU-Finanzminister einig über Verschärfung des Stabilitätspakts +++ Streit um Einführung einer Finanz-Transaktions-Steuer. Großbritannien und Italien dagegen +++ Italien kritisiert Herabstufung durch Ratingagentur +++ Konsumklimaindex sinkt wegen Euro-Diskussion +++ BDI appelliert an Bundestagsabgeordnete, der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms zuzustimmen +++ BGH: Wohl kein Schadenersatz für Lehman-Geschädigte +++ Bundestag billigt Ausweitung des Euro-Rettungsschirms +++ Griechische Regierung zufrieden mit erstem Troika-Treffen +++ Österreich für ESFS-Erweiterung +++ Merkel offen für neue Finanzspritzen an Banken +++ Streiks in Griechenland +++ Niederlande sagen ja zu EFSF +++ EU-Kommission kündigte neues Konzept zur Rekapitalisierung an +++ Fitch stuft Italien und Spanien herab +++ internationale Finanzkontrolleure ziehen ernüchterndes Fazit der Reformbemühungen in Griechenland +++ Slowakisches Parlament stimmt gegen EFSF-Ausweitung +++ Griechenland erhält weitere Finanzhilfen, obwohl es die Bedingungen der internationalen Finanzkontrolleure nicht vollständig erfüllt hat +++ slowakisches Parlament im zweiten Durchgang für Ausweitung EFSF +++ Inflationsrate steigt auf höchsten Stand seit drei Jahren +++ nach der

Ratingagentur Fitch stuft auch Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit Spaniens herab +++ Protestkundgebungen gegen die Macht der Finanzmärkte in zahlreichen Großstädten der Welt +++ Euro-Länder kündigen umfassende Lösungen für Schuldenkrise an +++ Gewalttätige Proteste in Griechenland +++ Griechisches Parlament verabschiedet Spargesetz +++ EU beschließt 50% Schuldenerlass Griechenlands bei privaten Gläubigern +++ Der Umfang des Euro-Rettungsschirms EFSF wird mit Hebelwirkung auf eine Billion Euro erhöht +++ Börsen reagieren mit kräftigen Aufschlägen auf die Ergebnisse des EU-Gipfels +++ Europa wirbt um chinesische Investitionen +++ Demo in Berlin gegen die Macht von Banken und Konzernen +++ Papandreou kündigt Referendum über das neue Hilfspaket an +++ Opposition für umgehende Neuwahlen in Griechenland +++ Papandreou bereit zum Rücktritt +++ USA, China und Russland rufen EU zu entschlossenem Handeln in der Schuldenkrise auf +++ EZB senkt Leitzins auf 1,25 Prozent +++ Ergebnisse des G20-Gipfels: IWF soll künftig kurzfristige Kredite ausgeben können, um Länder vor einer Krisen-Ansteckung zu schützen. IWF soll Haushalts-Sanierung Italiens kontrollieren. 29 internationale Großbanken sollen so umgebaut werden, dass Steuerzahler nicht mehr für Verluste aufkommen müssen. In Deutschland zählen die Deutsche Bank und die Commerzbank dazu. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer scheitert am internationalen Widerstand +++ Berlusconi will zurücktreten +++ Wirtschaftsweise rechnen mit einem Wachstum von 0,9 Prozent +++ Papandreou erklärt am 9. November offiziell seinen Rücktritt +++ Italienischer Senat billigt Sparpaket +++ Übergangsregierung des neuen Ministerpräsidenten Papademos vorgestellt +++ Bundestag will Haftungsregeln für Ratingagenturen +++ Berlusconi zurückgetreten +++ Anti-Banken-Demo in Berlin und Frankfurt am Main +++ Ex-EU-Kommissar Monti mit Regierungsbildung in Italien beauftragt +++ Schäuble begrüßt Verzicht Ackermanns auf Aufsichtsratsposten +++ Bundesrechnungshof kritisiert hohe Schuldenlast +++ EU-Kommission will Macht der Ratingagenturen deutlich beschränken +++ Italien und Griechenland: Neue Regierungen bestätigt +++ Monti gewinnt erste parlamentarische Abstimmung für das Anti-Krisen-Programm +++ Haushaltsausschuss des Bundestages billigt neue Instrumente beim Euro-Rettungsschirm +++ Griechenland erhält nächste Finanzspritze von acht Milliarden Euro +++ Die Bad Bank der Hypo Real Estate (HRE) hat sich um fast 56 Milliarden Euro verrechnet. In der Bilanz der FMS Wertmanagement wurden Plus und Minus verwechselt. Dadurch sinkt deutsche Gesamtverschuldung von 83,7 auf 81,1 Prozent +++ Cameron sieht keine Notwendigkeit für EU-Vertragsänderung +++ neue italienische Regierung beschließt Sparpaket mit 24 Mrd. Kürzungen bis 2014 +++ Merkel und Sarkozy einigen sich auf gemeinsames Konzept gegen Euro-Krise +++ Das griechische Parlament stimmt über Sparhaushalt ab +++ Ackermann entgeht Briefbomben-Anschlag +++ EU-Gipfel zur Eurorettung begonnen +++ Sechs deutsche Banken bei Stresstest durchgefallen (Deutsche Bank, Commerzbank, DZ Bank, Landesbanken NordLB, Helaba und WestLB) +++ Großbritannien blockiert angestrebte Änderung der EU-Verträge. 17 Euro-Staaten einigen sich auf verbindlichen Pakt für mehr Haushaltsdisziplin +++ Cameron verteidigt Veto vor dem Parlament +++ Deutscher Gewerkschaftsbund unterstützt den Kurs von Merkel zur Euro-Rettung +++ Merkel sieht EU auf dem Weg zur Fiskalunion +++

# Die USA im Wahlkampfjahr 2012 - eine gespaltene Gesellschaft?

## Grundelemente für ein Verständnis der heutigen Situation Amerikas

**Roland Benedikter**

Im November 2012 wird der neue US-Präsident gewählt. Der Wahlkampf hat voll eingesetzt. Das zeigt die Verschärfung des Tons der öffentlichen Debatte. Große Summen sind im Umlauf. Der amerikanische Traum wird gemäß Mainstream-Politiken vor allem der Rechten neu definiert.

Das republikanische Bewerberfeld mit Newt Gingrich, Michelle Bachmann, Mitt Romney, Herman Cain, Rick Perry, Rick Santorum und Jon Huntsman Jr. wird von unabhängigen Beobachtern als das substantiell schwächste aller Zeiten angesehen. Praktisch alle republikanischen Kandidaten sind durch Lügen, Korruptionsnachweise, persönliche Affären oder offensichtliche Unfähigkeit kompromittiert. Man kann sich diese Kandidaten nur dadurch erklären, dass die fundamentalistische „Tea Party“-Bewegung spätestens seit den Zwischenwahlen vom November 2010 einen neuen Puritanismus innerhalb der Republikanischen Partei durchgesetzt hat. Moderate Republikaner werden gezielt gemobbt und ausgeschlossen, ein Wettbewerb um „alte Werte“ und alttestamentarische Religion hat eingesetzt. Fundamentalismus gilt als fortschrittlich, Gesprächsfähigkeit als Makel. Jeder, der nicht derselben Meinung ist, ist nicht nur politischer Gegner, sondern ihm wird pauschal das Amerikanertum abgesprochen, was praktisch jedes Gespräch von vornherein beendet.

Die „Tea Party“ hat damit die „Grand Old Party“, vielleicht erstmals in ihrer Geschichte, kompromissunfähig gemacht. Das hat zu einer weitgehenden Lähmung der USA geführt, da die Rechten, von den Fundamentalisten vor sich her getrieben, im Kongress praktisch jedes größere Projekt blockieren. Die „Grand Old Party“ ist zu einer „Grand Obstruction Party“ degeneriert. Das hat zuletzt der Streit um die Anhebung des Haushaltsdefizits gezeigt, als das Land monatelang am Rande der Zahlungsunfähigkeit stand. Und das zeigt derzeit die radikale Blockadetaktik der Republikaner in Sachen Steuererhöhung für die Reichen, die - im Unterschied zum Mittelstand - als Erbe der Bush-Jahre praktisch keine Steuern zahlen. Es war in meinen Augen eine konzentrierte Zusammenfassung der Lage im US-Kongress in ein Bild, dass die Republikaner Ende November 2011 eine Siegesfeier veranstalteten, weil sie den Bau modernerer Eisenbahnstrecken und die Einführung von Hochgeschwindigkeitszügen im Parlament mittels Blockade verhindert hatten - damit der Staat weniger ausbebe. Der republikanische Slogan hieß: „Hurra, wir werden keine neuen Züge haben, sondern mit den alten weiterfahren“ - eine paradoxe Position, während der künftige Hauptkonkurrent China und andere Schwellenstaaten sich immer rascher modernisieren.

Derartige Paradoxien prägen derzeit die Lage in Washington überhaupt - während in New York und praktisch allen größeren Städten des Landes Studenten, Alternative, Linke und normale Bürger gegen die Ungerechtigkeit des Finanz- und Steuersystems und das Verschwinden des Mittelstandes protestieren. Der Ton wird rauher zwischen denen, die wie die Republikaner die Privilegien des 1% der reichsten Bevölkerung, das immer schneller immer reicher wird und - unter dem Rechtfertigungsargument eines notwendigerweise „schwachen Staates“ - praktisch keine Steuern zahlt, gegen den wachsenden Missmut der übrigen 99% verteidigen und denen, die dagegen auf die Straße gehen.

Mangels konstruktiver Ideen gelten in der Republikanischen Partei radikale Blockadestrategien als mutig. Zu Recht analysierte Präsident Barack Obama: „Die Republikaner haben die politische Entscheidung getroffen, einfach pauschal und unterschiedslos gegen alles zu sein, wofür ich bin. Sie schauen gar nicht mehr hin, sondern sagen einfach nein. Und zwar ganz unabhängig vom Wohl des Landes. Das Land scheint sie nicht mehr zu interessieren. Sie scheinen sich nur noch für mich zu interessieren. Dies ist eine Kongressmehrheit und Opposition, mit der man nicht einmal mehr den Kauf eines Bleistifts verhandeln kann.“ In der Tat lautet der Hauptslogan des republikanischen Bewerberfeldes: „Wichtig ist nur, 2012 Obama loszuwerden - alles andere ist zweitrangig.“

Der Effekt? Ich kann mich nicht erinnern, jemals bei Kongress-Zwischenwahlen wie im November 2011 eine Partei wie die heutigen Republikaner siegen gesehen zu haben, die mit praktisch rein gar nichts in der Hand, außer einer kompromisslosen und umfassenden Nein- und Blockadestrategie eine Wahl

gewinnt, noch dazu gegen einen Intellektuellen wie Barack Obama.

Mit dieser Nein- und Blockadestrategie greift ein Stammtischjargon im öffentlichen Diskurs der USA um sich, etwa wenn Newt Gingrich sagt, seine Gegner „sollten sich eine Arbeit suchen statt zu studieren, aber vorher erst einmal duschen gehen“. Aber auch, wenn er öffentlich verkündet: „Ich allein bin die Grenze zwischen der heutigen US-Zivilisation und dem kommenden Auschwitz der neuen Linken“, womit er vorrangig Barack Obama und die Demokratische Partei meint. Arme, Arbeitslose, sozial Benachteiligte, Schwule, Lesben und Transsexuelle sind für ihn „abartig und nicht Wert, Bürger zu sein“. Witzigerweise hat Gingrich selbst eine - öffentlich und sozialpolitisch aktive - lesbische Schwester. Sie ist eine der bekanntesten Emanzipations-Aktivistinnen der USA, will in Kürze ihre Freundin heiraten und tritt politisch und sozial aktiv gegen ihn auf, wo immer sich die Chance dazu bietet. Auf Dauer aber kann die dauernde Bombardierung der US-Öffentlichkeit mit einer beispiellos brutalen Sprache wie der Gingrichs nicht spurlos an der politischen Kultur der wichtigsten demokratischen Nation der Welt vorübergehen. Was geschieht hier derzeit in der öffentlichen Rationalität der USA?

### **Der ruinöse Zustand der Republikanischen Partei**

Symptomatisch für den ruinösen Zustand der republikanischen Partei ist in der Tat eben ihr nunmehriger „Präsidentschafts-Vorläufer“ (presidential frontrunner). Der 68-jährige Newt Gingrich, der Führende im inner-republikanischen Präsidentschaftsrennen, ist ein in jeder Hinsicht kompromittierter und für Vergangenheit stehender Kandidat. Er war der erste Kongresssprecher in der Geschichte der USA, der 1994-1997 wegen insgesamt 84 Ethikvergehen zu 300.000 \$ Strafe wegen „unethischen und ungebührlichen“ Benehmens verurteilt wurde, sprich wegen Korruption und unerlaubtem Lobbyismus für die Groß- und Finanzindustrie mit dem Ziel eigener Bereicherung. Und zwar nicht nur von den Demokraten, sondern auch von der überwältigenden Mehrheit seiner eigenen Republikaner-Kollegen mit 395:28 Stimmen.

Gingrich ist als notorischer Lügner bekannt, der aktiv in die Freddy-Mac- und Fanny-Mae-Bankenskandale (unlautere Immobilienspekulation in Milliardenmaß) verwickelt ist und sich für die Wiedereinführung von Kinderarbeit für die armen Bevölkerungsanteile ausspricht, um diese „endlich Arbeitsmoral zu lehren“ und sie dazu zu zwingen, „die Würde der Arbeit zurückzugewinnen“. Gingrich vertritt unter dem Vorwand des amerikanischen Traums, den er als „harte Arbeit, keine Regierung, jeder für sich und gegen alle anderen“ definiert, nur die Interesse der 1% Reichsten. Diese sind seine einzige und eigentliche Klientel, die er gegen die 99% anderen Bevölkerungsanteile vertritt - und zwar so einseitig, offen und extrem, dass er wegen „Vereinnahmung des Kongresssprecher-Postens für Privatinteressen“

verurteilt wurde. Er wird von Donald Trump, dem polternden Mehrfach-Bankrotteur und Vulgär-Entertainer, gegen den Thomas Gottschalk ein wahrer Staatsmann ist, unterstützt - ein fürwahr einmaliges Paar in der Geschichte des Wettbewerbs um das höchste politische Amt des Westens!

Damit hat die republikanische Partei wegen ihrer Tea-Party-Umtriebe nolens volens einen Kandidaten, der nur aufgrund der Schwäche aller anderen Bewerber nominiert wurde, vor allem: der die verhassteste Figur nicht nur bei der Mittelklasse, sondern auch in der eigenen Partei ist und in geradezu klassischer Weise für die Vergangenheit und die - gerade auch beim Kern der konservativen Wähler - verhasste Lobbyistenkultur Washingtons steht.

Mit Newt Gingrichs Führungsrolle - die weitgehend zum schweigenden Entsetzen der Mehrheit der eigenen Parteiangehörigen erfolgt - haben es die Republikaner zum ersten Mal in ihrer Geschichte geschafft, einen mutmaßlichen Präsidentschaftskandidaten zu produzieren, den im Grunde niemand von ihnen will, außer vielleicht diejenigen, die - wie Donald Trump und die ungebildetste Schicht der Bevölkerung - keine Ahnung von der republikanischen Partei, ihrer erhabenen Geschichte und ihren tieferen Idealen haben. Ein Eigentor, wie es klassischer nicht sein könnte: Denn Gingrich ist perfekt, um die Demokraten zu mobilisieren, um die Mittelklasse abzuwerben, und um die eigenen republikanischen moderaten Wähler - also die große Mehrheit - abzuschrecken und zum Nichtwählen zu führen.

Ein möglicher Kampf zwischen Obama und Gingrich zeichnet sich aus diesen Gründen als in jeder Hinsicht ungleicher Kampf ab. Hat es Obama unter diesen Umständen nicht beinahe zu leicht, zu gewinnen? Oder wie es ein unabhängiger Beobachter ausdrückte: Wenn ein Schnellzug gegen eine Mauer fährt, kann man, wenn es nun einmal unvermeidlich ist und alle Rettungsmaßnahmen zu spät sind, nur aus dem Weg gehen und zusehen. Alle im Lande wissen, Obama ist der Schnellzug, Gingrich die Mauer. Ist die Wahl mit diesen Kandidaten nicht bereits entschieden?

Meines Erachtens konnte Gingrich - eben wegen der Umtriebe der Tea Party, die seit 2009 alle ernsthaften, seriösen Kandidaten schrittweise ausgeschaltet hat - zwar die Wahl gegen das schwächste republikanische Feld aller Zeiten gewinnen. Er wird aber niemals eine landesweite Präsidentenwahl für sich entscheiden, da er nicht nur bei der Mehrheit der (ethisch nach wie vor sehr feinfühligen) US-Bevölkerung unglaubwürdig ist, sondern auch die Mehrheit seiner eigenen Kongress-Republikaner ihn geradezu verabscheut. Dazu kommt, dass Gingrich Obama in jeder Hinsicht, auf welche Amerikaner Wert legen, - Intellekt, Vergangenheit, Alter, Führungsqualität, Außenpolitik, Wirtschaftskompetenz, Zukunftsenergie, Rhetorik, Zeitgenossenschaft, Unberirrbarkeit, Verlässlichkeit, Akzeptanz durch das globalisierte US-Militär - unterlegen ist. Die Frage wird nur sein, wie stark der US-Durchschnittsrepublikaner lieber dreimal schluckt und trotzdem republikanisch

wählt, oder inwieweit er bereit ist, der Stimme der Vernunft zu folgen und sich entweder zu enthalten, oder zu Obama überzugehen.

Die meisten „klassischen“ mitte-konservativen Republikaner, die weder den ungebildeten, religiös (un)informierten Unterklasse-Midwest- und Bible-Belt-Extremisten der Tea Party, noch der 1% Hochglanz-Propaganda-Maschine der elitären Großindustriellen- und Spekulanten-Interessen des Fox-News-Konzerns von Rupert Murdoch angehören, also die große republikanische Mittelklasse-Mehrheit, verabscheuen im Herzen die heutige Partei-Mischung aus reichem, elitärem Establishment und von diesem leicht zu verführenden Proletariern. Sie haben das Rennen um die Präsidentschaft 2012 angesichts des Zustands ihrer Partei und des Kandidaten Gingrich für dieses Mal bereits aufgegeben. Nur 21% der republikanischen Wähler glaubten im Dezember 2011, dass das republikanische Bewerberfeld ausreichende Qualität aufweist. Warum? Weil sie den zentralen Mechanismus erkannt haben, der die heutigen USA dominiert und definiert, und ohne den man die USA und ihre inneren sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungs-Dialektiken heute nicht verstehen kann. Sein Verständnis ist vielmehr alles entscheidend, um die Situation Amerikas zu verstehen.

Worin besteht dieser zentrale Mechanismus?

Viele moderat konservative Amerikaner haben erkannt, dass sich die republikanische Partei seit der Niederlage gegen Barack Obama im November 2008 in einem Verfallsstadium befindet und von einem unheiligen Konglomerat zwischen 1%-Interessen-Medienpropaganda des Fox-Medien-Trust, Wirtschaftslobbyisten der reichsten kleinen Oberschicht und den ungebildeten Fundamentalisten der „Tea Party“ kontrolliert wird. Wichtig ist zu sehen: Letztere wurden von ersterer geschaffen. Die ungebildeten Unterschichten wurden von der im Dienst der 1% Reichsten stehenden Rupert-Murdoch-Medien über Jahre Tag und Nacht so indoktriniert, dass sie glauben, den amerikanischen Individualitäts-Traum gegen Obamas Sozialreformen zu vertreten, und sie gehen daher gegen ihre eigenen Interessen gegen Obamas modernen und moderaten „Komunitarismus“ („Amerika kann es gemeinsam am besten“) auf die Straße. In Wirklichkeit sind sie nur der (im Prinzip anti-demokratische) Straßenmob, der den Interessen der 1% Reichsten gegen alle anderen dient.

### **Alle Staatsleistungen streichen, während die Reichsten praktisch keine Steuern zahlen?**

Damit haben sie zu einer seit der großen Depression der 1920er und 1930er Jahre nicht dagewesenen sozialen Ungleichheit beigetragen, von der nur die 1% Reichsten auf Kosten aller anderen profitieren, und bei der die 1% Reichsten mit Einkommen über 1 Million \$ pro Jahr praktisch keine Steuern zahlen, während der Mittelstand immer höhere Belastungen zu tragen hat, während zugleich sein Einkommen

sinkt, weil die Kongress-Republikaner alle staatlichen Leistungen schrumpfen wollen, um einen „schlanken Staat“ zur Tilgung des ausufernden Defizits zu schaffen - und zwar ausschließlich auf Kosten der Mittel- und Unterschichten.

Mit anderen Worten: Die Republikaner wollen zur Bekämpfung des Defizits nur alle Staatsleistungen streichen und 200.000 Staatsbedienstete entlassen, nicht aber die (heute nicht existierenden) Steuern der Reichen auf Clinton-Niveau zurückführen. Sie wollen damit alles auf jene abwälzen, die auf einen monatlichen Gehaltszettel angewiesen sind, also die Mittelklasse, selbst aber ihre eigenen horrenden Gewinne ganz für sich behalten, und - nicht zuletzt mittels der Kontrolle des Milliarden-schweren U.S.-Bank- und Finanzsystems - immer schneller reich zu werden, und zwar direkt und programmatisch auf Kosten der 99% der Mittel- und Unterklassen, die immer weiter verarmen. Diese haben ihrer Meinung nach keine Rechte, weil sie im Gegensatz zu den Reichen, die sich als erfolgreich erwiesen haben, „unfähig“ sind, also (ihrer Meinung nach) selbst schuld an ihrer Lage.

Zusätzlich wollen die konservativen Finanzstrategen wie der Präsident der Federal Reserve (der Nationalbank der USA) Ben Bernanke im Gefolge seines Vorgängers, des Ayn-Rand-Republikaners Alan Greenspan, das Staatsdefizit von mittlerweile mehr als 15 Billionen \$ durch Monetarisierung in den Griff kriegen - das heißt durch den Druck von immer neuen Milliardenmengen von \$, die ohne Goldpreisbindung in die Wirtschaft gepumpt werden. Das heizt die Inflation an und wird letztlich wiederum vom Mittelstand bezahlt werden, nämlich von all jenen, die ihr Geld auf Bankkonten liegen haben und durch die Entwertung um ihre Ersparnisse gebracht werden. Wenn Bernanke erklärt: „Die US-Regierung verfügt über eine Technologie, genannt Druckerpresse (oder heute ihr elektronisches Äquivalent), die ihr die Produktion so vieler US-Dollars erlaubt, wie sie wünscht - und das ohne Kosten“, dann ist das nicht anderes als eine zynische Abwälzung der - natürlich anfallenden! - Kosten auf den Mittelstand.

Da ist es kein Wunder, wenn mir stellvertretend für die heutige US-Mittelklasse, ein hochqualifizierter Stahlarbeiter aus Philadelphia, den ich bei Protesten vor dem Kapitol traf, in der zweiten Dezember-Hälfte 2011 sagte: „Ich kann mir heute den amerikanischen Traum nicht mehr leisten. Er ist für mich, im Gegensatz zur vorigen Generation, im Vergleich zu meinen Eltern in den 1970er und 1980er Jahren, unzugänglich geworden: Ich kann nicht mehr wie mein Vater mit aller Kraft in der Industrie arbeiten, meine Pflicht erfüllen, nach den Regeln spielen, ein Heim besitzen und meinen Kindern eine gute Erziehung bieten. Ich kann das alles nicht mehr zugleich bezahlen, nicht einmal, wenn ich doppelt so viel arbeite wie mein Vater - weil die Reichen alles auf uns abwälzen und selber nichts bezahlen, sondern uns im Gegenteil über das Finanzsystem und die Kredite für einen Wohnungs- oder Hauskauf auch noch doppelt ausbeuten. Das hat dazu geführt, dass

ich in meiner Freizeit der Occupy Wall Street- und der 99%-Bewegung beigetreten bin. Immer wenn es geht, fahre ich nach Washington und übernachtete dort im Protest auf den Treppen vor dem Kapitol.“ Der alte Spruch: „Amerikanische Ideale sind Aktivposten (in die Zukunft hinein), nicht Bürden (der Vergangenheit)“ („American ideals are assets, not liabilities“) hat sich aus Sicht dieses Mittelklasse-Vertreters umgekehrt.

Und wie ihm geht es vielen anderen. „Die 1% bluten uns 99% aus“, steht auf den Transparenten der Anti-Wall-Street-Demonstranten zu lesen. Aus der Sicht der übergroßen Mehrheit der Amerikaner ist der amerikanische Traum tot. Denn dieser Traum bestand darin, dass man aus eigener Kraft Zugang zur Mittelklasse erhalten kann: Wenn ich nur hart genug arbeite, kann ich mir ein Haus kaufen, es mit der Zeit abzahlen, so dass es nicht mehr den Banken, sondern mir gehört, meine Kinder aufs College schicken, einen mittleren Lebensstandard haben und eine kleine, aber sichere Pension am Ende, von der ich leben kann. Das alles ist heute nicht mehr der Fall. Durch die Grundstücks- und Hausspekulation der Banken, die den Reichsten gehören und damit riesige Profite mittels lebenslanger Abhängigmachung all jener erzielen, die zum Erwerb eines Hauses so hohe Darlehen aufnehmen müssen, dass sie nur die Zinsen bedienen können, kann sich niemand mehr durch eigene Arbeit ein Haus kaufen; und die Erziehung wird immer teurer, weil die Republikaner im Dienst der Reichen alle staatlichen Hilfen zurückfahren, damit der Staat weniger ausgibt, damit die Reichen keine Steuern zu zahlen brauchen.

Die Banken haben nun eine Generation lang - in Übereinkunft mit den Reichen - nur deshalb so hohe Darlehen zum Hauskauf praktisch für jedermann gegeben, und zwar bis zu 100% des Kaufpreises ohne oder mit nicht ausreichenden Sicherheiten, damit dadurch die Hauspreise künstlich steigen, wodurch immer höhere Darlehen vergeben werden können, was immer höheren und dauerhafteren Profit für die Verleiher ergibt. Wenn schließlich jeder Durchschnittsbürger ein Leben lang die Zinsen bei den Banken für sein Hausdarlehen bedienen muss, ohne dieses zurückzahlen zu können, ist die Aufgabe vollendet: eine vollständige Abhängigkeit der Mittelschicht von den Reichen, welche die Banken kontrollieren.

Und genau das ist es, was heute immer mehr Menschen aufgeht. Sie beginnen - ohne marxistischen oder anderen theoretischen Hintergrund, vielmehr direkt aus ihrer eigenen Situation heraus - das System aus Abhängigkeit und Kontrolle zu durchschauen, welche die 1% Reichsten mittels der Banken über die anderen 99% während der nun eine Generation lang währenden republikanischen Politiken errichtet haben. Denn all dies geschah nicht zufällig, sondern mit Kalkül während der Herrschaft der Republikaner, in Zeiten der neoliberalen, totalen Entfesselung der negativen Kräfte des Kapitals. Wenn heute jeder amerikanische Haushalt im Schnitt 68.000 Dollar Schulden hat, dann zeigt dies, dass die Ausgaben

für praktisch jeden der 99% Amerikaner die Einnahmen weit übersteigen - außer natürlich für die 1% Reichsten. Wenn genügend Menschen das klar wird, dann kommt es zu sozialen Unruhen - wie heute in allen größeren Städten der USA der Fall, und zwar zum ersten Mal seit der großen Depression der 1930er Jahre nicht mehr nur seitens der Unterschichten, sondern nun auch des Mittelstandes. Beobachter nennen dies die „landesweite Explosion der 99%-Bewegung“ (Chris Hayes), die immer weitere Bevölkerungskreise ergreift.

Der Hintergrund dieser Bewegung ist real. Er geht auf die republikanischen 1%-Politiken zurück, die seit den Bush-Familie-Präsidenten mit kurzer Unterbrechung durch die Clinton-Ära zunehmend - und mit zunehmender Radikalisierung, die direkt proportional zur Zunahme der sozialen Ungleichheit war und ist - die Richtungnahme der USA bis zum Amtsantritt Barack Obamas am 20. Januar 2009 bestimmt haben. Diese 1%-Politiken werden heute von der republikanischen Kongress-Mehrheit sogar noch weiter radikalisiert fortgeführt.

Der daraus hervorgehende Realitätsverlust unter den republikanischen Präsidentschaftskandidaten ist mittlerweile so groß, dass der nach Gingrich zweitaussichtsreichste Kandidat, der Mormone, Mitbegründer der Private-Equity-Gesellschaft „Bain Capital“ und Wirtschaftstycoon Willard „Mitt“ Romney (64), bei Wahlkampfdebatten 10.000 \$ Wetten auf die Richtigkeit einer belanglosen Detailfrage anbietet, obwohl ihm seine Religion Wetten verbietet - offenbar nicht wissend, dass 10.000 \$ drei Monatsgehälter für den Mittelstand sind. Gingrich seinerseits brüstet sich bei öffentlichen Reden für ein breites Publikum damit, seine Reden seit Jahrzehnten für 60.000 \$ pro Stunde zu (wörtlich) „verkaufen“, also in einer Stunde mehr zu verdienen als 80% der Amerikaner in einem Jahr - und dafür erwartet er sich den Zuspruch von eben diesen Amerikanern. Allein dies wirft ein Licht auf die Intelligenz der führenden republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Gleichzeitig gibt Gingrich in bester Wolf-im-Schafspelz-Manier zu, dass er Fehler gemacht habe, wofür er aber Gott um Vergebung gebeten - und diese auch prompt erhalten habe. Allerdings musste er dazu die Konfession wechseln und vom Protestantismus zum Katholizismus übertreten.

Da ist es nur mehr eine Fußnote am Rande, dass der in den meisten Umfragen drittplatzierte Kandidat, der texanische Gouverneur Rick Perry, neben seinem Gehalt von 133.000 \$ pro Jahr gleichzeitig auch noch eine monatliche Staatspension von 92.400 \$ bezieht, die in Texas dann abgerufen werden kann, wenn Alter und Dienstjahre in Militär und öffentlichem Dienst zusammen 80 überschreiten. Perry stört es nicht, dass seine über 65jährigen Wähler im US-Durchschnitt jährlich 29.000 \$ Pension beziehen. Das Verhalten und die Qualität der Argumentationsführung dieser republikanischen Kandidaten würde man mit verwunderter Ungläubigkeit als Mischung zwischen Trauerspiel und Schmierkomödie ansehen, ginge es hier nicht um das wichtigste politische Amt der Welt.



## Der Gipfel der Doppelzüngigkeit

Zusammengefasst ist dies der heutige Zustand der USA: Wegen der zugespitzten 1%-Politik der republikanischen Mehrheit im Parlament sinken die Löhne; die Steuern steigen nur für die 99%, also für alle außer für die Reichsten; soziale Hilfsleistungen werden in Frage gestellt. Die von den Reichsten kontrollierte Finanzindustrie hat die Häuser durch künstliche Spekulation und Abhängigkeitspolitik mittels überzogener Darlehen auf eine Wachstumsrate von bis zu 20% pro Jahr getrieben; und die College- und Unigebühren sind in den vergangenen 10 Jahren um mehr als 500% gestiegen, da die staatlichen Leistungen unter dem Druck der (mehrheitlich unter George W. Bush jr.s zwei Amtszeiten angehäuften) nationalen und Einzelstaatsdefizite sowie unter dem Vorwand des „schlanken Staates“ auf Geheiß der 1%-Rechten immer stärker geschrumpft werden. Statt Steuern für die Reichsten einzuführen, schlugen die Republikaner Mitte Dezember vor, die ohnehin spärlichen Arbeitslosenbeihilfen um weitere 50% zu kürzen. Dies unter dem Einfluss der 1%-Lobbyisten, die professionell für das Großkapital in Washington tätig sind, um das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier zu beeinflussen - Tag für Tag, Nacht für Nacht, 365 Tage im Jahr. Oder mit den Worten der Vorsitzenden der Demokratischen Partei im Parlament, Nancy Pelosi: „Die Stimme des großen Geldes der 1% hat in der Entscheidungspraxis des Parlaments die Stimmen der 99% der Amerikaner ausgeknipst. Die Macht der Wenigen hat hinter den Kulissen die Macht der Vielen außer Kraft gesetzt. Parlamentsentscheidungen fallen nach den Summen, die die Lobbyisten aufgrund mangelnder Gesetze ganz legal privat in den Parlamentsbüros der Parlamentarier zahlen. Das bedeutet: Die Demokratie wird durch die Interessen des Geldes in Frage gestellt.“

In dieser Lage greifen die Republikaner - ein Höhepunkt ihrer Doppelzüngigkeit! - US-Präsident Barack Obama wegen des angehäuften Schuldenbergs von 15,5 Billionen \$ an und rufen: Er war es, wir waren es nicht! Doch in Wirklichkeit waren sie es, die den Kuchen gegessen haben. Sie haben alles den 1% Reichen gegeben, sie keine Steuern mehr zahlen lassen, radikal die von den Reichen kontrollierten Banken und die Wall-Street-Spekulanten vertreten. Damit haben sie die amerikanische Nation ausgeblutet und die staatlichen Finanzen ruiniert. Sie waren es, die den so kostspieligen Irak-Krieg geführt und eine Sicherheitsbehörde mit heute mehr als 100.000 Mitarbeitern eingerichtet haben, nicht Obama und die Demokraten. Und nun wollen sie von allem nichts mehr wissen und wollen an nichts Schuld sein. Sie haben nur die 1% Reichsten gegen die 99% anderen Amerikaner vertreten. Und nun wollen sie zur Sanierung der Staatsfinanzen keine neuen Züge mehr bauen, dafür sorgen, dass der Staat nichts mehr in das Land investieren kann, 200.000 öffentliche Angestellte, darunter Feuerwehr, Müllabfuhr und Polizei, entlassen, und die Steuern nur für die 99% erhöhen, nicht aber für die 1% Reichsten, weil sie glauben, dass diese die „Arbeitsplatz-Schaffer“ sind - die, wenn sie keine Steuern zahlen, Arbeit für alle

anderen schaffen mit ihrem genialen Unternehmertum. Weil die 1% so reich sind, müssen sie fähiger als alle anderen sein - also muss man sie in Ruhe „ihr Ding machen“ lassen, dann wird es irgendwie allen zugute kommen. Das war die Ideologie der Bush-Vater-und-Sohn-Jahre, die die Grundlage der Steuersenkungen für Reiche bildete.

„Genau diese Politik haben wir nun eine Generation lang in den USA verfolgt - aber es hat nicht funktioniert. Und es wird nie funktionieren“, so zu Recht der bekannte Civil-Rights-Aktivist, Prediger und Fernsehkommentator Reverend Al Sharpton. Und der Schauspieler Matt Damon, selbst mit 100en Millionen \$ Vermögen zu den 1% gehörend, fragt öffentlich: „Die Republikaner sagten: Wenn die Reichen keine Steuern zahlen, werden sie ihr Geld im Land investieren, Unternehmen gründen und damit Arbeitsplätze für andere schaffen. Haben Sie das getan? Ich nicht. Ich habe, wie alle anderen, in schnelle Profite in Schwellen- und Dritte-Welt-Ländern investiert, und den Rest auf sicheren Konten im Ausland geparkt. Kein einziger Arbeitsplatz wurde von mir geschaffen. Das Land hat nur meine Steuern verloren und hat dafür die Belastungen für die arbeitenden Amerikaner erhöht. Heute fordere ich: Wir Reichen sollen endlich gerechte Steuern zahlen!“ Sogar eine „Millionäre für gerechte Steuern“-Bewegung hat sich mittlerweile formiert, mit zwei Dutzend der reichsten Menschen des Landes, die sich öffentlich, beim Präsidenten und im Kongress dafür einsetzen, endlich besteuert zu werden - doch die republikanische Kongressmehrheit sperrt sie aus und will davon nichts wissen.

## Zivile Volksaufstände drohen

Was ist die - in der Dynamik des Ganzen besehen fast unausweichliche - Folge? Es ist, wie die Statistiken kontextpolitischer Phänomenologie kurz- und mittelfristig klar zeigen, dies: Zivile Volksaufstände in den USA drohen. So jene der aus den beiden längsten amerikanischen Kriegen aller Zeiten, Afghanistan (9,5 Jahre) und Irak (8,5 Jahre) zurückkehrenden Veteranen, die ihre Häuser von den Banken gepfändet vorfinden, weil die Zinsen für die - wie gesagt von vornherein willentlich zur lebenslangen Abhängigkeitserzeugung weit überhöhten - Anleihen zwei oder drei Tage zu spät eintrafen, oder weil 20 oder 40 \$ fehlten.

Aber warum geschieht so etwas überhaupt, wenn es den öffentlichen Ruf des Banken- und Finanzsystems so sehr (weiter) schädigt? Wenn also diese Leute doch gerade dafür bezahlt werden, intelligent und weitsichtig zu sein?

In Wahrheit ist es dies: Dass die Wall-Street-Spekulanten und die mit ihnen verbündeten Großbanken trotz der höchsten Profite seit Jahren in vielfacher Milliardenhöhe rücksichtslos vorgehen - und damit der Bevölkerung der USA unabhängig von individueller, persönlicher Betroffenheit in breiter Art beweisen, dass die Finanzindustrie nicht im Dienst der Gesellschaft, einer fairen gemeinschaftlichen

Verständigungskultur und der Menschen steht, sondern gegen diese arbeitet und sich ausschließlich zum Vorteil der Reichen ausbreitet. Es ist derzeit genau diese primordiale Einsicht, die einen tiefreichenden Schrecken in der U.S.-Mittelklasse erzeugt - und zwar auch in jener, die noch gar nicht direkt betroffen ist. Das beginnt nun auf breiter Ebene Gegenreaktionen hervorzurufen. Der Mittelstand ist im Aufruhr; und das zivile Gewebe der USA wird noch brüchiger, als es seit dem Zweiten Weltkrieg bereits war. Denn die nach unten sinkende Mittelschicht hat Angst. Dadurch wird sie aggressiv „nach unten“ - und verführbar durch die einfachen Slogans vom „schlanken Staat“ und der angeblich notwendigen „Stabilität der Steuern“, die die Republikaner nach außen hin verkünden, aber im Kongress nur für die Reichsten angewendet wissen wollen.

Insgesamt findet in den USA des Wahlkampfjahrs 2012 in immer breiten Bevölkerungsschichten ein großes, erstauntes Aufwachen statt. Eine in der neueren US-Geschichte in dieser Weise beispiellose gesellschaftliche Bewusstseinsentwicklung über die Ungerechtigkeiten des Systems erfolgt; insbesondere über den Zusammenhang zwischen Wirtschaft, Finanzwelt und Politik. Besonders wichtig scheint mir aus ideologiekritischer Sicht, dass sowohl neo- wie retro-marxistische Theorien bei alledem keine Rolle spielen, oder nur eine extrem vernachlässigenswerte. Das, was sich zu bilden beginnt, ist eine an sich völlig „freie“, neue Bewusstseinsbildung über diesen Gesamtzustand bei Studenten, Mittelstand, „Occupy Wall Street“ (landesweit in allen größeren Städten) und der „99%“-Bewegung, die eine entscheidende Gegenöffentlichkeit gegen das - offenbar vor allem bei den ungebildeten Bevölkerungsschichten - sehr effektive Propaganda-Dauerfeuer des Fox-Murdoch-Konglomerats aus Wirtschaft und Politik hervorbringt. Obama hat mit 15. Dezember 2011 den Irak-Krieg offiziell mit dem Abzug aller Soldaten beendet, während die meisten republikanischen Politiker ihn im Gefolge hegemonialer Phantasien auch nach 9 Jahren zum Entsetzen der Bevölkerung weiter fortführen wollen. Während zehntausende Veteranen aus dem Krieg zurückkehren und einen erstaunten, unverbildeten Blick auf ein Land mitbringen, das sie kaum wiedererkennen, beginnt sich die Mittelklasse in den USA zu organisieren - und zwar jenseits der beiden etablierten Parteien. Die mit den offenbaren republikanischen Widersprüchen wachsende Bewusstseinsbildung wird viele der 40% Nicht-Wähler dazu motivieren, im November 2012 wählen zu gehen, auch wenn sie im Grunde von beiden Parteien enttäuscht sind; das wenigstens ist eine gute Nachricht für das Land.

Zu dieser Bewusstseinsbildung tragen führende unabhängige Intellektuelle der heutigen USA bei, unter anderem im Rahmen des landesweit zu empfangenden Senders MSNBC, darunter Lawrence O'Donnell, Rachel Meadow, Ed Schultz, Chris Hayes und Chris Matthews. Hayes zum Beispiel spricht davon, dass die USA „durch eine Epoche kollektiver Desillusionierung hindurchgehen, weil sich die Menschen in ihrem Innersten betrogen fühlen“; und programmatisch von einer „universalen Ungerechtigkeit

des Systems, die uns alle in den USA mittlerweile so deutlich und extrem umgibt, dass die Menschen sich mobilisieren und neue soziale Zukunfts-Bewegungen geradezu zwangsläufig produziert werden. Diese erzeugen ihrerseits ganz neue Arten des - zivilgesellschaftlich induzierten - Politischen.“

Interessanterweise wird der heute vermutlich wichtigste progressive, die ganze Nation erreichende US-Sender MSNBC von der Microsoft Corporation mitfinanziert und mitbesessen. Ein Paradoxon? Was geschieht hier hinter den Kulissen?

## Hoffnungen

Viele moderate Republikaner sehen in dieser - ebenso paradoxen wie chaotischen - Konstellation ihrer Partei für die nächste Präsidentschaftswahl nur die ehemalige Sicherheitsberaterin, Außenministerin, Russland-Spezialistin und Stanford-Professorin Condoleezza Rice als seriöse, aussichtsreiche Kandidatin. Sie ist eine Frau, schwarz, jung, erfahren, bescheiden und intellektuell. Sie hat aber ebenso wie alle anderen seriösen Kandidaten unter dem Druck der Tea Party längst dankend abgelehnt - und steht ihrer Partei mittlerweile skeptisch gegenüber.

Und der Präsident, dessen Zustimmungswerte unter dem Dauerfeuer der republikanischen Rechts-Medien zeitweise auf knapp über 40% gesunken waren und dem man nur einen einzigen Vorwurf machen kann: Dass er für den US-Durchschnittsamerikaner zu wenig aggressiv und zu intellektuell agiert hat? Spätestens seit November 2011 scheint Barack Obama erkannt zu haben, dass er in dieser Situation nun auch eine stärkere, klarere Führerschaft im Ton der öffentlichen Debatte, der öffentlichen Diskursrationalität übernehmen muss. Sein Stil, einschließlich die Art seiner Attacken spätestens seit November 2011, zeigen, dass er verstanden hat, dass er den Ton verschärfen muss: Gegen die republikanische Senatsmehrheit, gegen das rechte Establishment in Washington DC, und vor allem gegen die riesige Lobbyisten-Kolonie, die die halbe Stadt bewohnt und in der großen Mehrheit von der Großfinanz und den 1% kontrolliert wird.

Obamas Attacken gegen diese Kräfte werden seit Herbst 2011 schärfer; und sie wenden sich mit klarerer polemischer Zuspitzung an den Mittelstand - also an jene, die vom heutigen System ausgebeutet werden und in konkreter Gefahr sind, abzusteigen („are in clear and present danger to decline and recede“). Das hat insbesondere Obamas - im Gefolge von Teddy Roosevelt - bereits berühmte Rede „Über Wirtschaft und die Mittelklasse in Amerikas Zukunft“ vom 6. Dezember 2011 an der Osawatomie Oberschule in Kansas gezeigt. Dort plädierte Obama für eine Rehabilitation der Mittelklasse und eine stärkere Besteuerung der Reichsten des Landes - auf dem Niveau der 1990er Jahre, wohlgemerkt, also nur moderat verändert. Das zeigte zweitens seine Antwort auf den Vorwurf, er zeige die USA in der Welt als schwach: „Fragen Sie Osama bin Laden“. Und das zeigt, vor allem, sein genialer Schachzug,

für den Fall des Scheiterns einer Einigung zwischen Demokraten und Republikanern im Kongress bereits in die bisher bestehende Ausgangs-Vereinbarung für diese Verhandlungen eine bindende Klausel eingefügt zu haben, die zum 1. Januar 2013 im Fall einer Nichteinigung für automatische Steuererhöhungen in Richtung Rückkehr zu den Prozentsätzen der Clinton-Jahre sorgt.

Wenn man dies alles zusammennimmt und aus einer umfassenderen entwicklungshistorischen Perspektive sieht: Ist es nicht letztlich gut, dass es diese extrem klar rückwärtsgewandten, archaischen und intellektuell primitiven Kräfte so offen und einflussreich in der US-Diskussion gibt?

Ich gewinne allmählich den Eindruck, dass sie, je klarer und rückständiger sie argumentieren, desto mehr die Dialektik antreiben und unwillentlich als Motoren des Fortschritts funktionieren - da sie das Unhaltbare abklären und indirekt das Fortschrittliche, Neue, Gute fördern. Das ist in Europa nicht in dieser Klarheit, dieser archaischen Kraft der Paradoxie, dieser dialektischen Zuspitzung und Kraft und damit in dieser Geschwindigkeit und Tiefe der Fall - weshalb die USA meiner Meinung nach im Prinzip die nach wie vor am schnellsten voranschreitende Gesellschaft sind, sowohl betreffend ihre idealistischen und sozialen wie ihre pluralistischen Anteile. Sollten wir diesen an sich lächerlichen Steinzeit-Reichen und -Gierigen wie Newt Gingrich oder Donald Trump - die leider nicht das Niveau eines Mephisto haben, sondern eine Art „postmoderne“, das heißt aus halb- oder nichtverstandenen Vergangenheits-Zitaten aufgebaute Mephisto-Karikatur darstellen - nicht dankbar sein? Da sie doch offenbar letztlich nichts anderes tun als den allgemeinen gesellschaftlichen Basis-Idealismus, den grundlegenden Humanismus an den Grundlagen westlicher Demokratie so massiv mittels Widerstand wiederzubeleben? Das sie doch in Wirklichkeit mittels Empörung zumindest indirekt die progressiven, gemeinschaftlichen, aufklärerischen Ideale lebendig machen gegen ihre drohende Verkrustung?

Mit anderen Worten: Führt ihr radikaler Selbstsucht-Gedanke nicht gerade in sein Gegenteil: In ein neues Verständnis dafür, dass das Eigenste, „das Individuellste das Allgemeinste ist“ - also in die Wiederbelebung eines aktiv-empirischen Zugangs zum überpersönlich-Menschlichen, nun auch auf einer breiteren sozialpsychologischen Ebene? Oder mit dem Motto der altehrwürdigen Tulane Universität (gelegen in der seit dem Hurrikan Katrina 2005 noch immer äußerlich verwüsteten Stadt New Orleans) gesprochen: in die Wiederbelebung der grundlegenden Einsicht der - mehrheitlich freimaurerisch inspirierten - amerikanischen Gründerväter: „Not for oneself, but for one's own“ („Nicht für sich selbst, sondern für das Selbst“)?

In offenem Kontrast zur Verwahrlosung der Republikanischen Partei fällt der landesweite Aufstieg der „Occupy Wall Street“-Bewegung ins Auge, die für ein neues Bewusstsein der sozialen Ungleichheit in den USA sorgen will - und dabei bereits einiges

erreicht hat. Die Dauerpräsenz dieser Protestbewegung, vor allem auch ihre ungerechte Behandlung durch eine im Gefolge der Terroranschläge des 11. September hochgradig militarisierte Polizei hat den Mittelstand zum Nachdenken gebracht. Sie hat auch eine neue Mobilisierung der Studenten bewirkt, wie die Proteste im Universitätssystem gegen die Erhöhung von Studiengebühren und anderer öffentlicher Lasten für die Mittelklasse bei gleichzeitig ungebrochener Weiterführung der Privilegien der 1% reichsten Amerikaner zeigen. Die sogenannte „99%“-Bewegung - also eine zivilgesellschaftliche Plattform, die sich für größere soziale Gerechtigkeit und eine Reform des Bankensystems einsetzt - spielt eine zunehmend wichtige Katalysatoren- und Fermentierungs-Rolle für die heutige gesellschaftliche US-Konstellation zwischen rechts und links.

### **Stabilisierung der Mittelklasse oder Ende des amerikanischen Traums?**

Erneut: Aktuelle Statistiken zeigen, dass das reichste 1% der US-Bevölkerung immer rascher reicher wird, während der US-Mittelstand immer schneller verarmt. Mehr als 50 Millionen Amerikaner, also ein Sechstel der Bevölkerung, leben unter der Armutsgrenze oder sind auf staatliche Unterstützung angewiesen; mehr als 40 Millionen haben keine Sozial- und Krankenversicherung und keine Altersvorsorge. 146 Millionen Amerikaner, also mehr als 45% der Gesamtbevölkerung, leben offiziell eingestuft als „Arme“ oder Menschen mit „niedrigem Einkommen“. Unfassbare 1,6 Millionen US-Kinder - jedes 40. Kind - wachsen ohne Zuhause als sogenannte „homeless“ auf. Derweil „erwirtschaften“ die 1% reichsten US-Amerikaner mittlerweile mehr als 47% der Gesamteinkommen der USA, während das Durchschnittseinkommen real zurückgeht. Die Löhne der Top-10-Wirtschaftsführer stiegen 2011 im Vergleich zu 2010 um 44% - in einem einzigen Jahr! Trotzdem weigert sich dieser reichste Teil mit Unterstützung der Republikanischen Partei, dass seine Steuern auf das - überaus moderate, im Vergleich zu Europa geradezu lächerliche - Niveau der Clinton-Jahre in den 1990ern zurückgeführt werden. Muss man nicht sagen, dass diese Reichsten trotz ihres notorischen Ordnungs- und Stabilitätsfetischismus paradoxerweise faktisch Anarchisten sind? Schließlich würde es keine Feuerwehr, keine Polizei, keine öffentlichen Schulen mehr geben, wenn niemand Steuern zahlt. Wer würde dann ihren Besitz beschützen? Eine Privatarmee in einem ständigen sozialen Bürgerkrieg kostet mehr als die gerechten Steuern, die sie friedlich zu zahlen hätten. Warum versteht das 1% der USA nicht?

Aus meiner Sicht ist die wichtigste Einzelaufgabe der heutigen USA die Rückgewinnung und Stabilisierung der Mittelklasse, die traditionell aus dem amerikanischen Traum heraus lebt. Das Vertrauen in diesen Traum ist bei der heutigen US-Mittelklasse erschüttert, weil die Ungerechtigkeit des Systems jeden Tag offensichtlich erlebt wird: Die Mittelklasse trägt die Lasten der Staatsverschuldung und der Inflationspolitik der US Federal Reserve Bank Ben Bernankes,

die diejenigen trifft, die ihre Ersparnisse auf einem Bankkonto haben; die reichsten 1% genießen alle Privilegien, unter anderem mit Hilfe des Finanz- und Bankensystems, das sie kontrollieren. Letzteres hat den größten Teil der Mittelklasse mittels künstlicher Erhöhung der Hauspreise und der Notwendigkeit für eine Durchschnittsfamilie, zum Kauf eines Hauses so große Darlehen aufzunehmen, dass sie lebenslang nur die Zinsen an die Bank bedienen kann, in finanzielle Abhängigkeit vom System und damit von den Reichsten geführt. Das nützen die Reichen aus, um mit Hilfe der Republikanischen Partei, die von ihren Spenden abhängig ist, die Lasten immer stärker auf den Mittelstand abzuwälzen. Immer mehr Amerikaner durchschauen das. Aber konkrete Alternativen scheinen nur wenige in Sicht.

Eine zugrundeliegende Ursache ist die besorgniserregende Verschiebung des Fokus der US-Wirtschaft von der konkreten Produktion von Gütern und Diensten in die Finanzspekulation seit den 1990er Jahren, das heißt die Verschiebung der Gewichte zwischen Produktion und Finanzsektor vom ersten in die Vorherrschaft des letzteren. Barack Obama fordert die US-Wirtschaft auf, „zur Produktion von Dingen“ zurückzukehren, was technologische Führerschaft voraussetzt. Dagegen beschützen die Republikaner weiterhin den Finanzsektor vor Reformen, weil dort ihre Unterstützer sitzen: Jene Amerikaner, die nicht für ihren Unterhalt arbeiten müssen. Wohin also wird die Entwicklung der US-Wirtschaft zwischen den Polen Realwirtschaft (konkrete Produktion von Gütern und Diensten) und spekulativer Finanzwirtschaft (Wetten auf reale wirtschaftliche Leistungen) gehen? In jedem Fall in eine Richtung, die die Dinge neu gewichtet und zueinander in Beziehung setzen wird - ob stärker progressiv wie im Fall von Obamas Wiederwahl oder noch stärker rückwärtsgewandt wie im Fall der Wahl eines republikanischen Kandidaten, wird man sehen.

### **Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - die USA und Europa**

Insgesamt kann man sehen: Amerika, „das Land der Mutigen und Freien“, ist ein „Land der systemischen Ungleichheit“ (Al Sharpton) geworden. Die fehlende Gleichheit lähmt den Mut und stellt die Freiheit in Frage. Während die USA nie ein Land der - programmatisch trinitarisch verstandenen - französischen Revolution waren: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, sondern seit jeher dualistisch begründet waren: also Freiheit (zum Erfolg) und Gleichheit (in der Ausgangslage) auf Kosten der Brüderlichkeit in den Vordergrund stellten, sind sie heute in Gefahr, auch diese Dualität zu verlieren. Mit anderen Worten: Geht es nach den Republikanern, soll der amerikanische Dualismus zu einem Monolog werden: „Freiheit“ (falsch verstanden) gegen Gleichheit und Brüderlichkeit. Und die Frage ist nicht nur, ob Obama dem gegensteuern kann, so wie er es mit aller Kraft versucht. Sondern auch, wohin das üblicherweise einige Jahre später amerikanischen Tendenzen folgende Europa sich bewegen wird.

Deutlicher formuliert: Wird auch Europa in den 1%-gegen-99%-Konflikt des 21. Jahrhunderts hineingezogen werden? Oder kann es rechtzeitig die Weichen stellen, dass eine ähnliche ideologische Polarisierung der Gesellschaft wie in den heutigen USA - mit allen politischen, ökonomischen und sozialen Folgen - zugunsten einer ausgewogeneren und balancierteren Entwicklung vermieden wird?

In jedem Fall gilt: In den USA tut sich derzeit vieles, was interessant und richtungsweisend für die Zukunft auch auf internationaler Ebene werden wird. So in den (bereits erwähnten) regelrechten Volksaufständen gegen den Bankensektor, die hier im ganzen Land seit einigen Monaten eingesetzt haben, mit Kriegsveteranen, die nach Jahren Einsatz im Irak oder Afghanistan nach Hause kommen und ihr Haus gepfändet finden, obwohl die Banken und die Spekulation an der Wall Street längst wieder Milliardengewinne machen - und die dann mit Hilfe ihres gesamten Viertels das Haus und Teile des Viertels besetzen, zum Teil friedlich, zum Teil, indem sie gewaltsam Widerstand leisten. Ähnliches gilt für die neu politisierte Studentenschaft, welche bislang weitestgehend friedlich die Unis besetzt und dafür von Polizisten mit waffenscheinpflichtigem Militärpfefferspray geblendet wird - während die Öffentlichkeit entsetzt über die zunehmend brutale Gewalt gegen wehrlose, friedlich Andersdenkende und Systemkritiker zusieht. Diese Ereignisse bestimmen hier täglich das öffentliche, medial vervielfältigte Imaginäre - mit langfristig unabsehbaren Folgen. In der zweiten Dezemberhälfte 2011 wünschten sich 54% aller Amerikaner eine dritte Partei, um endlich die zunehmende ideologische Polarisierung zwischen Republikanern und Demokraten zu brechen. Das kommt einer kleinen „Revolution im Geiste“ gleich.

Fakt ist: Amerika ist im größten Umbruch, seit ich es kenne. Und das wird in Europa bislang noch viel zu wenig wahrgenommen. Die kommenden Monate werden diese Zustände noch verschärfen.

Meine Schlussfolgerung ist: Europa sollte sich mehr mit der Binnenentwicklung, einschließlich der innenpolitischen Spaltung der USA befassen. Denn die - einerseits besorgnis-, andererseits hoffnungserregende - innere Entwicklung der USA wird sich, unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl, in der Richtungstendenz der politischen Kultur des Landes abbilden - und von dort ausgehend die Weltentwicklung beeinflussen. Europa wird davon direkt betroffen sein.

### **Roland Benedikter**

ist Europäischer Stiftungsprofessor für Politische Soziologie am Europa Zentrum der Stanford Universität. Homepage: <http://europe.stanford.edu/people/rolandbenedikter>. Kontakt: [rben@stanford.edu](mailto:rben@stanford.edu).

# Mythologie und Politik

## im US-Präsidentenwahlkampf 2012

**Roland Benedikter, Forschungsprofessor für Politische Soziologie am Europa Zentrum der Stanford Universität, im Gespräch mit Victor Faessel, Programmdirektor des Orfalea Zentrums für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, Generalsekretär des Weltkonsortiums für Globale Studien und Mitherausgeber der 4-bändigen SAGE-Enzyklopädie für Globale Studien**

**Benedikter:** Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa haben aufgrund ihrer Geschichte unterschiedliche politische Ausgangssituationen und Agenden. Was aus europäischer Perspektive oft vergessen wird, ist die Tatsache, dass die USA aus Gruppen entstanden sind, die vom alten Kontinent verstoßen wurden: Demokraten und Liberale, Aufklärer, Freimaurer, strenggläubig Religiöse, Abenteurer. Diese breite und oft auch in sich polarisierte Mischung hat das Selbstverständnis des neuen Kontinents geprägt, ebenso wie der Mythos von den grenzenlosen Chancen und der geopolitischen Unangreifbarkeit. - **Faessel:** Ja. - **Benedikter:** Aber der Mythos der Unangreifbarkeit ist seit dem Angriff auf das World Trade Center erschüttert; ebenso wie der Mythos von der Grenzenlosigkeit der Chancen durch die Wirtschaftskrisen und den damit verbundenen „Tod des amerikanischen Traums“ für die Mittelklasse erschüttert wurde. Seit 2001 hat vielmehr eine zunehmende ideologische Polarisierung zwischen Republikanern und Demokraten eingesetzt, die diesen Traum zunehmend zu torpedieren scheint, und die im Präsidentenwahlkampf 2012 offenbar einen Höhepunkt erreicht. Umgekehrt ist Europa auf einem Weg von der Zersplitterung zur Vereinigung, geboren aus den politischen Wirren der Weltkriege und des wirtschaftlichen Druckes. Immer mehr Europäer wissen: Europa ist unvermeidlich, wenn seine Einzelstaaten nicht gegenüber dem Aufstieg größerer geopolitischer Räume wie China oder Südamerika ins dritte Glied absteigen wollen. Daraus entsteht eine grundlegend neue Dynamik zwischen Amerika und Europa, in die auch das Aufstreben neuer, nicht-westlicher Mächte mit ins Kalkül gezogen werden muss.

**Faessel:** Ja, diese Gesamtentwicklung sehe ich auch. - **Benedikter:** Die daraus für den Westen als Ganzen resultierende politische und kulturelle Dynamik der Gegenwart ergibt bestimmte kulturpsychologische Entwicklungslinien und Probleme. Unter ihnen fällt derzeit eine besonders

auf: Der US-Präsidentenwahlkampf 2012 verstärkt die ideologische Auseinandersetzung zwischen Republikanern und Demokraten, und damit die Binnendialektik des wichtigsten demokratischen Landes der Welt. Er mobilisiert sowohl Konservative wie Progressive in einen neuen Weltanschauungskampf. In diesem Kampf scheint es weniger um die Lösung von Sachfragen oder um die Zukunft des Landes, als vielmehr um politische Grundsatphilosophien und ihre taktische, temporäre Durchsetzung um jeden Preis zu gehen - und zwar unabhängig vom Gemeinwohl der Gesellschaft. Was heute vor sich geht, scheint für viele eine Art „Neudefinition“ Amerikas zu sein - vom Land der „Mutigen und Gleichen“ zum Land der „Schlauhen und Ungleichen“. Das bedeutet: Vom „Land der Gleichen“ zum „Land der Wenigen gegen die Vielen“, vom Land der „1% Reichsten gegen die 99% Anderen“. Sind die USA des Jahres 2012 auf dem Weg in eine innerlich gesplante Gesellschaft?

**Faessel:** „Neudefinition Amerikas“ ist vielleicht ein zu starker Ausdruck für das, was innerhalb der USA heute vorgeht. Man könnte sagen, dass der Kernpunkt der gegenwärtigen innenpolitischen Debatte im Hinblick auf die Wahl vom November 2012 in der Frage besteht, wie ein bedrohter „Amerikanischer Traum“ weiterhin zu gewährleisten und abzusichern ist. Was immer die politische Rechte tut, um ihre Wahljahr-Vision für das ökonomische und soziale Leben des Landes gegen Barack Obama zuzuspitzen und populistisch unter die Leute zu bringen: diese Vision wird in einem deutlich erkennbaren Maß mit der existierenden, grundlegenden Meta-Erzählung des Landes harmonisieren müssen - oder präziser gesagt mit der konservativen Version dieser Meta-Erzählung, also dem „Amerikanischen Traum“. Der „Amerikanische Traum“ ist die grundlegende Geschichte Amerikas; er ist ihr übergeordnetes „Meta-Narrativ“. Politiker müssen immer den Eindruck erwecken, dass sie diese Geschichte wachrufen, ihr anhängen und sie verteidigen, wenn sie breiten Anklang erreichen oder behalten wollen. Das ist für die heutigen Konservativen ebenso wenig anders als für die heutigen Progressiven.

**Benedikter:** Was aber geschieht im heutigen Amerika mit diesem „Meta-Narrativ“, das im Kern lautet: Jeder kann sich seinen „Amerikanischen Traum“ verwirklichen, wenn er nur hart genug dafür arbeitet? Ist diese „Erzählung“ nach den Finanz- und Wirtschaftskrisen und der Schuldenkrise und der von ihnen blockierten Entwicklung des Mittelstandes überhaupt noch in breiterem Maß gültig? - **Faessel:** Die US-Mittelklasse, für mehr als ein Jahrhundert die soziale Grundgesteinsschicht des „Amerikanischen Traums“, ist heute in der Tat ernsthaft unter Druck. Die Rechte muss daher im Wahlkampf strategisch versuchen, eine Perspektive zu artikulieren, die über die schwierigen Zeiten hinweg auf die „Wiederherstellung“ eines „verlorenen“ Status quo hinarbeitet. In ihrer Version beinhaltet dies individuelle Verantwortlichkeit, Initiative und eine schlanke Regierung, die das freie unternehmerische Individuum in Ruhe lassen sollte; das Christentum ist dabei mehr oder weniger die „fundamentalistische“ Würze. Die heutige republikanische Partei verteidigt dabei immer - obwohl meist indirekt oder sogar stillschweigend - die Reichen, und zwar aus der Sichtweise heraus, dass es immer das Recht jedes Amerikaners gewesen sei, frei, ohne institutionelle Beschränkungen, nach Reichtum zu streben, und dass deshalb diejenigen, die Reichtum

gewinnen, indem sie zumindest nominell das größere ökonomische Risiko tragen, dafür nicht benachteiligt werden dürfen, weil darin eben immer die Größe des Landes gelegen hat. Diesem letzten Punkt stimmen die meisten Amerikaner fast immer zu - bewusst oder unbewusst. Aber seit dem Finanzkollaps 2007-2008, bei dem spekulative Investitionen und Bankpraktiken sich als Ursache des ökonomischen Zusammenbruchs des Landes erwiesen haben, steht diese generelle Akzeptanz unter neuer, sehr viel kritischerer Prüfung.

**Benedikter:** In Zentraleuropa wurde seit den totalitären Erfahrungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine strikte Trennung von Ideologie, Mythologie und Realpolitik forciert. Doch wenn man die Logik der heutigen öffentlichen Debatte in den USA ansieht, muss man sich fragen: Gibt es überhaupt Politik ohne strukturierende Geschichten, ohne identitätsstiftende Imaginationen und ihren - aufgrund ihrer Natur faktisch unvermeidlichen - Kampf? Wird sich also die - zumindest in Begriffen politischer Korrektheit - umfassende Säkularisierung des Politischen in der internationalen Entwicklungskonstellation halten lassen? Die USA scheinen derzeit etwas anderes anzuzeigen.

**Faessel:** Ja, in der Tat. - **Benedikter:** Ich meine damit dies: Im Rahmen der allgemeinen ideologischen Polarisierung spielen Mythen erneut eine große, wenn nicht gar bestimmende Rolle. Amerika scheint sich inmitten einer umfassenden Re-Mythologisierung von Politik und Gesellschaft zu befinden - nicht zuletzt durch den Einfluss der Tea Party, die Mythen gezielt dazu benutzt, um Freund und Feind zu scheiden. Der Glaube an die Wahrheit von Geschichten macht aus ihrer Sicht jeden offenen Dialog unnötig. Wer den von ihnen anerkannten Mythos „wahren Amerikanertums“ ontologisch, das heißt in einem naiven Realismus als unhinterfragbare Wirklichkeit auffasst, ist „gut“; alle anderen abtrünnig oder gar „böse“. Im Wesentlichen ist der politische Diskurs der Rechten in den USA heute tatsächlich so einfach strukturiert - und zwar nicht nur der ungebildeten Proletarier der Tea Party, sondern auch des Establishments und der wenigen noch öffentlich sichtbaren republikanischen Intellektuellen.

**Faessel:** Zweifellos. Aber die Situation bleibt, vielleicht gerade aufgrund dieser ebenso parteipolitischen wie kulturpsychologischen Tendenz zur Vereinfachung, komplex - sowohl bezogen auf die Gegenwart wie auf die Geschichte der USA, die bekanntlich aus einer Myriade von Mythologemen und Fakten gestrickt ist, welche sich oft gegenseitig widersprechen.

**Benedikter:** Inwiefern? - **Faessel:** Amerikaner haben eine Zeit lang über eine Gesellschaft der „haves and have nots“, der Wohlhabenden und Habenichtse gesprochen. In der Tat ist das ein ehrwürdiger, bildlicher Ausdruck, der besonders in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis oder während Gipfelphasen sogenannter Blütezeiten in den Vordergrund rückt - darunter auch die Gegenwart als Zeit, in der die Schamlosigkeit ökonomischer Ungleichheit und politischer Korruption durch Geldinteressen so augenscheinlich wird, dass er tiefen moralischen Widerwillen in einem breiten sozialen Spektrum hervorruft. Man könnte dies der Kraft des Mythos vom „Amerikanischen Traum“ selbst

zuschreiben, weil laut diesem Mythos ein fairer Anteil an Wohlstand und Prosperität für alle aus eigener Kraft erreichbar sein sollte. Dem entgegengesetzt zeigen die letzten Jahrzehnte eine deutliche Schwächung der Erwerbskraft der Mittelklassen im Verhältnis zu den Spitzeneinkommen. Das Problem ist zwar seit dem Zusammenbruch 2008 akut geworden. Aber erst im Rahmen der Wahlkampfdebatte beginnt dieser Diskurs über die „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ eine reale Stütze in den Medien zu bekommen und wird nach und nach zum Gegenstand einer breiteren Grundsatzdebatte.

**Benedikter:** Auf welche Weise? - **Faessel:** In hohem Maße wurde der Aufstieg dieser Debatte zunächst befördert durch die Auseinandersetzung zwischen dem republikanischen (von der Tea Party unterstützten) Gouverneur des Staates Wisconsin und einem großen Teil der Angestellten seines öffentlichen Dienstes seit Frühjahr 2011. Der Gouverneur wollte die Tarifautonomie der Gewerkschaften abschaffen, um Ausgabenkürzungen durchzusetzen. Die Debatte wurde aber zweitens auch befördert durch die landesweit seit einem Jahr rasch wachsende „Besetzt-die-Wall-Street“ („Occupy-Wall-Street“)-Bewegung. Wie immer sich diese Bewegung entwickeln wird - die lebhaften öffentlichen Aktivitäten überall im Land scheinen fürs erste durch umstrittene Polizeiaktionen eingedämmt worden zu sein - die Präsidentschaftswahldebatte 2012 gewinnt durch sie Konturen. Aspekte wie Steuern, spekulative Banken-Praktiken, Konzerneinfluss in Washington und Demokratie in der Wirtschaft stehen heute in den USA in einem Maße auf der Tagesordnung, wie das seit langer Zeit nicht der Fall war.

**Benedikter:** Welche Mythen wirken heute im Innern der Republikanischen Partei? Man hat den Eindruck einer seit dem Ende des kalten Krieges beispiellosen Verengung und Ent-Dialogisierung - auf Kosten der Diskursrationalität. Man hat den Eindruck: „Kompromisslos“ ist das neue Zauberwort, mit dem die republikanische Partei punkten will. Zum Nachteil der Nation und des Gemeinwohls.

- **Faessel:** „Kompromisslos“ ist in der Tat das passende Wort, weil die Tea Party und andere rechte Republikaner sich auf eine Ideologie von „Prinzipien“ berufen, die grundsätzlich alle Kompromisse für ein Zeichen von Schwäche, liberaler „Weichheit“, Opportunismus oder Unmoral hält. Damit ist jeder Kompromiss heute für einen (aus Tea Party Sicht) „soliden“ Konservativen ein Tabu. Der Hintergrund ist, dass die Konservativen glauben, die einzige Wahrheit und die einzig richtigen anständigen Werte zu haben. Nur sie sehen, was auf lange Sicht gut ist für das Land, die andere Seite ist degeneriert und ihre laxen Moralität ist verantwortlich für alle Nöte des Landes. Und deshalb ist die Sicht der Rechten, die die heutige republikanische Partei dominieren, dass Kompromisse mit der demokratischen Partei zu schließen bedeutet, nicht nur einzelne, sondern alle Werte preiszugeben. Nur auf diese Weise kann ein Teil des konservativen Amerika eine politische Strategie unterstützen, die darin besteht, neun Monate lang nichts als „Nein“ zu sagen. Diese Blockadestrategie gilt Tea-Party-Anhängern als gültige Form der „Kompromisslosigkeit“.

**Benedikter:** Ist diese Haltung ernst gemeint, oder ist sie nur strategische Fassade? Mit anderen Worten: Glauben denn die Republikaner selbst an die idealistische Gültigkeit ihrer Kompromisslosigkeit? - **Faessel:** Natürlich

muss man auch als Republikaner kein Zyniker sein, um zu sehen, dass viele der Vorschläge von Präsident Obama: nachhaltige Energie, Reform der Immigrationsgesetze, selbst Aspekte der Reform des Gesundheitswesens - anerkennenswert sind und von den Gestaltern und Leitern einer möglichen nächsten republikanischen Administration selbstverständlich nachträglich die Legitimation als unumgehbare Notwendigkeiten erhalten werden. Aber um den Wahlkampf zu gewinnen und die Macht wieder zu übernehmen, werden diese Ideen rhetorisch gesäubert, umgedeutet, neu erzählt, damit sie äußerlich mit konservativen Idealen übereinstimmen. Fairerweise muss man sagen, dass auch Elemente der liberalen Linken in Amerika eine ähnliche Haltung kompromissloser moralischer Richtigkeit an sich haben, wie sie die republikanische Partei heute an den Tag legt. So scheint das Land ideologisch in der Tat, wie Sie richtig bemerken, weiter auseinander zu treiben, während die meisten Menschen zur gleichen Zeit nach einem Washington rufen, das den politischen Partisanenkampf endlich überwindet und die Dinge „im Interesse des Landes“ geregelt bekommt. Es ist ganz richtig zu fragen, was eine derartig machiavellistische Politik oder vielleicht auch manichäische Phantasie, wie sie die heutigen Republikaner praktizieren, mit öffentlicher Vernunft und dem Wohl des Landes zu tun hat. Meines Erachtens nichts.

**Benedikter:** Wenn der Mythos vom amerikanischen Traum auf derart holzschnittartige Weise den US-Wahlkampf bestimmt: Müssen wir dann nicht einen Verlust an demokratischer Säkularisierung konstatieren? - **Faessel:** Die Säkularisationsdebatte erreicht nicht den Kern der Frage der heutigen ideologischen Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft, denn diese geht weit hinaus über die stereotype Gegenüberstellung von politischer „Rationalität“ und irrationalen, letztlich religiös begründeten „Mythologien“. Die europäische „Mythophobie“ und vor allem die zentraleuropäische Ablehnung jeder „Ideologie“ ist natürlich verständlich nach den Alpträumen, die sich während des 20. Jahrhunderts ereigneten. Bereits Ernst Cassirer steht in einer langen Geschichte aufklärerischen Misstrauens gegen Mythen, wenn er sich, konfrontiert mit den Nazis, gezwungen sieht, seine frühere mehr empathische Behandlung der symbolischen und mythischen Traditionen des geistigen und kulturellen Lebens zu modifizieren. Ich denke dennoch, dass eine anspruchsvollere und differenziertere Haltung gegenüber dem „Mythischen“ in der gegenwärtigen westlichen - einschließlich der europäischen - Gesellschaft gefordert ist, wenn man die gestaltenden Kräfte der heutigen Politik durchschauen will, und zwar nicht nur in den USA oder in den Gesellschaften, die von europäischer Geschichte und europäischen Institutionen geprägt sind, sondern in globaler Perspektive.

**Benedikter:** Das ist einleuchtend. - **Faessel:** Um Ihre Frage zu beantworten, würde ich argumentieren, dass es keine Politik, keine politische Mobilisierung ohne Bilder, ohne Imagination und ohne zwingende Erzählungen gibt. Jeder politischen Vision liegt ein Bild des Menschen zugrunde, des Menschen, dem gegenüber - ohne sinngebende Erzählungen - eine gähnende Leere kalten Raums herrschen würde und eine hartnäckige, unerbittliche, zu oft existenziell bedrohte Natur sich sozial und politisch artikulieren würde, in welche die Menschen

paradoxiertweise zugleich eingebettet sind. Das war der Punkt zwischen Anthropologie, Gesellschaft und Politik, den beispielsweise Hans Blumenberg in seiner „Arbeit am Mythos“ behandelte, ein Punkt, den man sich in einer Zeit wachsender sozialer Bewusstheit über Krise, Bedrohungen und Unsicherheit zu Herzen nehmen sollte. Man mag Blumenbergs Ansatz heute mit Gewinn Seite an Seite beispielweise mit Ulrich Becks Versuchen erneut durchgehen, um die gegenwärtige Situation des Mythos zu verstehen: Unsere sogenannte Rationalität, unsere wachsende Neigung, potenzielle oder wirkliche Gefahren in Politik, Wirtschaft und Technologie mit „social engineering“ zu managen, treibt uns als Gesellschaften weiter und weiter zu „großformatigen“, sinnstiftenden Geschichten. Diese sollen uns unter anderem erklären, warum trotz rationalen Managements die Dinge zuweilen schlechter zu gehen scheinen... Diesen Mechanismus kann man häufig auch in traditionellen Religionen finden, wie Ihre Frage impliziert. Dennoch, alternative Spiritualität, die ein ganzheitlicheres, organisches Bild der menschlichen Beziehungen zu Lebensprozessen und zum Kosmos bietet, gibt vielen Menschen wertvolle (und sie nicht zuletzt sozial bestätigende) Erzählungen, die zwar sorgfältig von traditionellen Religionen geschieden sind, aber doch stark an mythische Bilder erinnern - selbst, wenn sie als zugrundeliegende soziale und politische Faktoren noch immer wenig erkannt werden.

**Benedikter:** Würden Sie also sagen, dass sich der Westen, und im Rahmen der Zuspitzung des gegenwärtigen Wahlkampfes vor allem die USA in einem „Re-Mythologisierung“-Prozess befinden? Und wenn ja, wie genau und in welchem Ausmaß?

**Faessel:** Ich wäre mehr geneigt, es eine Relegitimation einer Auswahl von alten (und einigen ein bisschen weniger alten) konservativen Bildern amerikanischer Identitätsphantasien zu nennen: Das Bild von der eigenständigen, in der Menschheitsgeschichte einmaligen Zivilisation, vom gesellschaftlichen Individualismus und einem „schwachen“ öffentlichen Gut. Die konservative Ideologie Amerikas verfügt über eine Anzahl kleinerer und eine Reihe umfangreicherer Erzählungen, die sie heute voll ausschöpft, um im Wahlkampf zu bestehen. Unter den großen Erzählungen ist der „amerikanische Exzeptionalismus“ der akademische Name für eine besonders bedeutende Geschichte Amerikas, für die Idee, dass Amerika Gottes Werk selbst vollbringt, dass Amerika, von göttlicher Vorsehung geleitet, das „Licht der Welt“ ist. Das würde ich persönlich heute einen Grundmythos der USA nennen, tief verwurzelt in traditionellen religiösen (jüdisch-christlichen) Erzählungen.

**Benedikter:** Im Wahlkampf scheinen Mythologien und Politik derzeit viel stärker miteinander verbunden als in Europa. Kontextpolitische Faktoren spielen damit eine größere Rolle. Die politische Rhetorik aller Parteien und öffentlichen Figuren ist mythologisch grundiert - auch die Barack Obamas, denken wir nur an sein Buch „Den amerikanischen Traum zurückgewinnen“. Ich kann mich aber nicht erinnern, eine derart buchstabenhörige Umsetzung von Mythologie in die Realpolitik erlebt zu haben, wie sie derzeit von den republikanischen Präsidentschaftskandidaten unter dem Druck der „Tea Party“ in die amerikanische Gesellschaft injiziert wird.

**Faessel:** Im Prinzip haben Sie Recht, vor allem für die Gegenwart. Historisch gesehen aber waren Mythos und Politik auch in Europa eng verflochten. Europa zeigt eine reiche Geschichte der Verwebung von Mythologie und Politik. Um nur von der Moderne zu sprechen: konservative christliche Parteien, kommunistische und sozialistische Parteien mit ihren impliziten utopischen Visionen, die stets an mythische Bilder erinnern. Und natürlich dann Faschismus und Nationalsozialismus mit ihrer absoluten und irrationalen Mythen-Hörigkeit, die noch dazu die Mythen verzerrte. Ich denke, es obliegt uns, uns darüber klar zu werden, was wir mit „Mythos“ in der politischen Diskussion der Gegenwart eigentlich meinen.

**Benedikter:** Richtig. Was also ist ein Mythos als soziales und politisches Narrativ? - **Faessel:** Mythen sind letztlich auf der einfachsten Ebene nichts anderes als Geschichten, die sich breiter, wenn nicht sogar universaler, Akzeptanz innerhalb einer bestimmten sozialen Gruppe erfreuen. Von entscheidender Bedeutung ist: Solche Geschichten mobilisieren die Imagination, und zwar nicht nur individuell, sondern sozial. Erinnern wir uns daran, dass auch der Diskurs der abendländischen Rationalität auf seine eigene Weise eine Geschichte erzählt, die in vielerlei Hinsicht zwingend ist und soziale Verhaltensweisen formt, die - berühmt oder sogar berüchtigt - zu Wirkungen geführt haben, die fern von Rationalität, Humanität oder Logik waren. Einer der ersten Reflexe der Aufklärung (mit Wurzeln bei Plato), der endlich zu korrigieren ist, ist die Auffassung, der Mythos sei de facto etwas Irrationales. Um wiederum Blumenberg zu zitieren: der Mythos ist, weit eher als das Gegenteil des Logos (Cassirer) zu sein, seinerseits bereits eine Form des Logos. Er ist eine Antwort auf die sinnlose Leere, auf eine mitleidlose Welt des blinden Zufalls. Er ist ein Logos der Erzählung und - um mich zu wiederholen -, jede ausgearbeitete politische Position erscheint letztlich in dem einen oder anderen Bild des Menschen und des sozialen Lebens, nimmt eine Stellung in einer identitätsstiftenden Geschichte ein.

**Benedikter:** Kann man also die heutigen politischen Mythen als - auf ihre eigene Weise - rational bezeichnen? - **Faessel:** Ja und nein. Sie Mythen zu nennen bedeutet zunächst einmal, auf ihrem Ursprung in der Imagination zu bestehen, und - das gerade ist das Herzstück eines zeitgemäßen Verständnisses von Mythen - zu bestehen auf ihrer Formbarkeit, ihrer Offenheit für Anpassung, ihrer Stellung in einer Dialektik zwischen Verkündern und Zuhörerschaft, genauso wie auch auf ihrer sehr realen diskursiven Dimension, die darauf hinzielt, im Sinn einer expliziten oder impliziten Absicht zu überzeugen, zu präsentieren, zu reflektieren, was die realen Bedingungen sind. Die Frage der Rezeption von Mythen in der heutigen sozialen und politischen Diskussion ist der Ort härtester und fruchtbarster Arbeit an ihrer Dekonstruktion - und nicht indem wir sie mit alten Aufklärungsanklagen der „Irrationalität“ schlecht machen, die selten und höchstens zeitweilig einen Eindruck im Grundgestein der volkstümlichen Imagination gemacht haben. Dabei müssen wir berücksichtigen: Wir sprechen hier von sedimentierten, kulturell bedeutsamen Erzählungen, nicht von kurzlebigen Erscheinungen, Stadtlegenden oder enger, auf Einzelthemen bezogener Propaganda.

**Benedikter:** Ja. Aber gerade die USA scheinen heute ein Land zu sein, in dem bei genauerer Betrachtung nicht

nur ein Mythos, sondern eine Vielzahl von Mikromythen politisch wirksam sind. Diese beinhalten nicht nur die „großen“ Erzählungen, sondern auch die „Stadtlegenden“. Beide sind komplex ineinander verwoben. Zugleich scheint vielen Konservativen bereits die „größte“ dieser Erzählungen, der klassische „Amerikanische Traum“, zu modern und progressiv zu sein. Sie ziehen alttestamentarische Muster vor - und versuchen, damit die Mythen der Moderne zu re-interpretieren.

**Faessel:** Ich zögere damit, das, was heute in Amerika vor sich geht, eine „Remythologisierung“ entlang alttestamentlicher Linien zu nennen. Es mag sein, dass einige Konservative skeptisch geworden sind gegenüber dem „großen“ Amerikanischen Traum eines Gesellschaftsvertrags, der auf weitgehender sozialer Freizügigkeit und auf einem funktionierendes Netz politischer Gerechtigkeit und Gleichheit basiert. Aber gewiss kann auch heute kein Politiker landesweite Prominenz erlangen, der diesen Traum offen diskreditiert. Soziale Durchlässigkeit ist das Grundgestein des amerikanischen „Versprechens“, und beachtliche argumentative Anstrengungen werden gemacht, um die Politik mittels Schlagworten und Bildern abzusichern, die direkt mit diesem Mythos verbunden sind.

**Benedikter:** Kommen wir zu den „Mikromythen“. - **Faessel:** Ein „Mikromythos“, der indirekt die gegenwärtige ideologische Polarisierung des Politischen in Amerika bestimmt, hängt mit der Vorstellung der rationalen, das Risiko streuenden Arbeit von Spekulanten zusammen. Er ist eine US-spezifische kapitalistische Variante (und ein Ableger) des Fortschrittsmythos. Es ist wichtig zu bemerken, dass die amerikanische Kulturgeschichte von den frühen Jahren der Kolonien bis in die Nähe des Endes des 19. Jahrhunderts von einem durchweg tiefen Misstrauen gegenüber der Finanzspekulation geprägt war. Die Finanzmärkte und ihr Personal wurden gleichgesetzt mit Glücksspiel und Spielern, was - besonders für protestantische Christen - per Definition eine lasterhafte Aktivität war, verbunden mit der Sünde der Ignoranz der göttlichen Vorsehung oder dem Versuch, sie zu manipulieren. Es ist eine historische Tatsache, dass konzertierte Öffentlichkeitsarbeit und gesetzgeberische Anstrengungen nötig waren - rhetorische Strategien und Kampagnen in bestimmten kritischen Momenten der Geschichte, als Antwort auf bestimmte soziale und politische Umstände -, um die Finanz- und Warenspekulation der Wall Street ideologisch nach und nach reinzuwaschen und ihre moralische Gleichsetzung mit Wetten und Glücksspiel schließlich am Beginn des 20. Jahrhunderts aufzulösen. Interessanterweise wurde diese Reinwaschung in der US-Geschichte aber immer wieder rückgängig gemacht nach dem Platzen spekulativer Blasen - so wie zuletzt derjenigen von 2007-2010. Aber wie immer in solchen Fällen eilen bestimmte kulturelle Kräfte, die man ruhig konservative, der Geschäftswelt dienende Kräfte nennen darf, den Banken und Spekulanten zu Hilfe, um sie nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch in Bezug auf die Legitimation ihrer Geschichten zu retten. Doch sogar hier hängt der Erfolg dieser Rettungsaktion für einen „Mikromythos“ an der „starken“ Beschwörung einer bestimmten Facette des „großen“ Mythos vom Amerikanischen Traum.

**Benedikter:** Inwiefern? - **Faessel:** Die Rettung der Geschichte von der Nützlichkeit der Banken- und Finanzspe-



kulation wird von den rechten Interessen paradoxerweise an die Geschichte vom „kleinen Mann“ geknüpft, der es durch harte Arbeit und das Glück des Tüchtigen (hier wie nirgendwo in der Welt) zum Gipfel von Wohlstand, Erfolg und Ansehen bringen kann. Es geht um die Erinnerung daran, dass solche „selfmade men“, die in kürzester Zeit vom Tellerwäscher zum Millionär aufsteigen, die Helden von Amerikas Fortschritt waren und seinen Aufstieg zur Weltmacht ermöglicht haben. Und das Banken- und Finanzsystem wird von Teilen der Rechten als institutioneller Ausdruck davon präsentiert. Sie wissen: Die Erzählung vom „kleinen Mann, der es schafft“, geht nicht nur sehr tief, sondern überschreitet auch politische Grenzlinien - ein Grund dafür, dass die Demokraten derzeit eine so schwere Zeit im Kampf um die Besetzung von Themen wie Wirtschaftsaufschwung, Freiheit, Steuererhöhungen für Reiche haben. Es ist sozusagen, diesem Mythos folgend, das „Recht“ jedes Amerikaners loszulegen, und die Republikaner tun so, also ob sie den Diskurs über den Schutz dieses Grundrechts gegenüber einer übermächtigen Regierung besetzen wollen, einen Diskurs, in dem die geschichtliche Erinnerung der Gründung der USA gegen die britische Tyrannei während der späten Kolonialzeit und der revolutionären Periode der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Widerhall findet.

**Benedikter:** Es scheint vielen Beobachtern in der Tat so, dass die mythologische Dimension im Präsidentschaftswahlkampf weitgehend in der Hand der Rechten ist. Das hat eine gewisse Verfahrens-Logik, weil das mehr als ein Jahr lang dauernde, öffentliche Kandidaten-Auswahlverfahren gegen Obama auf Seiten der Republikaner ist und sie damit die öffentliche Diskussion bestimmen können. Es hat aber auch eine Logik, wenn man bedenkt, dass Mythen an sich die Aufgabe haben, Verhältnisse zu bewahren, sie mit einer identitätsstiftenden Geschichte zu versehen und dadurch zu ordnen und zu stabilisieren, nicht sie zu verändern. Das würde bedeuten, dass Mythen, darunter die unausgesprochene Hintergrundannahmen des „Amerikanischen Traums“ (das System ist gerecht, jeder kann alles erreichen, wenn er nur hart genug dafür arbeitet) und „der Stadt auf dem Hügel“ (die USA sind etwas ganz Besonderes in der Welt) an sich, ihrer eigenen Natur nach, im Kern konservativ sind. Wenn dem so wäre: Ist dann die Hoheit über Mythen, ihre diskursive Kontrolle, immer in natürlicher Weise in der Hand der Konservativen? Sie würden damit über eine ungemein wirksame Waffe verfügen. In anderen Worten: Wer beherrscht das mythologische Zentrum und Fundament der heutigen USA? Ist es nicht notgedrungen und unausweichlich die Rechte, weil „große“ politische und soziale Narrative immer schon ihrer Natur nach konservativ sind? - **Faessel:** Soweit es sich um die bevorstehende Präsidentschaftswahl handelt, würde ich feststellen, dass die politische Rechte des Landes versucht, die „große“ Meta-Erzählung unter ihre Kontrolle zu bringen, aber damit noch keinen wirklichen Erfolg bei der Mittelklasse hatte, weil heute eines der größten Themen eben der bedrohte Status der Mittelklasse ist. Die politische Debatte wird sehr direkt, vielleicht explizit, den Mythos des Amerikanischen Traums beschwören, der wie gesagt oberhalb und außerhalb der engen Parteideologien steht und von dem beide Parteien beansprucht werden, ihn am besten zu vertreten. Die Differenz besteht darin, wie jede Partei die moralischen, sozialen und ökonomischen Zentralwerte definiert, die dazu dienen,

Amerikas Durchlässigkeit, Chancenreichtum und Freiheit aufrecht zu erhalten. Der Rest sind Details - und man sagt ja nicht zufällig, der Teufel stecke in den Details.

**Benedikter:** In der Tat. **Faessel:** In einem weiteren Sinne könnte man sagen, dass Mythen aufgrund ihrer Natur tatsächlich dazu tendieren, „konservative“ Verwaltung zu begünstigen. Denn wie Sie richtig sagen, tendieren sie dazu, ihrem Publikum ein „Status quo“-Image einer universal „richtigen“ sozial-kulturellen Existenz zu präsentieren. Ein Mythos konserviert dasjenige, was als zentraler Wert Anerkennung gefunden hat, was selbstverständlich ist und eine Garantie der Beziehung zwischen Historie und „richtiger“, wünschenswerter Zukunftsrichtung einer bestimmten Gruppe darstellt. Zur selben Zeit scheint es mir in der gegenwärtigen Situation, dass die Republikaner, die US-Konservativen gerade in Bezug auf die Meta-Erzählung des „Amerikanischen Traums“ heute vor einer unerhörten Herausforderung stehen. Denn auch unter vielen Konservativen ist die Auffassung weit verbreitet, dass die ökonomischen Probleme mindestens der letzten fünf Jahre und die Bedrohung der Mittelklasse von reichen Bankern bzw. spekulativen Zirkeln ausgehen, die per Definition elitär sind und historisch auch von durchschnittlichen Konservativen oft mit Skepsis betrachtet wurden. Für die meisten Amerikaner, auch die konservativen, scheint es mittlerweile klar, dass ein überdimensionierter, unbeaufsichtigter, exzessive Risiken eingehender und insgesamt zu mächtiger Finanzsektor die Wurzel der gegenwärtigen ökonomischen Malaise des Landes ist, was der Mittelklasse einen schweren Schlag versetzt hat. Daher, so könnte man argumentieren, könnten die Demokraten (die links-progressive Partei Amerikas, soweit man dies mit europäischen Begriffen so sagen kann) die Oberhand gewinnen beim Thema der Bedrohung der Mittelklasse durch Macht- und Geldinteressen, die weitgehend als die Verantwortlichen für die schlimmsten wirtschaftlichen Zeiten seit der großen Depression der 1930er Jahre gesehen werden. Vergessen wir nicht, dass die Demokraten traditionell die Partei der arbeitenden Menschen, des Verbraucherschutzes usw. sind. Aber natürlich spielen hier die Medien eine ebenso bedeutende Rolle wie die Geschichte parteipolitischer Ideologien.

**Benedikter:** Sind aufgrund der parteipolitischen Polarisierung die USA, traditionell das Land mit der größten Beweglichkeit, Zukunftsorientierung und Mobilität, heute eine mittels Re-Mythologisierung gelähmte Gesellschaft? Francis Fukuyama hat vor kurzem (meines Erachtens zu Recht) konstatiert, die innere Lähmung des Landes liege nicht an den Institutionen, nicht im System von „check and balance“, seiner Demokratieform oder der Regierung, sondern sei in der wachsenden inneren ideologischen Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft begründet. Was sind die Implikationen und Perspektiven? - **Faessel:** Neben der „Remythologisierung“ des Landes wird sicherlich die ideologische Polarisierung, von der Fukuyama spricht, als extrem empfunden - und natürlich sind die Pole dieses Spektrums durch je spezifische, offenkundig differierende Erzählungen repräsentiert. Was neu sein mag, ist, wie Sie richtig ausführen, die Art und Weise, wie die Tea Party das Fuhrwerk der „Grand Old Party“ in Bewegung bringt und gnadenlos jeden Konservativen abstrafte, der es wagt, nicht ihren extremen Anti-Steuer und Anti-Regierungsforderungen anzuhängen. Es sind schwierige Zeiten für

Gemäßigte in beiden Parteien, und infolgedessen ist der Kompromiss bis auf weiteres tot. In diesem Sinn ist der demokratische Gesetzgebungsprozess angeschlagen, und alle Meinungsumfragen im Land zeigen, wie angewidert die Bevölkerung von diesem Stand der Dinge ist. Natürlich sind an vorderster Stelle die Politiker auf dem Kongresshügel in Washington dafür verantwortlich. Es ist unklar, wie stark die meisten Konservativen das Abstimmungsverhalten ihrer gewählten Vertreter guthießen, die en bloc mit dem Obstruktionsprogramm der Rechten stimmen, oder ob sie verstehen, dass eine von der Tea Party dominierte Republikanische Partei unausweichlich den politischen Infarkt bedeutet. Politische Strategen und hartgesottene Machiavellisten sowie die Wähler, die ihre Ansichten teilen, mögen die gegenwärtige Pattsituation als eine vorübergehende Phase in einem längerfristigen Prozess sehen, von dem sie hoffen, dass er überall im Land eine Rechtstendenz bewirkt. Alles, was die „Grand Old Party“ im Rahmen dieser Strategie tun muss, ist darauf zu warten, den Anschluss zu suchen und bei künftigen Kongresswahlen eine stärkere Mehrheit zu gewinnen. Das mag die von der Hardcore-Rechten erstrebte „Endphase“ hin zur Machtübernahme zu sein. Bis dahin fürchte ich, dass der Systeminfarkt - Sie sprechen zu Recht von Lähmung - für eine längere Zeit die amerikanische Realität sein wird. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen werden die Stimmung im Land im Hinblick auf diese Verhältnisse in Zahlen ummünzen.

**Benedikter:** Wie ist es möglich, dass die Republikanische Partei heute aus zwei derart verschiedenen Gruppen zusammengesetzt ist: 1) den alttestamentarisch Religiösen mit ihrem archaischen, ja anpassungsüchtig-hordenhaften Gemeinschafts- und Moralitätsanspruch auf der einen Seite und 2) den Ayn-Rand-orientierten Wirtschaftskreisen von Wall Street, Firmenchefs und Großbesitzern, die sich offen an radikalem Egoismus und Selbstsucht (selfishness) als Idealen orientieren, und im Gefolge von Adam Smith, David Ricardo und den frühen Wirtschaftsliberalen bis heute nur an das Eigeninteresse des Einzelnen als wundersame „unsichtbare Hand“ glauben, die angeblich alles von selbst regelt? Wie können derart moralisch und ideologisch entgegengesetzte Gruppen in einer einzigen, noch dazu so stark radikalisierten und deshalb instabilen Partei wie der gegenwärtigen Republikanischen Partei an einem Strang ziehen - gegen Obama, gegen den Staat, gegen Steuern, gegen das Gemeingut? Für ein europäisches Verständnis von religiöser Moralität und Wirtschaftsliberalismus ist diese Mischung nur schwer nachvollziehbar. - **Faessel:** Aus einer europäischen Perspektive mag in der Tat die Vielfalt von Positionen innerhalb der zwei amerikanischen Parteien hervorstechen, weil die Legislative in Europa eine weit breitere Auswahl von Parteien reflektiert. In Amerika dominieren bis heute nur zwei Parteien, und dritte Parteien haben es schwer, zumindest in der nationalen Politik. Die „Grand Old Party“, also die Republikaner, versammeln heute religiöse Konservative - ein altehrwürdiges Herzstück populärer amerikanischer Gefühle - zugleich aber auch Business-Interessen, die als eigenständige Gruppierung ideologisch, das heißt im Hinblick auf die öffentliche Legitimierung ihrer Moralität, in den USA wahrscheinlich nicht überleben könnten. Klar ist, dass die „Grand Old Party“ heute tatsächlich eine Partei mit zwei Köpfen zu

sein scheint. Der eine Kopf ist konzentriert auf religiöse und moralische Themen; der andere auf einen mehr oder weniger offenen Wirtschafts- und Finanz-Lobbyismus: auf laissez-faire-Interessen. Es ist auch für mich immer wieder überraschend, dass die Partei diese Elemente überhaupt zusammenhalten kann.

**Benedikter:** Hat diese „Doppelköpfigkeit“ der Republikaner nicht bereits seit Reagans „konservativer Revolution“ Tradition, wozu er eben beide Köpfe brauchte, um sie durchsetzen zu können? - **Faessel:** In der Tat haben republikanische Präsidenten seit Reagan sich auf die Stimmen beider Flügel gestützt. Und seit Reagan waren, wenn die Republikaner an die Macht gelangten, die sozial Konservativen am Ende meist enttäuscht, fühlten sich benutzt. Ihre sozial-konservativen Visionen schienen ihnen von denen in ihrer Partei, von denen sie annahmen, sie würden ihnen Gesetzeskraft verleihen, unverwirklicht. Heute hat die jüngere Generation der „religiösen Rechten“, also jene Welle religiöser Politik, die von den 1980ern bis zu George W. Bush Juniors Präsidentschaft 2001-2009 so mächtig war, damit begonnen, den Sinn ihres Mitspielens im innerparteilichen Spiel zu überdenken - mit vielen jungen Pastoren von Großgemeinden, die sich und ihre Brüder offen von der Art der politischen Mobilisierung im Stil eines Jerry Falwell oder Pat Robertson distanzieren haben und stattdessen den Fokus zurückwenden auf die Kultivierung einer „inneren Dimension“, das heißt auf das Verhältnis zu Gott und seine sozialen und politischen Implikationen. Religiöse Konservative, die wählen, schlagen sich mittlerweile offen auf die Seite jener Faktion innerhalb der Republikaner, die die Sprache auf Gott, Vaterland, Familie, Recht auf Leben bringt, statt dass sie die dämonisierten republikanischen Liberalen wählen, die für sexuelle Promiskuität sind, weichlich, verschwenderisch, für Abtreibung, für die Unterstützung von Wohlfahrts-Leistungen.

**Benedikter:** Das ist die innerparteilich spaltende Wirkung der Tea Party auf die Republikanische Partei. - **Faessel:** In der Tat ist dies eine weitere Dimension des Tea-Party-Phänomens: eine Art Bestrafungspolitik, von rechten Konservativen auf moderate Konservative gerichtet. Es ist letztlich ein verzweifelter Versuch, gewählte Politiker haftbar zu machen für die oftmals politisch opportunistischen Äußerungen, die sie bei ihren Kampagnen gemacht haben. Für religiöse Konservative, bei denen sich Druck gestaut hat, während die Schubkraft der Tea Party sich schon abschwächt, ist diese Art, Konservative nach so vielen Jahren frustrierter Hoffnungen an ihre konservativen Versprechen zu erinnern, unabdingbar. Das sogenannte republikanische Establishment mag mehr die im engeren Sinne Wirtschafts-fokussierten Elemente vertreten, und die Reste moderater Senatoren und Kongressabgeordneter sind weitgehend Überbleibsel dieser mittlerweile in den Hintergrund getretenen Seite der „Grand Old Party“. Diese republikanischen Elemente sind tief erschüttert von dem „Wir-machen-keine-Gefangenen“-Purismus, der sich in dem Tea-Party-Phänomen widerspiegelt. Alle warten auf den Ausgang der nächsten Wahlen, um zu sehen, ob die öffentliche Stimmung solches Zelotentum als aktuelles Parteiparadigma aufrechterhält, oder - sollten die Republikaner verlieren - ob demgegenüber etwas über Obstruktion Hinausreichendes als Zukunftsstrategie der Grand Old Party sichtbar wird.

**Benedikter:** Ihre Arbeit ist auf das Argument zentriert, dass die rechten Kreise der Republikaner es mangels Bildung und gutem Willen nicht besser wissen - und daher bis zu einem gewissen Grad nicht verantwortlich für die Blockade und Spaltung des Landes gemacht werden können. Dagegen wissen jene hoch gebildeten, reichen und elitären Kreise der Großfinanz und der Unternehmen sowie Eisenhowers „militärisch-wirtschaftlicher Komplex“, einschließlich der Unterhaltungsindustrie, genau, was sie mit ihrem nur auf eigene Vorteile gerichteten Egoismus für das Land anrichten. Sie fahren aber aus Eigeninteresse damit fort, die „Steinzeit-Republikaner“ zu unterstützen, weil diese es ihnen möglich machen, keine Steuern zu zahlen und zugleich alle Privilegien zu genießen. Diese Schicht scheint in Ihren Augen die eigentlich Verantwortliche für die derzeitigen Probleme des Landes. - **Faessel:** Das ist richtig. - **Benedikter:** In offenem Kontrast zur Verwahrlosung der Republikanischen Partei fällt der landesweite Aufstieg der bereits erwähnten „Occupy Wall Street“ Bewegung ins Auge, die für ein neues Bewusstsein der sozialen Ungleichheit in den USA sorgen will - und dabei offenbar bereits einiges erreicht hat. Die Dauerpräsenz dieser Protestbewegung, vor allem auch ihre ungerechte Behandlung durch eine im Gefolge der Terroranschläge des 11. September hochgradig militarisierte Polizei, hat den Mittelstand zum Nachdenken gebracht. Sie hat auch eine neue Mobilisierung der Studenten bewirkt, wie die Proteste im Universitätssystem gegen die Erhöhung von Studiengebühren und anderer öffentlicher Lasten für die Mittelklasse bei gleichzeitig ungebrochener Weiterführung der Privilegien der 1% reichsten Amerikaner zeigen. Welche Rolle für die heutige gesellschaftliche US-Konstellation zwischen rechts und links spielt die sogenannte „99%“-Bewegung - also jene zivilgesellschaftliche Plattform, die sich zusammen mit der „Occupy-Wall-Street“-Bewegung für größere soziale Gerechtigkeit, die Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes und eine Reform des Bankensystems einsetzt?

**Faessel:** Während es zu früh ist, die langfristigen Auswirkungen der zumindest begonnenen Reformen des Bankensektors und der Finanzierung politischer Kampagnen einschätzen zu können, scheinen die wichtigsten Beiträge der Occupy-Bewegung sich darum zu drehen, dass sie erfolgreich soziale Anliegen mediengerecht aufbereitet und inszeniert - und zwar zentriert auf die ökonomische Ungerechtigkeit, die die amerikanische Mittelklasse mittlerweile mit tiefer Sorge erfüllt. Zum Missfallen sowohl der Republikaner wie von Demokraten in Washington ist es ihr gelungen, die Frage der 1% gegen die 99% auf die Agenda der kommenden Präsidentschaftswahlen zu setzen. Denn keine politische Partei oder Bewegung - und gewiss nicht die Tea-Party-Bewegung - ist in der Lage, dieses moralische Terrain ganz für sich allein zu beanspruchen. Während offensichtlich nicht alle Teile der US-Gesellschaft die Taktik einiger Protestierender begeistert annehmen werden. Viele werden sich nur auf das Negative konzentrieren, darunter die vereinzelte Gewalt, wie sie im November in Oakland, Kalifornien, von einer kleinen, organisierten Gruppe provoziert wurde. Manche moderate Elemente der Bevölkerung schreiben die Occupy-Aktivisten sogar ganz als „radikalisierte“ Liberale oder „naive“ Studenten ab. Andererseits haben Bilder von friedlich untergehakt demonstrierenden Studenten, die von Polizisten grundlos mit Pfefferspray angegriffen werden, bei vielen Menschen Alarm und

Sympathie ausgelöst, die sonst nicht so betroffen gewesen wären. Während die ereignisreiche Saison von zahllosen Occupy-Veranstaltungen durch Polizeiaktionen und Winterwetter ins Stocken kam, haben die letzten Aktionen in Portland und Seattle und die fortgesetzte „Okkupation“ in Washington D.C. gezeigt, dass dies kein Strohfeder ist. Die Proteststimmung hält an; und das Thema der Korruption des demokratischen Prozesses durch Konzerne und Finanzsektor bleibt auf der Tagesordnung, was in den letzten Jahrzehnten so nicht der Fall war.

**Benedikter:** Durch die rasch wachsende soziale Ungleichheit scheint derzeit vor allem das System der US-Institutionen in einem Delegitimierungsprozess befindlich. Immer größere Teile der Bevölkerung sehen weniger die rechten Parteien und Bewegungen, als vielmehr den Staat und seine verschiedenen Organisationsformen verantwortlich für die Probleme des Landes. - **Faessel:** Die Logik dieses Spiels ist der Versuch der Rechten, eine radikale Delegitimierung öffentlicher Institutionen voranzutreiben, um sich selbst gegen sie zu profilieren. Die radikale Rechte ist offensichtlich taktisch willens, das Scheitern öffentlicher Institutionen in Kauf zu nehmen, um die Politik in ihre Richtung zu zwingen. Das würde zweifelsohne nicht nur zu einer Schwächung der Polizei und der Sicherheitsdienste führen, sondern vor allem zur Zerstörung der gerade in der heutigen Situation dringend nötigen öffentlichen Sozialprogramme (besonders soziale Dienste und Wohlfahrt), die man von republikanischer Seite her ideologisch bekämpft - um die nachfolgende Privatisierung dieser Dienste voranzutreiben, auf die wir als Gesellschaft nicht ganz verzichten können.

**Benedikter:** Das wäre wiederum im Interesse der Reichen, die darin investieren können. - **Faessel:** Richtig. Wenn also die Institutionen scheitern und man die Leute davon überzeugen kann, dass sich die amerikanische Gesellschaft viele dieser Programme im öffentlichen Interesse nicht mehr leisten kann, dann werden, so die Hoffnung der Rechten, die Menschen sich um das scharen, was wir „wirklich“ als Gesellschaft brauchen. Und sie werden also williger sein, rein „marktgesteuerte“ Lösungen dafür zu akzeptieren.

**Benedikter:** Aus meiner Sicht ist das eine rücksichtslose und unverantwortliche Strategie, die für das Land gefährlich ist, da die Menschen irgendwann herausfinden werden, dass sie an der Nase herumgeführt wurden im Interesse der Großfinanz - und dann darauf reagieren werden, und zwar nicht innerhalb, sondern außerhalb der Institutionen, auf der Straße. Meines Erachtens ist ganz im Gegensatz zu den republikanischen Strategien die wichtigste Einzelaufgabe der heutigen USA die Rückgewinnung und Stabilisierung der Mittelklasse, die traditionell aus dem amerikanischen Traum heraus lebt. Das Problem ist, dass die Mittelklasse immer schneller absteigt, während die Reichen immer schneller reich werden. Man hat den Eindruck, dass eine Geldoligarchie das Land beherrscht, und dass sich die Mittelklasse ihr gegenüber derzeit noch weitgehend gelähmt fühlt, wie das Kaninchen auf die Schlange starrt - mit starkem Gefahrenpotential für den sozialen Frieden, wenn die Proteste einmal im größeren Ausmaß ausbrechen sollten. Sind wir also, um einen Begriff des deutschen Soziologen Ulrich Beck aus den 1990er Jahren zu be-

nutzen, unterwegs zu einer „Brasilianisierung“ der USA?

- **Faessel:** Sie berühren hier einen wichtigen Punkt, den Sie - im Unterschied zu den meisten Ihrer europäischen Kollegen - sehr richtig als zentral erkennen. Sie haben Recht: Die Bewusstseinsbildung über die Existenz und korrumpierende politische Macht einer Geldoligarchie in Amerika ist der Hauptauslöser und die zentrale Botschaft der Occupy-Bewegung. Es ist gerade die Sorge über die reale Aussicht einer „brasilianisierten“ Zukunft der Ausbeutung der Vielen durch Wenige mit hoher Beschäftigungsunsicherheit und sozialer und ökonomischer Marginalisierung für diese Vielen, während die Wenigen eine hochsicherheitsbeschützte, aber vom Land abgekoppelte, global mobile Existenz genießen. Amerika war Zeuge des Aufstiegs und Falls „goldener“ Zeitalter in der Vergangenheit, und es wird es auch in Zukunft sein. Historisch gesehen führte ein weitverbreitetes öffentliches Missfallen (wenn auch noch immer begleitet von einer gewissen Faszination) gegenüber der Macht der Konzern- und Finanzoligarchie in Verbindung mit einem ökonomischen Abschwung in den USA immer zu Forderungen nach Reformen, die letztlich auch in die Politik eindringen. Wir scheinen derzeit wieder einen solchen Punkt erreicht zu haben. Die größte Frage scheint sich wiederum auf die Tiefe der öffentlichen Forderung zu fokussieren, in ausreichender Weise die politische Klasse von der Knechtschaft der Geldinteressen zu befreien, um dadurch die Umkehr zu Bedingungen zu ermöglichen, die ein neues Aufblühen - oder wenigstens eine spürbare Rückkehr - des „Amerikanischen Traums“ für ein möglichst breites Bevölkerungsspektrum ermöglichen würden. Diese Frage hat auch damit zu tun, ob die amerikanische Ökonomie die strukturelle Fähigkeit wiedergewinnt, sozialer Mobilität und finanzieller Stabilität dienliche Bedingungen zu schaffen, welche nötig sind, den „Amerikanischen Traum“ nach unten abzusichern. Darüber sind Zweifel heute angebracht. Denn in den letzten Jahrzehnten scheinen spekulative Verhaltenskulturen und eine falsch verstandene Mobilität, die auf exzessiven kreditbasierten Konsum gestützt war, zum Gefühl einer Mittelklassen-Sicherheit geführt zu haben, die eine Illusion blieb, und sich heute auch zunehmend als solche herausstellt.

**Benedikter:** Wohin werden sich die USA im Wahlkampfjahr 2012 insgesamt bewegen - und was kommt danach?

- **Faessel:** Vieles hängt davon ab, was mit der US-Ökonomie und ihrem Einfluss auf das Beschäftigungsniveau passiert. Sollte der Aufschwung Wurzeln schlagen und die Amerikaner Jobs und neue Aufstiegs-Möglichkeiten in Aussicht haben, dann hat Obama eine sehr gute Chance auf Wiederwahl, besonders wegen der schwachen Reputation der Riege der republikanischen Präsidentschaftsbewerber. Aber ein Sieg Obamas - der auch ein Dämpfer gegenüber den starken Gewinnen der Tea Party bei den letzten Zwischenwahlen sein könnte - wird wohl keinen durchgreifenden Einfluss auf die extreme Polarisierung des US-Gesellschaft haben. Daher ist auch in diesem Fall mit einer Fortsetzung der Krise der politischen Kultur und der Gesetzgebungsprozesse zu rechnen.

**Benedikter:** Zuguterletzt: Was kann Europa zu einer positiven Entwicklung beitragen? Nachdem Barack Obama als erster US-Präsident den klaren Akzent nicht mehr auf den Atlantik, sondern auf die pazifische Region legt und - ebenso wie führende liberale Analytiker wie Fareed Zakaria - dort die Zukunft der USA im 21. Jahrhundert ent-

schieden sieht, scheint Europa heute weiter denn je weg. Was geschieht mit der „europäischen“ Grundlage der USA? Schließlich wurde die US-Demokratie von Europäern begründet und erwächst institutionell auf der Grundlage eines europäischen Denkens. Konservative Beobachter - wie bereits vor Jahren symptomatisch Samuel P. Huntington - fürchten einen Identitätsverlust, eine Entdemokratisierung und eine systemische „Asiatisierung“, also ein noch stärkeres Driften in Familien- und Gruppeneinflüsse.

**Faessel:** Aus der Sicht des amerikanischen Establishments steht Europa nach wie vor für eine bestimmte Kontinuität auf der Ebene von Werten, Kultur und institutionellem Erbe des amerikanischen Mainstreams. Ich zweifle daher an der Möglichkeit eines Bruchs dieser Verbindung, von welcher der beiden Parteien Amerikas auch immer. Aber wie Sie zu Recht sagen, kann man nicht leugnen, dass Amerikaner nicht länger so mit Europa mitgehen, wie es sich zu Zeiten der großen Katastrophen der 1930er und 1940er Jahre und im folgenden Kalten Krieg bewährt hat, der ja offensichtlich weitgehend, wenn nicht ausschließlich Europa-zentriert war. Jetzt beginnt Amerika in der Tat stärker nach Westen über den Pazifik zu blicken - sowohl im Hinblick auf ökonomische Möglichkeiten als auf die kommende Supermacht-Rivalität mit China. Im Zeitalter globalisierter Bedrohungen und angesichts von Migrationsdruck, Bewegungen für Basisdemokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Asien wird Amerika meines Erachtens sicherlich eine Haltung einnehmen, die in Kontinuität mit seinen europäischen Partnern steht, auch wenn die Meinungsverschiedenheiten vielleicht schärfer werden und die europäische „Alternative“ zu einer von Amerika dominierten globalen Konstellation weniger leicht außer Kraft gesetzt werden kann, als es beispielsweise während der Jahre von George W. Bush Junior der Fall war. Man sieht den Trend zu einer machtpolitischen Ausbalancierung zwischen Amerika und Europa letztlich schon seit dem Ende der Bush-Ära, weil Amerika in gewissem Grade beschämt dasteht durch das Schauspiel seiner letzten militärischen Experimente, durch die Diskreditierung des Neoliberalismus und der Finanzspekulation, aber auch durch Amerikas langanhaltende Unterstützung der Diktatoren des Mittleren Ostens gegen die demokratischen Bestrebungen ihrer Bevölkerungen. Hier ändert sich derzeit vieles auch in der Balance zwischen den USA und Europa.

## Die Autoren

**Victor Faessel** ist Direktor des Orfalea Zentrums für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, Generalsekretär des Weltkonsortiums für Globale Studien und Herausgeber der 4-bändigen SAGE-Enzyklopädie für Globale Studien. Seine Spezialisierung ist der Überschneidungspunkt zwischen Politik, Ideologie und Mythologie in der gegenwärtigen US-Gesellschaft mit Blick auf die globale Entwicklung.

**Roland Benedikter** ist Europäischer Stiftungsprofessor für Politische Soziologie und Kultursoziologie am Europa-Zentrum der Stanford Universität und am Zentrum für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara. Seine Spezialisierung ist kontextuelle Politikanalyse und inter- und transdisziplinäre Kulturanalyse.

# Toxischer Exzess:

## Wohlstandsgefälle und Soziales Hauptgesetz

**Christopher Schaefer**  
*Übersetzung aus dem Amerikanischen:*  
**Ulrich Morgenthaler**

Einer der einzigartigen Beiträge Rudolf Steiners zu den Sozialwissenschaften besteht in der Formulierung einer Reihe von sozialen Gesetzen oder Prinzipien, die das menschliche Bewusstsein in Verbindung zum sozialen Verhalten und dessen sozialen und wirtschaftlichen Folgen setzen. Diese Gesetze drücken in den meisten Fällen Bedingtheiten aus, wie das Soziale Hauptgesetz, in dem es heißt: „Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der einzelne die Erträge seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“<sup>1</sup> Steiner fügt hinzu: „Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen.“<sup>2</sup> Rudolf Steiner behauptet, dass diese Gesetze Kausalgesetze wie die Naturgesetze sind, doch sind sie meines Wissens noch nicht empirisch überprüft worden. Dies habe ich mit dem Sozialen Hauptgesetz versucht, insbesondere mit Schwerpunkt auf die Auswirkungen von Einkommens- oder Vermögensunterschieden auf die soziale, psychische und physische Gesundheit und das Wohlbefinden von Nationen. Durch die Überprüfung der Forschungen zum Gesundheitswesen und anderen Studien habe ich herausgefunden, dass diejenigen Länder, die die größten Befürworter des Kapitalismus sind, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, auch die größten Wohlstandsgefälle haben und die schlechtesten gesundheitlichen und sozialen Ergebnisse innerhalb westlicher Industriegesellschaften zeigen.

Die toxischen Wirkungen dieses Wohlstandsgefälles in den Vereinigten Staaten äußern sich in schlechterer nationaler Gesundheit und in höheren Kosten im Gesundheitswesen, in der höchsten weltweit dokumentierten Pro-Kopf-Rate an Gefängnisinsassen und einem der höchsten Niveaus der Ausgaben für Sicherheitsdienste, in einer Erosion unserer Demokratie und in der Aushöhlung unserer wirtschaftlichen Regeneration. Die Forschung über Einkommens- und Wohlstandsgefälle belegt eindeutig die Wahrheit der Einsicht, die Martin Luther King in seinem Brief aus dem Gefängnis von Birmingham formulierte: „Alle Menschen sind in ein Netz der Gegenseitigkeit verwoben. Wir sind gekleidet in ein Gewand der gemeinsamen Zukunft. Was auch immer einen direkt betrifft, betrifft indirekt alle...“ Egal, welches unser Niveau von Reichtum und körperlichem Wohlbefinden ist, wir alle sind durch die zerstörende Wirkung von Reichtumsungleichheiten betroffen und tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Die Vereinigten Staaten weisen die größten Reichtumsungleichheiten unter allen fortschrittlichen westlichen Gesellschaften auf. Die obersten 1 Prozent kontrollieren über 40 Prozent des Volksvermögens, während den unteren 80 Prozent nur 7 Prozent gehören. Diese Unterschiede gab es in den USA nicht mehr seit 1929, der Zeit der Großen Depression. Nach der Neufassung des Zensus lag die effektive Armutsquote in den USA in der Nähe von 16 Prozent im Jahr 2009, wobei über 45 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze fielen und mehr als ein Drittel ihres begrenzten Einkommens für Lebensmittel ausgaben. Darüber hinaus haben zwischen 2002 und 2007 die obersten 1 Prozent der Einkommensbezieher 65 Prozent der Realeinkommen pro Familie mit nach Hause genommen und das ist mittlerweile noch extremer geworden.<sup>3</sup> Wir sind zu einer Nation von „Jemand und Niemand“ geworden, um Robert Fullers angemessenen Ausdruck zu gebrauchen, mit einem ausgefransten sozialen Sicherheitsnetz und wachsender sozialer und wirtschaftlicher Not.<sup>4</sup> Kein Wunder, dass die Pew Foundation im Jahr 2009 herausfand, dass 65 Prozent der Amerikaner die Regierung in einem negativen Licht sehen und die Banken und großen Unternehmen als unseriös und korrupt (67 bzw. 64 Prozent).

### Negative gesundheitliche Auswirkungen von Einkommensunterschieden

Wie ein Forscher auf dem Gebiet des Gesundheitswesens bemerkte: „Es ist nicht das absolute Armutsniveau, das für die Gesundheit einer Bevölkerung in Betracht kommt, sondern vielmehr die Größe des Abstands zwischen arm und reich.“ Dieser Abstand, in den Vereinigten Staaten am höchsten unter allen reichen Industrieländern, hat negative Wirkungen auf körperliche und psychische Gesundheit, Dro-

1 Geisteswissenschaft und soziale Frgae (1905/06), GA 34/1960/S. 213

2 A.a.O.

3 Emmanuel Saez, „The Evolution of Top Incomes in the U.S.“ Siehe <http://press.take88.com-content/uploads/2010/02/saez-UStopincomes-2007.pdf>

4 Hope Yen, AP, Wed. January 5th, 2011, „Census: Number of Poor May be Millions Higher.“

genmissbrauch, Bildungsniveau, Inhaftierung, Übergewicht, Gewalt, Teenagerschwangerschaften und viele andere gesundheitliche Risikofaktoren.<sup>5</sup> Je größer die Kluft zwischen den Reichen und den Armen, desto schlimmer ist das Ausmaß sozialer, psychischer und körperlicher Erkrankungen in der Gesellschaft, wie Wilkinson und Pickett und eine wachsende Zahl von anderen Gesundheitsforschern gezeigt haben.<sup>6</sup> Dies gilt sowohl für die Länder als auch für die Staaten und Provinzen der USA und Kanadas.

Die Kluft zwischen den Reichen und den Armen ist die primäre Ursache für abgesenkte Lebenserwartung und erhöhte Krankheit in Gesellschaften, in denen das Pro-Kopf-Einkommen mehr als \$ 5.000 pro Jahr beträgt. Die Vereinigten Staaten geben fast doppelt so viel für die Gesundheitsversorgung als andere Ländern aus, und rangieren doch nur auf Platz 48 der Lebenserwartung und etwa gleich schlecht in vielen anderen gesundheitlichen Kategorien. Länder wie Japan, Schweden, Deutschland und Holland liegen alle deutlich besser. Während 2007 der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch in der Gesundheitsversorgung in allen OECD-Ländern \$ 2.966 betrug, waren es über \$ 7.600 in den USA. Angesichts dieser Unterschiede bei den Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben und diesen Ergebnissen würde man vermuten, dass die gesundheitlichen Auswirkungen von Einkommensunterschieden eine bedeutende Rolle in der Debatte über die Gesundheitsreform im Jahr 2009 gespielt hätten. Es war nicht der Fall, da sowohl die Mainstream-Medien als auch die Politiker dies als eine unbequeme Wahrheit befanden. Weitere progressive Besteuerung hätte wohl mehr dazu beitragen, den Gesundheitszustand zu verbessern, als Veränderungen bei der Gesundheitsbürokratie, und hätte vielleicht sogar ausgereicht, um eine einzige Bürger- oder Volksversicherung zu bezahlen, wie sie alle anderen westlichen Nationen in der einen oder der anderen Form haben.

Es gibt einen zweiten wichtigen Aspekt für die Auswirkungen von Wohlstandsunterschieden auf die Gesundheit unserer Gesellschaft. Je größer nämlich die Kluft zwischen den Reichen und den Armen, um so höher die Zahl der Gefängnisinsassen, und um so höher die Ausgaben einer Gesellschaft für Sicherheitsdienste. Laut den Forschern am Santa Fe Institute und der Universität von Massachusetts wird es 2012 in den USA mehr Gefängniswärter als High-School-Lehrer geben.<sup>7</sup> Die Forschung macht einen Unterschied zwischen produktiver Arbeit und bewachender Arbeit, Polizei, Militär und privaten Wachleuten, die alle privates Eigentum schützen bzw. die öffentliche Ordnung aufrechterhalten. Schutzdienste, während sie sicherlich einen wichtigen Bestandteil der gesamten wirtschaftlichen

Aktivität bilden, sind nicht in dem Sinne produktiv wie die Produktion von Waren und Dienstleistungen für den allgemeinen Verbrauch.

### **Zweifelhafte Rekorde - von der Zahl der Gefängnisinsassen bis zu den Militärausgaben**

Die Vereinigten Staaten, England und Griechenland haben den höchsten Prozentanteil an Schutzdiensten innerhalb der Erwerbsbevölkerung, wobei in den USA fast jeder vierte Arbeitnehmer bei Militär, Polizei oder Sicherheitskräften eingesetzt wird. Wie zu erwarten, gibt es eine starke Beziehung zwischen dem Prozentsatz der Bevölkerung im Schutzdienstbereich und Unterschieden zwischen den Wohlhabenden und den Armen. Je größer das Einkommens- und Wohlstandsgefälle in einer Gesellschaft, und je weniger für Sozialeistungen ausgegeben wird, desto höher die Zahl der Gefängnisinsassen und desto höher der Anteil der Arbeitnehmer, die in Militär, Polizei und Sicherheit tätig sind. Nach Angaben des Statistischen Amtes des US-Justizministeriums waren 2009 über 7 Millionen Menschen im US-Gefängnis-System involviert oder 3,1 Prozent der Bevölkerung, die höchste dokumentierte Pro-Kopf-Inhaftierungsrate der Welt. In der Tat, mit etwa 5 Prozent Anteil an der Weltbevölkerung hatten wir 23,5 Prozent der weltweit gemeldeten Gefängnisinsassen zu einem Preis von über \$ 60 Milliarden pro Jahr. Es ist erwähnenswert, dass die Zahl der Gefängnisinsassen in den USA nach 1980 rasant wuchs, zusammen mit den Kosten für ihre Unterhaltung, ebenso wie das Wohlstandsgefälle in den Jahren der Reagan-Regierung zunahm.<sup>8</sup>

Unser Verteidigungshaushalt ist natürlich viel größer als das, was für Gefängnisse oder Sicherheitsmaßnahmen verwendet wird. Für das Jahr 2010 wird geschätzt, dass die Verteidigungsausgaben insgesamt \$ 1.000 Milliarden überschreiten werden, wenn man die Kriege in Afghanistan und Irak mit einbezieht.<sup>9</sup> Das ist ein großer Prozentsatz der gesamten Bundesausgaben und auch unseres Gesamt-BIP von über 14 Billionen Dollar pro Jahr. Es ist auch fast so viel wie die Verteidigungshaushalte aller anderen Nationen zusammen und übersteigt gewaltig das, was Russland und China zusammen ausgeben. Brauchen wir wirklich über 710 Militärbasen in 80 Ländern und müssen wir 11 Flugzeugträgerverbände in allen Ozeanen der Welt ausrüsten und unterhalten?<sup>10</sup> Stellen Sie sich die kreative Revolution vor, die ausbrechen könnte, wenn wir die Hälfte davon - von dem Geld des Volkes - für Bildung, Forschung, den Wiederaufbau der Infrastruktur des Landes und für alternative Energien einsetzen würden!

5 Saez, a.a.O.

6 Robert Fuller: *Somebody's and Nobody's: Overcoming the Abuse of Rankism*, New Society Publishers, 2003

7 Peter Montague, "Economic Inequality and Health", Environmental Research Foundation, Report NO. 437Pdf., unter <http://www.huppi.com/kangaroo/Inequality&health.htm>

8 R. Wilkinson und K. Pickett, *The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger*, Bloomsbury Press, NY, 2009, besonders S. 49 - 173. Ebenso Stephen Bezruha, "Is Globalization Bad for Our Health?", *Western Journal of Medicine*, Mai 2000, 172:332-4

9 Samuel Bowles und Arjun Jayadev, "Garrison America", *Economists Voice*, The Berkeley, Electronic März 2007

10 Wikipedia: U.S. Prison Populations

Wir sind beides geworden, ein globales Imperium und ein Garnisonsstaat, mit umfangreichem im Ausland stationiertem militärischem Personal, wie einst die römischen Legionen, großer Gefängnisbevölkerung und massiven Sicherheitsdiensten zu Hause. Was erzeugt die Angst und Aggression, die unsere Gesellschaft zu prägen scheint? Ist es unsere unbewusste Erkenntnis, dass wir einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Ressourcen der Welt verbrauchen, um unseren Lebensstil aufrecht zu erhalten, und die Armen und Enteigneten in unseren eigenen Kommunen fürchten, weil uns die wachsende Kluft zwischen den Reichen und den Armen sowohl unfair als auch gefährlich erscheint?

Durch die Förderung größerer Einkommensgleichheit mittels eines progressiven Steuersystems und mittels der Kürzung unseres Militärhaushalts um 20 Prozent pro Jahr würden wir in den nächsten 10 Jahren mehr als \$ 4.000 Milliarden einsparen. Es gibt nur das sogenannte People's Budget des 80 Mitglieder starken Progressive Caucus im Kongress, das Schritte in dieser Richtung vorsieht. Als dieser Budgetvorschlag Anfang April vorgestellt wurde, schenkte ihm die Mainstreampresse keine Beachtung. Wir wollen einfach nicht hören, dass 2007 die obersten 1 Prozent der Reichen 42,7 Prozent vom Reichtum des Landes hatten und die unteren 80 Prozent nur 7 Prozent oder dass nur 1,6 Prozent der Amerikaner \$ 100.000 oder mehr erben, während die unteren 91 Prozent gar nichts bekommen. Durch die Förderung größerer Gleichverteilung des Reichtums und der Reduzierung unseres Verteidigungshaushalts würden wir den Mittelstand stärken, die Gesundheitsausgaben und die Gefängniskosten senken, die Binnennachfrage erhöhen und eine gesündere, robustere Wirtschaft bekommen.

### **Ohne mehr soziale Gleichheit keine Erholung der Wirtschaft und Wiederherstellung der Demokratie**

Das wirtschaftliche Argument zur Einkommensgleichheit ist ziemlich geradlinig und wird erstaunlich selten in dieser Zeit der Haushaltskrisen und des stagnierendem Wachstums diskutiert. Von 1945 bis Mitte 1970 blühte die US-Wirtschaft. Als Ergebnis des New Deal und der Lehren der Weltwirtschaftskrise gab es einen weit verbreiteten Sinn für soziale Gerechtigkeit durch progressive Steuersätze und die Erhöhung der Löhne im Einklang mit der Produktivität schuf die Grundlage für einen gemeinsamen Wohlstand. Marriner Eccles, Banker aus dem mittleren Westen und Vorsitzender der Federal Reserve, der mehr als jeder andere dazu beitrug, das Land aus der Depression zu holen, verstand sehr deutlich, dass große Ungleichheiten des Reichtums den wirtschaftlichen Wohlstand untergraben, und dass Vermögen und Einkommen gerechter geteilt werden müssen, wenn es einen ausreichenden Konsum zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung geben soll.

Nach 1975 gingen die wirtschaftlichen und politischen Einsichten, die aus der Großen Depression

resultierten, verloren und die Gehälter der Arbeiter- und Mittelschicht begannen vom Anstieg der Produktivität abzuweichen. Von 1980 bis zur Gegenwart stagnierten die mittleren Löhne, wenn man die Inflation berücksichtigt, und seit den Reagan-Jahren verfolgt die Regierung eine Politik der Privatisierung, Deregulierung und Senkung der Steuersätze für die Reichen und Konzerne. Weiterer Konsum konnte nur durch den Eintritt von Frauen in den Beruf erreicht werden, durch die Ausweitung von Krediten und durch die Vergabe von Hypotheken. Die erhöhte Verschuldung der Familien, Unternehmen und der Regierung war nicht nachhaltig, wenn man sie mit dem verantwortungslosen und korrupten Verhalten des Finanzsektors und der Aufsichtsbehörden zusammenbringt und das Auftreten der Großen Rezession von 2008 war die Folge. Die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 müssen deutlich neu gelernt werden. Große Wohlstandsgefälle untergraben die Nachfrage, senken den Verbrauch, erhöhen die Arbeitslosigkeit und drohen, die Regierung und die Nation in den Bankrott zu führen.<sup>11</sup>

Steigende Gleichheit von Einkommen und Chancen würde auch eine weitreichende Wirkung bei der Wiederherstellung unserer Demokratie zeitigen. In Anbetracht der sogenannten Citizens-United-Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, welche den Konzernen erlaubt, unbegrenzte Mengen an Geld an politische Parteien und Kandidaten zu geben, und des Wohlstandsgefälles in diesem Land haben wir eine Oligarchie von Reichtum und Special Interest Groups, die den politischen Prozess kontrolliert. Das Prinzip „ein-Dollar-eine-Stimme“ hat zunehmend das Prinzip „eine-Person-eine-Stimme“ ersetzt. Die Wahrheit dieser Aussage spiegelt sich in der Tatsache, dass große Unternehmen und finanzielle Interessen es geschafft haben, die effektiven Steuersätze für wohlhabende Amerikaner zu senken, sowohl Kapitalgewinn- und Unternehmenssteuern zu verringern und ausgewählten Branchen spezielle staatliche Subventionen zu geben, und dies sowohl unter republikanischen wie demokratischen Verwaltungen. In der Zwischenzeit haben unsere Repräsentanten dabei geholfen, die Gewerkschaften in die Bedeutungslosigkeit zu führen und den Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit zwischen amerikanischen Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern zu untergraben. Angesichts der heutigen Kosten für nationale politische Kampagnen und des rapiden Rückgangs der Mitgliederzahlen und der Finanzen der Gewerkschaften, gibt es heute keine anderen Quellen des großen Geldes als die Konzerne und die Reichen. Der Spruch „Wer zahlt, schafft an“ wurde eindeutig von Simon Johnson, dem Chefökonom des IWF von 2007 bis 2008 beschrieben: „Könnte die Mitarbeiter des IWF sich frei über die USA aussprechen, würde sie uns sagen, was sie allen Ländern in solcher Situation sagen: Die Erholung wird scheitern, es sei denn, wir brechen

<sup>11</sup> Robert Dreyfuss, "Taking Aim at the Pentagon Budget", The Nation, April 11, 2011. Siehe auch das exzellente Buch von Chalmers Johnson, *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy and the End of the Republic*, Metropolitan Books, NY, 2004, insbesondere S. 32-56, zu einer Beschreibung von Amerikas militärischem Engagement in der Welt.

die Finanzoligarchie, die die wesentliche Reform blockiert."<sup>12</sup>

## Die Zeit zum Handeln ist gekommen

Die Einkommensungleichheit in den USA ist jetzt auf einem seit 1929 nicht gesehenen Niveau. Trotz dieser Tatsache und den Anzeichen dafür, dass große Unterschiede im Reichtum die Gesundheit der Nation untergraben, die Kosten militärischer und bewachender Arbeit erhöhen, unsere Demokratie unterminieren und die Wirtschaft schwächen, haben sowohl die Republikanische Partei als auch Präsident Obama Budgets vorgeschlagen, die eine weitere Schwächung der „Main Street“ auf Kosten der „Wall Street“ bedeuten. Nur der „Progressive Caucus“ hat einen „Volkshaushalt“ vorgeschlagen, der Bemühungen vorsieht, um die Balance zwischen Reichen und Armen wieder herzustellen, zwischen denen mit Macht und Einfluss und denen ohne. Forschung und gesunder Menschenverstand unterstützen die Weisheit vieler großer Denker wie Fürst Kropotkin, Autor eines Werks über die gegenseitige Hilfe in der Natur, und Gandhi bezüglich der wichtigen Beziehung zwischen größerer Einkommensgleichheit und gemeinschaftlichem Wohlbefinden. Um mit Rudolf Steiner zu reden, „...was auf diese Art aus dem Egoismus hervorgegangen ist, hat von jeher Not, Armut und Elend zur Folge gehabt“.<sup>13</sup> Wenn wir uns um unser Volk und seine Zukunft und in der Tat um die Zukunft der globalen Gesellschaft sorgen, sollten wir tatsächlich die Wahrheit von Rudolf Steiners Erkenntnissen beachten, wie sie im Sozialen Hauptgesetz ausgedrückt ist und Bemühungen um Verringerung des Wohlstandsgefälles unterstützen. Wir sollten darauf hinarbeiten, Arbeit von der Arbeitsvergütung zu trennen, und finanzielle Unterstützung für Einzelpersonen und Gruppen als Rechtsfrage anzusehen. Unsere Gesundheit würde sich verbessern und das Wohlbefinden unserer Gesellschaft würde sich erhöhen.

Ich hatte den Eindruck, dass das Jahr 2010 durch das Durchtrennen eines Schleiers geprägt war, eine Erkenntnis vieler Menschen, dass die globale Rezession nicht die Ansichten oder Strategien der politischen und wirtschaftlichen Eliten in den westlichen Gesellschaften verändert hat und dass entgegen den Versprechungen des Kandidaten Obama das Projekt des Amerikanischen Imperiums noch immer erfolgreich ist, unterstützt durch seinen tapferen Juniorpartner England. Im Jahr 2011, nach dem arabischen Frühling, haben immer mehr Menschen in den Vereinigten Staaten erkannt, dass der politische Prozess zu korrupt ist, um auf den Willen der amerikanischen Öffentlichkeit zu reagieren, und dass die Medien, wie politische Kandidaten, allzu leicht käuflich sind, um die Wahrheit zu sagen. Sehr

viele Menschen auf der rechten und linken Seite sind zu dem Schluss gekommen, dass der „demokratische“ Marktkapitalismus nicht mehr funktioniert und dass die Zeit zum Handeln gekommen ist. Für den kommenden Umbruch ist zu hoffen, dass eine neue, dreigliedrige Imagination für die Gesellschaft Fuß fassen kann, und dass die Werte der Freiheit, der Gleichheit und der Gegenseitigkeit ins Bewusstsein treten können.

## Christopher Schaefer,

ist promovierter Sozialwissenschaftlicher, Co-Direktor des Zentrums für Sozialforschung an der Hawthorne Valley Association in Upstate New York und lebt in den Berkshires. Er ist Schriftsteller, Lehrer und Organisationsentwicklungsberater. Seit Mitte der siebziger Jahre hat er zum sozialen Wandel und Fragen der Gemeinschaftsentwicklung gearbeitet. Er hat unterrichtet am MIT, Tufts, Emersonridge College und Sunbridge College. Dieser Essay wurde ursprünglich für die „Redeeming the Realm of Rights Conference“ vorbereitet, die in der Hawthorn Valley Association in Harlemlville, New York vom 30. Juni bis zum 3. Juli, 2011 abgehalten wurde. © Christopher Schaefer, 15 Hillside Ave. Great Barrington, Mass. 01230, USA, christopherschaefer7@gmail.com

<sup>12</sup> Simon Johnson, „The Quiet Coup“, The Atlantic, Mai 2009. Vgl. auch Robert B. Reich, Aftershock : The Next Economy and America's Future, Alfred Knopf, New York 2010, S. 28-38. S. ebenfalls das Buch von Kevin Phillips, Wealth and Democracy; Broadway Books, New York 2002

<sup>13</sup> A.a.O.



# Die Durchlässigkeit für das Individuelle

## Freiheit und Selbstverwaltung als Entwicklungsbedingungen einer erneuerten Kultur

**Friedrich Platzer  
(1962 - 2011)**

**Zusammenfassung: Christoph Strawe**

Am 18. Oktober verstarb unser lieber Freund und Kollege Friedrich Platzer nach langem Krebsleiden im Alter von 49 Jahren. Einen Nachruf, in dem wir seiner gedenken, finden Sie auf S. 29 im Heft.

Friedrich Platzer war ein Mensch, der wie wenige andere die soziale Dreigliederung in ihren praktischen Aspekten und ihren spirituellen Dimensionen dazustellen verstand. Seine vielfältige Beratungspraxis half ihm dabei, einen die Zuhörer unmittelbar anrührenden Ton zu treffen. Unvergessen sind seine Vorträge bei den Seminaren des Studiengangs Sozialentwicklung in den letzten Jahren.

Der folgende Text geht von einem Vortrag aus, den Friedrich Platzer bei der Einführungswoche des dritten Durchgangs des Studiengangs Sozialentwicklung am 8. Februar 2010 gehalten hat. Die Zusammenfassung von Christoph Strawe beruht auf einem Mitschnitt. Auch wenn sie die „Aura“ des gesprochenen Worts nicht wiedergeben kann, ist doch der in knappen Strichen nachgezeichnete gedankliche Duktus wohl für viele LeserInnen auch in dieser Form erhellend und anregend und gibt Zeugnis von der geistigen Kraft des lieben Verstorbenen.

### Was ist Geistesleben?

Als Vorbereitung zur Beantwortung dieser Frage kann es sinnvoll sein, eine kurze Zeit über den Begriff „selbsttragend“ zu meditieren. „Eine selbsttragende Wirklichkeit“ nennt R. Steiner das Geistesleben.

Die Frage nach dem freien Geistesleben kommt herauf mit dem Heraustreten des Einzelnen aus der Gemeinschaft, der er sich früher wie selbstverständlich eingliederte. Für diese „Individualisierung“ kennt jeder von uns viele symptomatische Beispiele. Es handelt sich um eine Bewegung, durch die das Verhältnis von Einzelnem und Gemeinschaft wie durchgestülpt wird.

Am Mündigkeitsanspruch des Einzelnen führt heute kein Weg mehr vorbei. Das kann man sich daran klarmachen, dass wohl kein Zeitgenosse ernsthaft von sich sagen würde, er sei prinzipiell nicht urteilsfähig. Die Urteilsfähigkeit gehört zum Kern unseres Selbstverständnisses, allenfalls im Einzelfall mögen wir zugestehen, etwas nicht zu durchschauen.

Wir stehen heute als Einzelne im Zentrum. Ein gewisser Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Formulierung der UNO-Deklaration der Menschenrechte 1948. Die Menschenrechte sind als Individualrechte zu betrachten, die als solche nicht von der Gemeinschaft gewährte, sondern den Individuen als Menschen zukommende Rechte sind.

Bei einem sogenannten Sickerwitz wird erst nach einiger Zeit die Pointe klar. So auch bei unserem Thema, bei dem uns erst langsam alle Konsequenzen klar werden. R. Steiner formuliert bereits 1898 das Soziologische Grundgesetz, demnach der Einzelne heute im Zentrum der Gemeinschaft steht - das Sinnzentrum der Gemeinschaft ist der Einzelne.

Menschenrechte sind als Individualrechte zugleich Universalrechte. Darüber gibt es zwar immer noch eine Debatte, weniger denn je wird es jedoch als Frage eines Pro und Contra betrachtet. Die Gültigkeit der Menschenrechte steht über der Einzelmeinung, auch über der demokratischen Mehrheitsmeinung.

Je mehr die Konsequenzen ins allgemeine Bewusstsein dringen, um so mehr ist die Gesellschaft mit dem Unkalkulierbaren konfrontiert. Der Mensch als das „nicht festgestellte“ Naturwesen (Arnold Gehlen) kann die höchsten Leistungen erbringen, aber auch völlig versagen. Die in ihm freigewordenen Verstandeskkräfte können als Egoitätskräfte wirken, die ihn von der Gemeinschaft loslösen.

Johann Caspar Schmidt alias Max Stirner veröffentlichte 1844 in Berlin sein Werk „Der Einzige und sein Eigentum“. Er gilt als einer der Vorbereiter des Anarchismus, und das Vorwort seines Buches, das den Titel trägt: „Ich hab mein Sach auf nichts gestellt“, endet mit dem Satz: „Mir geht nichts über mich“.

Das Ich stellt sich auf sich selbst. Das ist attraktiv und sprengend zugleich: eine Gefahr für die Ge-

meinschaft. Daher entwickeln Gemeinschaftsverantwortliche ein nicht unverständliches Misstrauen gegenüber diesem gefährlichen Wesen. Wenn Freiheit bloße Willkür oder Illusion ist, dann ist es klar, dass dem Wesen, das die Aussage trifft: „Mir geht nichts über mich“, Grenzen gesetzt werden müssen, dass seine Initiative ins Private abgedrängt werden muss.

Wir sind also an dem Punkt, wo der Mensch herausgetreten ist aus dem Ganzen. Wir sehen aber zugleich, dass aus diesem selbstständig gewordenen Wesen etwas zurückzufließen beginnt in den sozialen Organismus hinein. Das genau verstehen wir unter „freiem Geistesleben“. Das Individuum beginnt, eine Quelle zu werden, die das soziale Ganze speist. Sein Heraustreten ist gerade Voraussetzung dafür.

Rudolf Steiner spricht vom geistigen Leben als all demjenigen, was hervorsprießt aus der einzelnen menschlichen Individualität und was dem sozialen Organismus zufließen muss aus der geistigen und physischen Begabung der einzelnen menschlichen Individualität heraus (Kernpunkte, GA 23/1976/S. 63.)

Hier kann und muss man sich klarmachen, dass an dieser Stelle zunächst ein umfassender Begriff des Geisteslebens gebildet wird. Die gattungsmäßige Begabungsausstattung des Menschen ist ja eine recht spärliche: atmen, saugen, schreien, greifen... Alles andere ist schon Ergebnis individueller Anstrengung im Erwerb des aufrechten Gangs, des Sprechens und des Denkens und bildet als solche die besagte Quelle. Wohlgedacht geht es uns darum, wie dieses geistige Leben im Sozialen gedeiht und was Menschen hier im Zusammenwirken erfahren, alles andere wäre bloß privat und damit nicht Bestandteil des Geisteslebens im sozialen Organismus.

Aus der Quelle des Individuellen also strömen Fähigkeiten und Impulse in den sozialen Organismus ein. Wie kann man diesen Vorgang näher inhaltlich charakterisieren? R. Steiner hofft, dass ein Empfinden dafür entstehen möge, dass dieser Inhalt des Geisteslebens eng mit dem Innersten des menschlichen Wesens zu tun hat. Wir sind hier in einem Bereich tätig, den wir in intimer Weise mit unserem Wesenskern verbunden fühlen: „Im geistigen Gebiet waltet eine über das materielle Außenleben hinausgehende Wirklichkeit, die ihren Inhalt in sich selber trägt.“ (GA 23/1976/S. 82)

Geistesleben ist also kein luxuriöser Schmuck des „wirklichen praktischen Lebens“, sondern direkt verbunden mit der Realisierung unserer Menschenwürde. Es gilt, die Empfindung zu entwickeln, dass wir, wo wir in diesem Geistesleben tätig sind, nicht unpraktisch sind und abseits stehen, sondern uns in der Mitte des Menschenlebens befinden. Hier „waltet eine ... Wirklichkeit, die ihren Inhalt in sich selber trägt“. Wie muss ein sozialer Organismus beschaffen sein, damit eine solche Empfindung sich einstellen kann, damit sie einfließen und der

Einzelne sich frei entfalten, seine Menschenwürde entwickeln kann?

Hintergrund für die „Durchlässigkeit für das Individuelle“ ist die Qualität des Geistes als selbsttragende, sich aus sich selbst gebärende Wirklichkeit. So ergibt sich die Forderung, dieses Geistesleben müsse sich ganz auf die eigenen Impulse stellen und sich frei entfalten und verwalten können. Nur so kann dieser Inhalt auch die entsprechende zündende Kraft entwickeln. Kunst, Wissenschaft, Religion und was mit ihnen zusammenhängt, bedürfen einer solchen selbstständigen Stellung. Sonst werden sie von Qualitäten beeinflusst, die nicht vom eigenen Gehalt gespeist sind. Das ist der tiefere Grund dafür, dass Freiheit das Gestaltungsprinzip für dieses Feld sein muss. Und zwar Freiheit nicht als von außen herangebrachte Forderung, sondern als Ausdruck einer Sphäre der Wirklichkeit, die in sich selbst Bestand hat. Das bedeutet die Realisierung unserer eigenen Menschenwürde.

### Drei große Fähigkeits- und Impulsströme

Aus der Quelle der geistigen Produktivität des Einzelnen erfließen drei große Ströme. Zum einen ein Strom, der sich auf sich selbst wendet, d.h. auf Fähigkeiten und Impulse. Er wirkt in Bildung, Wissenschaft, Kunst und Religion.

Ein anderer Fähigkeits- und Impulsstrom richtet sich auf das rechtliche Leben, fließt in die Vereinbarungswelt hinein und entfaltet dort seine Wirksamkeit. Dieses Geistesleben bewirkt die Entwicklung von Rechtsverständnis, beispielsweise auch der Menschenrechte. Ein anderes Wirkungsfeld dieses Stroms liegt da, wo wir vertraglich zusammenarbeiten. Wir sprechen nicht umsonst von Geist und Buchstaben eines Vertrages. Der Geist, das ist das gemeinsam Gewollte. Und nicht zuletzt braucht es „Geistesleben“ bei der dem Einzelfall gerecht werdenden Urteilsfindung etwa im Strafrecht.

Ein dritter großer Fähigkeits- und Impulsstrom dient sich dem Wirtschaftsleben an. Auch dieser wirkt wieder auf verschiedenen Ebenen: 1. Am unmittelbarsten wirkt er in der praktischen Bildung von Fähigkeiten und Fertigkeiten. 2. Das zweite Gebiet umfasst alles, was Innovation ist, Technik, Arbeitsorganisation usw. Hier ist die geistige Wirksamkeit sachgebunden. 3. Ein weiteres Gebiet ist in der Praxis mehr verdeckt und hat mit der Arbeit zu tun. Die Arbeitsfrage ist eine Frage des Geisteslebens. Denn woher nehme ich den Antrieb zur Arbeit? Der wirtschaftliche Nutzen kann Motiv sein, aber die Sinnfrage ist damit nicht wirklich beantwortet. Wofür werde ich tätig? D.h. wie bilde ich ein selbstständiges Motiv aus der Einsicht in einen Bedarf anderer Menschen? Wie komme ich im arbeitsteiligen Wirtschaftsleben in meiner speziellen Tätigkeit zu einer befriedigenden Stellung im Ganzen? Wie kann ich den Anschluss an dieses Ganze innerlich voll erleben, um so bewusst zu ihm beitragen zu können? In den „Kernpunkten der sozialen Frage“ wird

beispielsweise empfohlen, Besprechungen in der Arbeitszeit durchzuführen, in denen ein solches Arbeitsverständnis entstehen kann. Schließlich 4.: Wie erreicht man, dass Kapital unternehmerischen Fähigkeiten zur Verfügung steht und somit seine nutzbringende Anwendung sichergestellt ist? Wann muss das Kapital aber auch wieder in andere Hände übertragen werden, weil sich die Bedingungen geändert haben?

### **Erhaltung, Erneuerung, Sinnstiftung**

Man kann darauf aufmerksam werden, wie Geistesleben unterschiedliche Wirkungen entfaltet. 1. Es wirkt erhaltend im produktiven Sinne, wenn es in der körperlichen Arbeit betätigt wird. Allerdings wirkt es hier auch unfrei, sich strengen Sachgesetzen fügend. 2. Es entfaltet eine erneuernde, „konstruktive“ Wirkung, wenn es sich in der wirtschaftlichen Entwicklung betätigt, als Rationalisierung, Know how, Wissensmanagement etc. 3. Sinnstiftend ist die Wirkung da, wo sich Geistesleben auf sich selbst richtet.

Diese drei Wirksamkeiten sind nicht vollständig abgegrenzt, dennoch lässt sich etwa in einer Einrichtung für jede der Ort zeigen.

Was nun sind die Entwicklungsbedingungen für diese Ströme?

### **Individuelle und soziale Entwicklungsbedingungen des Geistesleben**

#### **a) Individuelle Bedingungen**

Lässt sich eine Art Grundfigur einer individuellen Freiheitshandlung zeichnen? D.h. kann ich für mich eine sichere Begründung meiner Freiheit finden, oder bleibt diese eine bloße Meinung oder ein bloßes Postulat? Die Begründung ist zu suchen in der Beobachtung des eigenen Bewusstseins und Denkens. Ich muss die seelische Kraft des Denkens in mein Bewusstsein nehmen. Nur bei einer bewussten Handlung kann ich die Grundfigur aufzufinden hoffen. D.h. ich blicke auf die Seelenkraft, die ein Motiv durchschauen kann.

Ich finde in der Eigenbeobachtung zwei Charakteristika: Das Denken ist ganz meine Tätigkeit. Es ist nicht ohne mich vorhanden, sondern ganz davon abhängig, dass ich es tätige. Ich bin so sehr ganz Tätigkeit, dass ich es sogar vergesse, so dass es, mit R. Steiner zu reden, das unbeobachtete Element des gewöhnlichen Seelenlebens ist. Die zweite Seite ist, dass ich, was ich da denke, unmittelbar verstehe, - es ist etwas, das in sich selber klar ist. Das lässt sich bei jedem noch so kleinen Aha-Erlebnis beobachten. Im Moment des Erkennens ist es klar und aus sich heraus getragen. Ich tätige es ganz und gar, aber zugleich geht es über mich hinaus und hat in sich Bestand. Es hat einen sich selbst tragenden Gehalt. In diesem Moment, im Kern des Denkens, den wir als

Verstehen oder Intuition bezeichnen können, fallen zwei Dinge zusammen: ich bin ganz Individuum und ganz Universum.

Das kann ein innerlicher Angelpunkt werden, wo ich merke, dass ich in mir selbst den Freiheitspunkt finden kann, wo ich ganz Ich bin und der Inhalt meines Bewusstseins ganz selbsttragend ist. Ich kann innere Gewissheit erlangen. Ich kann in mir die Begründung der Freiheit finden.

Die andere Frage ist nun die: Wie realisiert sich Freiheit in mir, was sind die Bedingungen der Realisierung meiner Intuition? Hier möchte ich einen kurzen Hinweis auf bestimmte Qualitäten geben.

Wenn wir mit unserem Tagesbewusstsein im Leben stehen, verfließt dieses Leben zunächst in Routine. Ich hinterfrage meine Handlungen nicht. Das hat auch seine Berechtigung, ich müsste ja sonst täglich neu das Zähneputzen erfinden.

Frei sind solche Handlungen aus Routine aber nicht. Freiheit ist nur möglich aufgrund von etwas, was ich „Wachheitszäsur“ nennen möchte, wofür man aber auch viele andere Formulierungen finden kann, - Präsenz, Wachheit usw. Da ist das Gefühl einer Unstimmigkeit, das mich hindert, fraglos und aus Routine zu reagieren. Ich kann auch darüber hinweggehen und weitermachen - ich kann aber auch nach diesem Aufmerken zwei Dinge leisten: anfangen, aktiv zurückzuhalten, was ich aus der Vergangenheit an Sympathien und Antipathien, an Urteilen, Meinungen und Routinen aus der Vergangenheit habe. D.h. ich muss zurückhalten, was von sich aus ablaufen würde. Das so entstehende Vakuum, fülle ich mit genauer Wahrnehmung: Was liegt denn da vor? Dieser Zurückhaltungsaspekt bedeutet: erst einmal zur Kenntnis nehmen und anerkennen, was da ist. Die Möglichkeit, eine solche Haltung einzunehmen, ist ja eine Frucht der naturwissenschaftlichen Herangehensweise. Ich frage nun: kann ich jetzt das, was sich da zeigt, wirklich aus mir heraus durchdringen und verstehen?

In diesem Moment tritt jetzt etwas Interessantes auf. Ich stehe vor der Alternative, die Antworten durch Nachdenken „über“ die Situation zu suchen oder aber die Aufmerksamkeit zur Hingabe zu steigern. Tue ich das, schaue ich nicht mehr als Beobachter auf die Sache, die Situation, sondern setze mich in ein Zwiegespräch mit ihr, und zwar in eine empfindende Zwiesprache. Ich entwickle ein Gehör dafür, was sich in einem tieferen Sinn in der Situation ausspricht. Ich bekomme eine „helle“ Empfindung von der Dynamik der Sache, ihren Entwicklungs- und Lebenskräften, zu dem, was sich aussprechen will... Ich muss dabei so viel Distanz zu der Situation behalten, dass sie selber sprechen kann, aber zugleich so viel Nähe, dass ich mit ihr ein Ganzes bilde...

R. Steiner prägt in der „Philosophie der Freiheit“ den Satz: Man muss sich der Idee erlebend gegenüberstellen, sonst gerät man unter ihre Knechtschaft. Auch hier ist eine Distanz angesprochen - „gegen-

überstellen“ -, die aber zugleich durch Empfindung Nähe erzeugt - „erlebend gegenüberstellen“. Ich steige mit meiner Empfindung ein in die Situation, streng mich innerlich an, um ihre Entwicklungsdy- namik zu erfassen.

Jetzt merke ich: Ich habe damit noch nicht die Antwort auf die Frage, was ich tun kann. Ich muss jetzt wie loslassen, den Raum freigeben. Dieses Loslassen ist kein inaktives, keine passives, sondern höchste Aktivität. Es geht um das Aufbauen eines inneren Aufmerksamkeitsraums, eines Raums der Liebe... Ich kann die eigentliche moralische Intuition nicht von mir aus erzwingen, aber ich kann sie vorbereiten, etwas wie eine innere Schale dafür bilden. Man muss sich das nicht als etwas allzu „Hehres“, Abgehobenes vorstellen. Es kann unter der Dusche geschehen oder in der Straßenbahn. Wichtig ist nur, dass ich die Gestimmtheit zur Frage hin habe. Loslassen, einen Aufmerksamkeitsraum bilden, dann kommt der Moment, wo die Intuition auftreten kann, etwas wie ein erster Impuls. Intuition hat innerlich den Charakter der Wesensbegegnung. Es ist eine Einheitserfahrung, ein Verbinden mit der Sache, der Situation, den betroffenen Menschen, mit dem Ganzen. Das ist der Punkt, aus dem heraus wir handeln können. Das ist nicht umgehbar. Es gibt keinen einfachen, „direkten“ Weg in die Freiheitshandlung.

Die Schritte, die ich getan habe, wirken jetzt in die Handlung hinein. Wenn ich dergestalt eine Idee fasse, dann ist aber immer noch die Frage nach dem Wie der Realisierung, nach ihrer konkreten Form: „Das Was bedenke, mehr bedenke wie“ (Goethe). D.h. es braucht den Durchgang durch eine Phase sozialer Phantasie. Ich weiß jetzt, was es braucht, aber wie lässt sich jetzt die Wahrnehmungswelt so entwickeln, dass es dazu kommt? Wie kann ich den Weg der Verwirklichung so antizipieren, dass er wirklichkeitsverträglich ist, nichts übergestülpt wird, keine sozialen Kollateralschäden entstehen. Letzteres passiert ja nicht selten, genauso wie das Gegenteil, dass sich eine Idee auf dem Weg in die Wirklichkeit verflüchtigt. Es geht um ein dialogisches Handeln, das einbezieht, wie die anderen reagieren und agieren, nicht um die „Umsetzung“ einer fertigen Idee.

## **b) Soziale Entwicklungsbedingungen des Geisteslebens und das Thema Selbstverwaltung**

Was sind nun die Entwicklungsbedingungen des Geisteslebens im sozialen Organismus?

1. Freie geistige Produktion und freie Selbstverwaltung. Durch die letztere werden Bedingungen geschaffen, unter denen Ideen und Impulse real leben und wirken können. Hier geht man heute nicht weit genug: Man spricht zwar von der freien Wissenschaft, aber Wissenschaft muss nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch frei sein. Die Bestimmung der Wissenschaftsmethoden darf nicht ausschließlich einem Mainstream überlassen sein.

Es geht um die Frage, ob sich das, was in Landwirtschaft, Medizin, Pädagogik usw. als Fachlichkeit gilt, aus seinen jeweils eigenen Inhalten und Methoden heraus entwickeln kann.

2. Die Freiheit des einen ist nicht möglich ohne die des anderen. Daher hat freies Geistesleben notwendig eine zweite Seite: die Aufnahme durch die freie Empfänglichkeit. Für wie genial ich mich immer halten mag: ich darf keinem meine kulturellen Hervorbringungen gegen seinen Willen aufdrängen.

3. Das freie Geistesleben muss man zulassen. Aber das bloße Zulassen ist noch zu wenig. Es geht um aktive Förderung, um ein aktives Bekenntnis zur kulturellen Diversität.

Was muss sich strukturell in der Gesellschaft ändern, damit diesen Forderungen Genüge getan wird?

1. Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Das bedeutet freie Wahl der Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen, volle Gründungsfreiheit und autonome inhaltliche Gestaltung. Wir brauchen ein Recht, das der Impulsqualität des Geisteslebens entspricht, die nichts zu tun hat mit Vereinsmeierei oder privatem Erwerb.

2. Selbstverwaltung durch Korporationen der Betroffenen und Leistenden muss entstehen, d.h. auch nicht nur zugelassen, sondern aktiv gefördert werden. Es ist nicht einzusehen, warum die Gesamtverantwortung für die Bildungslandschaft Politikern überlassen werden soll.

3. Finanzierung: Hier muss radikal umgedacht werden. Finanzströme im Geistesleben sind durch das Individuum zu lenken, also im Fall der Schule durch die Eltern. Dabei bewegen wir uns hier einerseits im Bereich geistiger Freiheit, andererseits in dem allgemeiner Rechte: dem Recht auf Bildung, Gesundheit usw. Daher kann sich die Allgemeinheit nicht aus der Finanzierung herausnehmen. An dieser Stelle können die Formen dieser Finanzierung nicht im einzelnen besprochen werden - es geht da u.a. um Steuersysteme und Bildungsgutscheine. Ich selbst habe als Begründer der Kulturinitiative Wien Erfahrungen mit öffentlicher Finanzierung von Kultur gemacht. Diese ist ja meist Projektfinanzierung - und man muss viel Grips darauf verwenden, wie man die notwendig anfallenden Infrastrukturkosten in die Projekte schiebt. Das ist ganz real ein Stück Undurchlässigkeit. Wie viel einfacher wäre es, wenn wir die Infrastruktur der Kultur (Räume, vielleicht eine Basiswerbung usw.) öffentlich finanzieren würden - und im übrigen den Initiativen selbst das Feld überlassen würden, die dann auf die freie Empfänglichkeit des Publikums setzen müssten bzw. könnten.

4. Anerkennung und wirkliche Förderung der Selbstverwaltung von Organisationen als Entwicklungsbedingung. Eine Gemeinschaft, die einen Impuls setzt, muss von den Leistenden selbst geführt werden. Wo dem nicht Rechnung getragen wird, wird das Geistesleben in eine unwürdige Lage gebracht. Ein Beispiel aus meiner Beratungspraxis: Ein Verein zur

Förderung von Pflegekindern brauchte immer mehr öffentliche Gelder. Man hatte als Elterninitiative begonnen, aber jetzt sah man sich zunehmend als Auftragnehmer des Landes Oberösterreich, dem ja die Fürsorge für Pflegekinder oblag. Für das Land wiederum war die strategische Ausrichtung in diesem Bereich lange politisch unklar. Der Verein geriet immer mehr in eine bloß abwartende Rolle gegenüber dem Land. Bis man das Unwürdige der Situation erkannte: Man war nicht als Erfüllungsgelhilfe angetreten, sondern mit dem eigenen Impuls, für Pflegekinder zu arbeiten. Ein freier Träger kann eben nicht Auftragnehmer, sondern nur Vertragspartner des Landes sein.

Manche von uns haben konkrete Erfahrungen darin, wie stark nicht nur Fertigkeiten, sondern die ganze Art eines Menschen und seine Ausstrahlung den sozialen Zusammenhang belebt und ernährt. Jemand, der sauber macht, kann u.U. eine nicht nur staubfreie, sondern auch atmosphärisch durchlichtete Wohnung hinterlassen.

Durch solche Erfahrungen wird bemerkbar, dass freies Geistesleben sich nicht aufdrängt, sondern Wesensbegegnung in der Alltäglichkeit bewirkt. Wir müssen im Sozialen Formen schaffen, die solche Empfindungen ermöglichen.

# Betrachtungen und Berichte

## Gedenken

### Friedrich Platzer

(\* 21. 2. 1962 - +18. 10. 2011)

**Christoph Strawe**

Am 18. Oktober ist unser lieber Kollege und Freund Friedrich Platzer nach langem Leiden an einer Krebserkrankung über die Schwelle gegangen.

Friedrich Platzer gehörte gemeinsam mit Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Michael Ross und mir zum engeren Kreis der Verantwortlichen für die Arbeit des Instituts für soziale Gegenwartsfragen und war Mitinitiator des Studiengangs Sozialentwicklung.

Wir empfinden tiefen Schmerz, zugleich aber auch große Dankbarkeit, dass wir viele Jahre mit ihm zusammenarbeiten durften, und eine Verbundenheit, die weiterbesteht, auch wo er im irdischen Leben nicht mehr unter uns ist.

Alle, die mit Friedrich Platzer als Berater und Moderator, als Vortragendem, Seminarleiter und Organisator zu tun gehabt haben, haben seine große menschlich-soziale Kompetenz, seine sozialgestalterischen Fähigkeiten, sein lebendiges Denken und seinen unvergleichlichen Humor sehr schätzen gelernt. Er lebte den anthroposophischen Sozialimpuls authentisch und mit immer größer werdender Ausstrahlung. In der Dreigliederungsarbeit und in der Arbeit von „Wege zur Qualität“ war er ein überaus wichtiger Mitwirkender und Mitgestaltender.

Er kämpfte mit der schweren Krankheit, und es schien ihm und uns immer wieder, dass er sie doch überwinden könne. Auch während der letzten Zeit trug er sich noch mit Zukunftsprojekten. So rang er um einen „salutogenetischen“ Ansatz zur Weiterentwicklung der Dreigliederung. Er beabsichtigte, die Vernetzung von Dreigliederungsinitiativen in Österreich voranzubringen und dort einen eigenen Studiengang einzurichten. Er hatte noch zuletzt, als es ihm wieder besser zu gehen schien, die Absicht, an dem Seminar „Von der Philosophie der Freiheit

zum Nationalökonomischem Kurs“ Ende Oktober in Frankfurt am Main teilzunehmen.

Dieses Thema, die Arbeit mit der Philosophie der Freiheit und an den sozialen und ökonomischen Fragen, beschäftigte ihn existenziell bereits in der Zeit, als ich ihn kennenlernte. Das war 1987, als er das Sozialwissenschaftliche Seminar in Stuttgart besuchte, für das ich verantwortlich zeichnete und in dessen Rahmen ich - als Mitglied des Dozentenkreises - auch Udo Herrmannstorfer zum ersten Mal begegnete. In diesem Seminar lernte Friedrich die Arbeit des NPI und den unvergessenen Lex Bos kennen, eine Begegnung, die in ihm den Entschluss reifen ließ, die Beratungstätigkeit zu seinem Beruf zu machen.

1982 - 89 hatte er europäische Jugendkonferenzen organisiert, von 1989 bis 1994 war er Geschäftsführer eines Kulturzentrums in Wien, das er mitbegründet hatte. Ab 1991 war er dann freiberuflicher Trainer in den Bereichen Kommunikation, Teamarbeit, Moderationen, Selbstorganisation und seit 1994 selbständiger Unternehmensberater, Moderator, Trainer und Coach.

Friedrich Platzer wuchs auf in einem kleinen Dorf im niederösterreichischen Mostviertel. Es war geplant, dass er das väterliche Unternehmen übernehmen sollte, was aber scheiterte, da der Betrieb in größte Schwierigkeiten geriet. Seit 1980 war er in Wien ansässig und seit 1994 mit Elisabeth Platzer vereint, seit 1997 auch verheiratet. Er hatte 3 Kinder: Jakob, Laura und Nelly. Friedrich, den der Beruf ständig „auf Achse“ sein ließ, genoss es um so mehr, wenn er Zeit mit seiner geliebten Familie verbringen konnte.

Er hatte an der Universität Wien Politikwissenschaft und Geschichte studiert und dieses Studium 1989 mit dem Magister abgeschlossen. Zu den Stationen seines Bildungsgangs gehören, außer dem bereits erwähnten Sozialwissenschaftlichen Seminar, die Projektmitarbeit an der Stanford University Vienna (1985), kontinuierliche Fortbildungen in Fragen der Selbstführung, der Konfliktbearbeitung, des Coachings, der Teamentwicklung u.a.

Einen starken Einfluss auf seinen Werdegang hatte die Fortbildung in Organisationsentwicklung bei Friedrich Glasl, Trigon (1992/93), den er außerordentlich schätzte. 2000/02 absolvierte er eine Fortbildung in Organisations- und Strukturaufstellungen bei Apsys - und später dann die Verfahrensschulung im Qualitätsverfahren „Wege zur Qualität“ (2004/05). Die Arbeit zur Stärkung der Selbstverwaltungskräfte im Rahmen dieses Verfahrens rückte immer mehr ins Zentrum seiner Tätigkeit. Er arbeitete dabei aufs Engste zusammen mit Udo Herrmannstorfer und Michael Ross. Seine Beiträge sind im Grunde unersetzlich, was die Tragik seines frühen Todes noch verstärkt. Zugleich gehörte er zu den ganz wenigen, die in der Lage waren, die Fragen der „mesozosialen“ Gestaltung an die großen gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungsnotwendigkeiten anzuknüpfen. (Bilder des Verstorbenen findet man unter [www.friedrichplatzer.at](http://www.friedrichplatzer.at))

## Stößt die Occupy-Bewegung den Gott Mammon vom Thron?

Das Ende der Konkurrenzwirtschaft -  
Aufbruch in die Gemeinwohlwirtschaft

**Wilhelm Neurohr**

Der 15. Oktober 2011 wird in die Geschichtsbücher eingehen, nachdem in 82 Ländern dieser Welt über 20 Millionen Menschen in fast 1000 Städten gegen die Macht der Finanzmärkte zeitgleich auf die Straßen gegangen sind - mehr noch als am 15. Februar 2003, als insgesamt 18 Mio. Menschen in 660 Städten der Erde als weltweite Friedensbewegung gegen den beginnenden Irak-Krieg aufbegehrt. Nur 4 Wochen nach den anfänglichen Protesten an der New Yorker Wallstreet war eine weltweite Protestbewegung gewachsen, übrigens die größte in der Menschheitsgeschichte: Eine halbe Million Menschen alleine in Rom, jeweils Hunderttausende in anderen Städten und Ländern, zigtausende in deutschen Städten.

Ihre Forderungen und Ziele gehen in Richtung Gemeinwohl-Ökonomie statt Konkurrenzwirtschaft, gegen Geldgier und Sozialdarwinismus als gültiges Wirtschaftsprinzip, derweil Politik und Wirtschaft keine erkennbaren Alternativen vor Augen haben, sondern hilflos und aufgeregt den neuen Herausforderungen mit altem Denken und Handeln begegnen möchten. Die zivilgesellschaftliche Bewegung, die nach politischer Partizipation und Mitverantwortung strebt, ist den Eliten um einiges voraus. Eine Revolution des Bewusstseins steht bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten noch aus, deshalb riskieren sie in ihrem Beharren im alten System die Zuspitzung der Protestbewegung zu einer wahren Revolutionsbewegung. Das derzeitige Chaos an den Finanzmärkten droht bei Zuspitzung der Krise in ein politisches Chaos auszuarten.

Noch nie waren es Parteien, Regierungen oder Parlamente, die große gesellschaftliche Veränderungen angestoßen haben, sondern immer und überall die zivilgesellschaftlichen Bewegungen: Die Umweltbewegung, die Frauenbewegung, die Arbeiterbewegung, die Friedensbewegung, die Freiheitsbewegung, die Menschenrechtsaktivisten oder friedlichen Revolutionäre in der DDR. Politik hat stets nur reagiert, zuletzt auf die beharrliche und nach Jahrzehnten erfolgreiche Anti-Atom-Bewegung. Sie wird nun bald reagieren müssen auf die neue Demokratie- und Sozialbewegung, die in ihrem aktiven Kern eine Jugendbewegung ist. Auf den Schildern der Demonstranten ist zu lesen: „Keine Steuergelder an die Zocker“ oder „Gegen Kapitalismus als Religion“.

Stürzt die Bewegung den Gott Mammon von seinem Thron? Mahatma Gandhi hatte in Bezug auf Europa schon lange vor der späteren Fixierung Europas auf konkurrierende Finanz- und Binnenmärkte erkannt und vorausgesehen: „Europa ist nur dem Namen

nach christlich. In Wirklichkeit betet es den Mammon an.“ Diese Beherrschtheit vom Mammon schafft die unsägliche Kluft zwischen arm und reich, gefährdet die Demokratie und das Gemeinwohl, behindert die Solidarität und die Freiheit der Individuen, verstößt gegen die Menschenrechte und Menschenwürde. Und sie zerstört die Zukunft junger Menschen sowie die Umwelt und diesen Planeten. Eine scheinbar „unpolitische“ Jugend hat dafür ein sicheres Gespür entwickelt und begehrt auf, und mit ihr auch die älteren Generationen. Auf eine nur vorübergehende und wieder abklingende Erscheinung sollte vorerst niemand hoffen. Nichts wird mehr so sein wie vorher. (Und nichts macht deutlicher als dieses Aufbegehren, dass auch die anthroposophische Bewegung und ihre schwache soziale Dreigliederungsbewegung in einem ganzen Jahrhundert nicht vermocht hat, mit ihren menschengemäßen sozialen Ideen für ein anderes Wirtschaften und Menschenbild auf spiritueller Grundlage durchzudringen. Doch der versteckte Ruf nach sozialer Dreigliederung, nach Entflechtung statt Verbrüderung von Politik und Wirtschaft und nach kultureller Befreiung von den Zwängen der Finanzwirtschaft ist aus der neuen sozialen Bewegung geradezu herauszuhören!)

Eine neue soziale Bewegung ist für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf den Plan getreten, nachdem zuvor in Spanien und den übrigen Ländern Südeuropas, in England, in Israel, in Chile sowie an der New Yorker Wallstreet die Empörten für den Auftakt gegen die Diktatur der Finanzmärkte sorgten und sich seither weltweit vernetzen. Die politischen Repräsentanten vertreten nicht mehr die Interessen der Mehrheit der Menschen und gefährden die Zukunft einer „verlorenen Generation“, so lautet der berechnete Vorwurf. Und die Proteste sind kein kurzlebige „Strohfeuer“ eines einzelnen Protesttages, sondern wurden weiter fortgeführt und werden sich noch verstetigen und verstärken. Am 12. November 2011 umzingelten die Protestierenden erneut mit Menschenketten die Banken und Börsen.

„Die Anbetung der grenzenlosen Freiheit der Märkte hat die Welt an den Rand des Ruins gebracht und das Ende der kapitalistischen Epoche eingeläutet“, so erkennen daraufhin selbst die deutschen und europäischen Sozialdemokraten, die sich seit den 90-er Jahren dem Neoliberalismus verschrieben hatten und die Deregulierung der Finanzmärkte maßgeblich mit vorantrieben. Und sogar die liberalen und konservativen Parteipolitiker, die den Lobbyisten der Finanzmärkte besonders zu Diensten sind und sich weiterhin von den Ackermännern in der Finanzkrise beraten lassen, zeigen plötzlich Verständnis für die aufkommende Protestbewegung - um zeitgleich systemerhaltende statt -verändernde Maßnahmen zu beraten. Der Raubtier-Kapitalismus müsse ein zweites Mal gebändigt werden - als sei er schon einmal gebändigt worden.

Bei der letzten Finanzkrise 2008, die seither anhält und sich weiter zuspitzt, gab es ähnliche Lippenbekenntnisse von „Wendehälsen“, ohne dass es zu einer wirklich wirksamen Regulierung der Finanzmärkte durch das Primat der Politik kam,

wie seinerzeit vollmundig angekündigt. Vielmehr hat seit Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 die deutsche Finanz- und Versicherungswirtschaft den Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen kräftig Geld gespendet. Die CDU erhielt von Deutscher Bank, Allianz und anderen rund 1,6 Millionen Euro, die FDP 1,1 Millionen. Die SPD erhielt 270.000 Euro, CSU und Grüne jeweils 170.000 Euro. Allein Die LINKE ging leer aus.

Zugleich blieb nach Recherchen von Nichtregierungsorganisationen die Bundesrepublik Deutschland mit Platz 9 auf der Rangliste der 73 bedeutendsten Schattenfinanzplätze weltweit eines der größten Steuerparadiese für die Finanzwelt. Tatsächlich wird die Bundesrepublik schon lange wegen unzureichender Maßnahmen gegen Geldwäsche und umfassender Finanzdienstleistungen für Diktatoren kritisiert. Zudem profitieren deutsche Kreditinstitute von der Kapitalflucht aus Krisenländern der Eurozone wie Griechenland und locken etwa Kunden aus der Schweiz mit der Zusicherung, das deutsche Bankgeheimnis werde gegenüber den Schweizer Behörden zuverlässig gewahrt.

Die Diktatur der Finanzmärkte wurde demzufolge nicht eingeschränkt; das Spielcasino ging munter und nahezu ungehindert weiter, weil die handelnden Personen und herrschenden Ideologien sowie korrupten Verhältnisse in Wirtschaft, Banken und Politik die gleichen bleiben. Das ist so ähnlich, als hätte man nach dem Zusammenbruch der DDR-Diktatur die Honeckers & Co. ungehindert an den Schalthebeln der Macht belassen aufgrund ihres bloßen Versprechens, nunmehr wirkliche Demokratie und Menschenrechte zu beherzigen. Nur in funktionierenden Demokratien wird Versagen der Politik mit Abwahl oder „rollenden Köpfen“, sprich Rücktritten, honoriert.

In unseren demokratischen Systemen können Parteien getrost abgewählt werden, aber damit ist offenbar immer noch nicht die gemeinwohlschädigende neoliberale Politik abgewählt, die von der nächsten Parteienkonstellation unverdrossen fortgeführt wird, weil alle von den Parteispenden aus der Finanzwirtschaft profitieren. Darum stehen wir 2011 und 2012 vor einer schlimmeren Finanz- und Wirtschaftskrise als 2008, obendrein vor einer Krise der parlamentarischen Demokratie. „Ihr repräsentiert uns nicht“, lautet deshalb der berechnete Vorwurf der Protestbewegung. Ihr Schicksal und ihre Zukunft selber in die Hand zu nehmen, dazu haben sich im Zuge der Protestbewegung Millionen Menschen willensstark aufgerafft. Das alleine lässt auf Veränderungen hoffen, wie sie diese Welt noch nicht erlebt hat.

Götterdämmerung ist angesagt, bei den herrschenden Eliten ebenso wie beim Gott Mammon. Das Göttliche in den verantwortungsbereiten und selbstbewussten Menschen ist erwacht, denn das lebt in der sozialen und mitfühlenden Gesinnung - und im Bewusstsein der Verbundenheit und gegenseitigen Abhängigkeit der gesamten Menschheit. Das unterscheidet die Protestierenden von den marktbeherrschenden Finanzjongleuren und den

lobbyhörigen Politikern, die nicht begreifen, dass sie mit ihrem Finanzgebaren und dessen politischer Duldung für Hunger, Leid und Elend in der Welt die maßgebliche Mitverantwortung tragen. In diesen bewegten Zeiten wird offenbar, wer auf welcher Seite steht.

(Erstveröffentlichung im Internet-Forum „Themen der Zeit“ im Oktober 2011)

## Letzte Warnung an die deutsche Bank ...

**Ulrich Rösch**

Auch diese letzte Warnung von Joseph Beuys aus dem Jahre 1985, also kurz vor seinem Tode wurde von den Nachfolgern in der Deutschen Bank nicht beachtet. Beuys gibt diesem Multiple - wobei insbesondere auch seine Zeichnung zu beachten ist, den Namen „Kosmische Wirtschaftsordnung (1. Runde)“. So müssen wir denn also heute die wirklichen Begriffe nennen. Und nur die wirklichen Begriffe können beispielsweise das Geld in den richtigen Rahmen stellen.

Unser Geldwesen ist immer noch ein Relikt aus der vorindustriellen Zeit. Es kann den Anforderungen der postindustriellen Gesellschaft niemals gerecht werden. Und aus einem solchen widersinnigen Geldbegriff wird eine brutale menschenzerstörende Macht entfaltet. Beuys hatte die Banker gewarnt und sie aufgefordert, Anteil zu haben an einer aufstrebenden Entwicklung, die er mit der FIU (Free International University) als einer zukünftigen Einrichtung des Freien Geisteslebens impulsieren wollte. Doch die leitenden Herren der Deutschen Bank waren zwar an seiner Kunst interessiert, sie wollten sich aber nicht an dem Zukunftsprojekt beteiligen.

Vielleicht war ihnen damals schon deutlich, dass eine Freie Universität sich natürlich bis in das Wirtschaftsleben ausdehnen würde. Denn was anderes ist „Freies Unternehmen“ als angewandtes Freies Geistesleben. Der aus Erkenntnis handelnde Unternehmer, der auf Grund der Einbeziehung der Konsumenten genau weiß, was produziert werden muss und wo Menschen für die Produktion gebraucht werden, und der aus den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhängen das Unternehmen leiten kann, erhält von den Assoziationen ausreichend Kapital zugesprochen, so dass er mit einer Produktion im Dienste des menschlichen Bedarfs beginnen oder diese ausweiten kann. Das Kapital fließt so von dem Ort, wo es gebraucht und sinnvoll verwendet wurde, zu dem nächsten. Dabei wird der Einzelunternehmer heute mehr und mehr von Unternehmergemeinschaften abgelöst, von kollegialen und assoziativen Unternehmensleitungen. Es macht dann gar keinen Sinn mehr von privatem oder gesellschaftlichem



Eigentum zu sprechen, sondern das Kapital muss in einen permanenten Fluss gebracht werden, dass es von der optimalen Verwendung zur nächsten fließen kann. Ein Verkaufen oder Vererben von Kapital wird notwendigerweise völlig ausgeschlossen werden müssen - Assoziationen werden für einen sinnvollen Fluss des Kapitals sorgen.

Die Assoziationen werden sozusagen die Aufgabe des Geisteslebens im Wirtschaftsleben übernehmen und so das Kapital immer in Fluss halten, von den fähigen Unternehmern zu den nächsten. Durch ein Herauslösen des Kapitals aus der privaten und willkürlichen Verfügungsmacht werden erst die Voraussetzungen für ein freies Unternehmertum geschaffen.

Die Deutsche Bank hat die Warnung von Joseph Beuys nicht genügend ernst genommen. Hätte Joseph Ackermann mehr von seinem Doktorvater, Hans Binswanger gelernt, dann hätte er gewusst, dass nur mit einem neuen Begriff von nachhaltigem Wirtschaften unsere aktuellen Probleme gelöst werden können. Er hat sich aber einer solchen begrifflichen Klärung verweigert und dem desolaten Prinzip der Gewinnmaximierung gefrönt. Und er sieht immer noch nicht, wie sein Kartenhaus zusammenbrechen muss. Er hat den Begriff der Gewinnmaximierung falsch gedacht und dann das Falsche noch ins Maßlose gesteigert und ein Ziel von 25% Eigenkapitalrendite für eine Bank als Ziel gesetzt. Dabei nützt er sehr geschickt seinen Einfluss auf die politisch Mächtigen aus.

Ackermann im Gespräch mit Binswanger in der FAZ (am 30.06.2009): „... Außerdem hat das mit Maßlosigkeit nichts zu tun. Solche Renditen erwirtschaften die besten Banken der Welt seit vielen Jahren. Wenn eine Bank im Konzert der Besten mitspielen will - und das ist der Anspruch der Deutschen Bank -, muss sie



auch vergleichbare Renditen wie die Besten erzielen. Das kommt nicht nur den Aktionären zugute, sondern auch Mitarbeitern, Kunden und der Gesellschaft als Ganzes. Um ein guter Arbeitgeber zu sein, Arbeitsplätze zu schaffen, Steuern zu zahlen oder für gute, soziale Zwecke etwas tun zu können, muss man gute Gewinne erwirtschaften.“

Binswanger antwortet Ackermann in vornehmer, zurückhaltender aber doch klarer Weise auf die Frage, ob er Ackermann zustimmen könne: „Ambivalent. ... Auf der anderen Seite lässt Goethe im ‚Faust‘ die drei wilden Gesellen Raufbold, Habebald und Haltefest auftreten. Sie stehen für nackte Gewalt, Gier und Geiz... Ich gebe demnächst ein Buch heraus mit dem Titel ‚Vorwärts zur Mäßigung‘. Wir müssen uns ‚der Sorge‘ stellen - der Sorge für den Erhalt der Natur, der Heimat und des Maßvollen.“

Offensichtlich will Ackermann die Wirklichkeit nicht verstehen, denn mit den überkommenen Begriffen des frühen Liberalismus, kann er bestens leben und seine unbändige Macht voll entfalten. Der Wirtschaftswissenschaftler Binswanger hat aber schon vor Jahren mit dem Künstler Beuys diskutiert. Seine Ausführungen über einen neuen Geldbegriff weisen aber noch weit in die Zukunft hinein, aber auch zu einer vernünftigen Handhabung des modernen Geldes. Beuys gibt den Wirtschaftswissenschaftlern eine neue Perspektive: „... denn Geld ist seinem Wesen nach - und jetzt ist der Mensch befasst mit der Erkenntnis auf dieses soziale Geschehen hin -, denn Geld ist seinem Wesen nach Rechtsdokument... Das Geld, das heute noch ein Wirtschaftswert ist und dort Unheil stiftet, weil mit ihm gekauft, spekuliert werden kann und eine Polarisierung der Menschen in Arbeitnehmer und Arbeitgeber stattgefunden hat, muss aus dieser Position heraus und in das hineingebracht werden, was es aus dem gegenwärtigen Bewusstseinsstand der Menschen seiner Gegebenheit nach ist: ein Rechtsregulativ für alle kreativen Prozesse. D.h., das Geld muss in der Totalität Berechtigungen und Verpflichtungen ausdrücken.“ (Was ist Geld? Eine Podiumsdiskussion mit Joseph Beuys, FIU-Verlag Wangen 1991 und 2009)

Das sind Begriffe, die wir heute bräuchten. Aber nur wenige Menschen in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung - auch in der sogenannten alternativen Bankszene - sind zu einem solchen neuen „sozial-künstlerischen“ Verstehen vorgedrungen. Es ist aber an der Zeit, dass jetzt Namen und Begriffe genannt werden.

## Von den aktuellen Aufgaben der Kernphysik-Wissenschaftler

**Michael Rist\***

In der Frage der erforderlichen Eigenmittel der Schweizer Großbanken UBS und CS, um die Risiken eines „too big to fail“ in Zukunft auszuschließen, ist immer noch keine Einigung erreicht. Der Bundesrat schlägt für die Großbanken Eigenmittel in der Höhe von 19% nach David Schaffner (1) vor, aber die Großbanken wehren sich mit mehr oder weniger guten Argumenten dagegen. Obwohl die beiden Bankprofessoren Ernst Baltensperger und Beat Bernet der Auffassung sind, dass die Studie nach B. Schletti (2) „sorgfältig und umfassend abgefasst“ sei. Der Kommissionspräsident Dick Marty sagt: „Wenn jedes Land wartet, bis die anderen etwas machen, ist das die beste Methode, nichts zu machen.“

Über die Frage, wie viel Prozent an Eigenmitteln erforderlich sind, um die ungedeckten Kredite zu sichern, die eine Bank ausleiht, lässt sich trefflich streiten, denn es hängt gar nicht so sehr von den Eigenmitteln der Banken ab, als vielmehr von den Krediten, die eine Bank ausgibt, von denen sie aber bei der Ausgabe noch nicht weiß, ob sie gedeckt werden oder nicht. Die weltweite Finanzkrise zeigte, dass das damals vorhandene Eigenkapital nicht ausreichte, die ausgegebenen (ungedeckten) Kredite zu decken, weshalb ein höherer Eigenmittelbestand gerechtfertigt erscheint. Aber solange nicht, wie bei den Hypotheken in der Schweiz, in jedem einzelnen Falle abgeklärt wird, ob der Kreditnehmer auch in der Lage ist, den Kredit zurückzuzahlen oder ein entsprechender Gegenwert des Kreditnehmers, z. B. in Form des Hauses, zur Deckung des Kredits zur Verfügung steht, kann diese Frage nicht eindeutig geklärt werden.

Unsere vier Bundesrätinnen, Micheline Calmy-Rey (SP), Doris Leuthard (CVP), Eveline Widmer-Schlumpf (BPD) und Simonetta Sommaruga (SP) haben den etappenweisen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, weil diese zu unsicher, zu gefährlich und auf die Dauer zu teuer sei, wie Jean-Martin Büttner (3) berichtet. Die drei Bundesräte machten „eine ungewöhnliche Erfahrung: sie unterlagen.“

Aber auch die Risiken eines Supergaus oder des strahlenden Atommülls im „Endlager“ trägt bis jetzt der Staat, d. h. der heutige und künftige Steuerzahler, weil keine Versicherung samt ihrem Rückversicherer das Risiko des Atommüll-„Endlagers“, das über Tausende von Jahren besteht, zu tragen bereit ist. Man kann deshalb die Frage aufwerfen, ob denn der Atomzerfall, wie er sich jetzt in großem Maße für die Elektrizitätsversorgung verwendet wird, nicht auch wieder rückgängig gemacht werden kann und damit das Atommüll-Problem ohne Endlager gelöst werden könnte, indem der Atomzerfall gegen null verzögert wird. Da der Atomzerfall durch die Forschung beschleunigt wurde, muss es eigentlich auch möglich sein, den Atomzerfall auf das natürliche

Niveau zu verzögern. Damit sich die Kernphysik-Wissenschaftler dieses Problems möglichst bald auch öffentlich annehmen, wäre vielleicht auch die Auszeichnung mit dem Nobelpreis für Physik nur an diejenigen Forscher vorzusehen, die den Atomzerfall verzögern und die dies auch beim Atommüll bewerkstelligen können. Wenn damit ein Energieaufwand verbunden wäre, ähnlich der Energiegewinnung beim Atomzerfall, so wäre damit wenigstens der Traum vom billigen Atomstrom ausgeträumt und die Frage des Atommüll-Endlagers gelöst. Man würde also aus rein wirtschaftlichen Vernunftgründen aus der Atomenergie sehr schnell aussteigen und den Stromverbrauch durch vernünftiger Energiegewinnung decken. Das Ergebnis des Gesprächs zwischen Martin Läubli und Rolf Iten (4) wäre dann noch nachhaltiger: „Der Umbau unserer Stromversorgung verlangt hohe Investitionen, die sich aber wirtschaftlich auszahlen werden.“

## Literatur

(1) Schaffner, D. (2011): Großbanken: Parteien torpedieren die Vorschläge des Bundesrats. Zürcher Tages-Anzeiger vom 21. 4. 2011, S. 1

(2) Schletti, D. (2011): Trickreiches Tauziehen um die neuen Regeln für die Großbanken. Zürcher Tages-Anzeiger vom 14. 5. 2011, S. 49

(3) Büttner, J.-M. (2011): Auch die Frauen denken nur an das eine. Zürcher Tages-Anzeiger vom 27. 5. 2011, S. 2

(4) Iten, R. (2011): Ein Atomausstieg ist wirtschaftlich sinnvoll. (Gespräch von M. Läubli mit R. Iten). Zürcher Tages-Anzeiger vom 26. 3. 2011, S. 36

\*) Johannes Kreyenbühl Akademie in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zürich für biologisch-dynamischen Landbau und assoziative Wirtschaftsordnung

# 40 Jahre Internationales Kulturzentrum Achberg

## Ein Schritt in der geschichtlichen Entwicklung der Bewegungen und Bestrebungen für soziale Dreigliederung

### Erinnerungen und Ausblick

*Christoph Klipstein*

### Im Voraus: Zur Bewegung der Sozialen Dreigliederung nach 1945

Von einer Bewegung für Dreigliederung im Sinne einer geistigen Strömung, die viele Menschen in einem gemeinsamen öffentlichen Willen vereinigt, konnte man nach der oberschlesischen Aktion des Bundes für Dreigliederung 1921 und erst recht nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr sprechen. Als Herzensbewegung und Gedankenbewegung in einzelnen Menschen lebte sie jedoch fort. Und es gab einzelne Gruppen und Zusammenschlüsse, in denen ihre

Ideen weitergepflegt wurden. So etwa in Freiburg, wo Folkert Wilken und Hans G. Schweggenhäuser gewirkt hatten und auch an verschiedenen anderen Orten.

In Wuppertal beispielsweise nahmen in den 50er und 60er Jahren regelmäßig um die 30 Personen an den Zusammenkünften des „Rhein Ruhr Freundeskreises“ teil, der insbesondere von Erich Bösefeld und seiner Frau Lucie Bösefeld betreut und einberufen wurde. Unter anderen waren an dieser Arbeit Helmut Pelzer und Charlotte Tohn beteiligt, von der Wuppertaler Rudolf Steiner Schule mein Vater Hermann Klipstein und später von der Hiberniaschule Wanne Eickel Hartwig Wilken, Sohn von Prof. Folkert Wilken, Freiburg. Dieser Kreis arbeitete an den Ideengrundlagen der sozialen Dreigliederung und an einem symptomatologischen Verständnis der Zeitereignisse und führte auch öffentliche Tagungen durch, z. B. mit Dr. Hessenbruch. Er stand auch in Verbindung mit der Begründung des Studienhauses Rüspe.

Solche Gruppen arbeiteten, trotz öffentlicher Veranstaltungen, volkspädagogisch betrachtet mehr oder weniger im Stillen, in mehr oder weniger geschlossenen Gruppen.

In Bad Boll hatte ein Menschenkreis um die Brüder Vogel, Dr. Lothar Vogel - Schularzt und Lehrer an der Wuppertaler Rudolf Steiner Schule -, Dieter Vogel und Heinz Hartmut Vogel das „Seminar für Freiheitliche Ordnung“ begründet, mit der Zeitschrift „Fragen der Freiheit“. Dieser Kreis suchte Kontakt zu einer interessierten Öffentlichkeit und im liberalen Parteienspektrum, dabei ging es im Rahmen der Konzeption der sozialen Dreigliederung Rudolf Steiners vor allem um Ideen einer wirklich freien Marktwirtschaft mit einer organischen Geldordnung, die auch die Perspektiven Silvio Gesells mit einbeziehen sollte.

Unter solchen „Inseln“ und „Strömungen“ der sozialen Dreigliederung vor der 68er Bewegung waren die Mitarbeiter des Denghoger Kreises um Ulle Weber, Peter Schilinski, Fred und Jutta Lauer u. a., später bekannt als die „Witthüsler“, der einzige Kreis, der das Anliegen verfolgte, die erarbeiteten Ideen der sozialen Dreigliederung „volkspädagogisch“ voll in die Öffentlichkeit zu tragen. Von diesem Kreis hatte ich vor dem Herbst 1968 nie etwas gehört, obwohl ich als Waldorfschüler aus anthroposophischem Elternhaus über die vorgenannten Bestrebungen orientiert war.

Dann in den 60er Jahren, als wir in Wuppertal intensiv in der „APO“ engagiert waren (Ostermarsch, Vietnam-Proteste, „Kuratorium Notstand der Demokratie“ usw.), fragte ich einmal meinen Freund Friedhelm Hartmann, mit dem ich einige Jahre zuvor mit einem weiteren ehemaligen Klassenkameraden aus der Wuppertaler Rudolf Steiner Schule in einem Lesekreis die Schriften „Erkenntnistheorie der Goetheschen Weltanschauung“ und „Wahrheit und Wissenschaft“ gearbeitet hatte, etwa sinngemäß: Wann hätte ein echter Sozialismus der Freiheit eine

realistische Chance? - „Wenn die Anthroposophen sich mit den Kommunisten verbinden, dann löpt dat“, war ungefähr seine Antwort.

Das war ein Denkanstoß! Ein „revolutionäres Feuer“ zu neuen Ufern aufzubrechen, ein starker Wille, wirklich etwas verändern zu wollen in der kulturell engstirnigen (damals schon „spätkapitalistischen“) westdeutschen Bundesrepublik mit ihrer nicht aufgearbeiteten Nazivergangenheit lebte in einer Intensität in unserer 68er Bewegung, die heute kaum noch erinnert wird! Wenn ein solcher Wille mit der Gedankenklarheit der Anthroposophie und der Perspektive der sozialen Dreigliederung vertieft und verbunden werden könnte, eröffneten sich tatsächlich neue Wege! So meinten wir damals und es mutet mich heute im Rückblick an, wie ein aufleuchtender Zukunftslichtstrahl des „Lasset vom Osten befeuern, was durch den Westen sich formet“ (in der zweiten Strophe des Grundsteinspruchs von Rudolf Steiner).

### **Von der Demokratischen Union (DU) zum Achberger Kulturzentrum (InKA e.V.)**

Im Spätherbst 1968 äußerte ich solche Überlegungen im „Rhein-Ruhr-Freundeskreis“ in Wuppertal, der mich eingeladen hatte, über die „ApO-Bewegung“ zu berichten.

Hartwig Wilken stimmte mir begeistert zu und berichtete, dass genau das jetzt konkret vorbereitet würde: Aus den Republikanischen Clubs Lörrach und Westerland/Sylt (solche „RCs“ gab es damals in vielen Städten und Orten) würden die Freunde Wilfried Heidt und Peter Schilinski mit diesem Anliegen zu einem Kongress nach Frankfurt einladen, es ginge um die Initiative zur Begründung einer Republikanischen Union, in der man die RCs für eine solche Perspektive gewinnen wollte.

Rudi Dutschke hatte das Demokratieverständnis weiter Teile der 68er Bewegung sinngemäß in die Worte gefasst: Demokratie ist nicht, Parteien ohne Alternative alle vier Jahre unsere Stimme zu geben. Demokratie steht und fällt mit der konkreten Fähigkeit der Bürger, diese permanent kontrollieren zu können!

Dieses Demokratieverständnis, das ich und andere „ApO-Bewegte“ mitbrachten, erfuhr in Frankfurt schlagartig eine konkrete Vertiefung, durch die von Wilfried Heidt und Peter Schilinski vorgetragene klare Perspektive freier Information zu einer anstehenden Entscheidung in Grundrechtsfragen, mit gleichem Raum für das Pro und Contra in den Massenmedien, d. h. mit gleichen Seitenzahlen und gleichen Sendezeiten in einer „freien Informationsebene“, die im Sinne eines freien Geisteslebens zu fordern wäre. Daran anschließend würden Volksabstimmungen über Grundrechte, mit dem Resultat neuer Rechtsverhältnisse folgen. Dies ergab sich uns damals als eine konkrete, zeitgemäße Form, wie freies Geistesleben und demokratisches Rechtsleben zusammenwirken sollten, ohne sich zu vermischen: insofern die Abklä-

rung der zu entscheidenden Fragen in der „Atemluft“ freien geistigen Lebens einer Zivilgesellschaft als erster Schritt vorausginge, so dass die Stimmbürger kompetent und souverän in einem zweiten Schritt den Rechtsakt der plebiszitären Stimmabgabe vollziehen könnten.

Solche Perspektiven, verbunden mit dem Ideal der „aktiven Toleranz“ (Rudolf Steiner sprach vom Interesse am anderen Menschen, im Sinne einer „interessierten Toleranz“) in der Begegnung mit Andersdenkenden waren so etwas wie zwei Seiten derselben Medaille, für die wir uns begeisterten. Es waren Ideale mit denen wir zunächst in einer „Demokratischen Union“, DU zusammenwirken wollten (eine „Republikanische Union“ der RCs kam in Frankfurt nicht zustande) und bald darauf im Achberger Internationalen Kulturzentrum, im Sinne einer „Werkstatt der neuen Gesellschaft“.

### **Zu den Anfangsjahren der Achberger Arbeit**

So begann in Achberg die Anfangsphase der lebendigen Begeisterung der großen Begegnungen in aktiver Toleranz, mit den anthroposophischen Freunden aus Skandinavien (Leif Holbaeck Hansen, Norwegen, Boris Tullander, Schweden u. a.), mit tschechischen und slowakischen Repräsentanten des Prager Frühlings (Eugen Loeb, Ota Sik, Ivan Svitak, Jiri Pelikan u. a.), mit Hans Georg Schwepenhäuser, Wilhelm Schmudt und Josef Beuys, mit niederländischen Vertretern der sozialen Dreigliederung (Dieter Brüll, Lex Bos u. a.) mit Vertretern des Dornacher Vorstands der Anthroposophischen Gesellschaft, mit Hans Erhard Lauer und Hans Kühn, die 1919 als junge Menschen mit Rudolf Steiner in der Bewegung für Dreigliederung zusammengearbeitet hatten, mit russischen Dissidenten (German Andrejew, Vadim Bjelotzerkowsky, Anatol Skakowsky u. a.), mit Manfred Leist und Stefan Leber vom Bund der freien Waldorfschulen, mit den Friedens- und Zukunftsforschern Johan Galtung und Ossip K. Flechtheim, mit Manfred Siebker vom Club of Rome im MIT (Massachusetts Institute of Technology) und vielen, vielen anderen. Wilfried Heidt hatte, mit großem Elan und Einsatz im Einvernehmen mit uns die dazu nötigen Verbindungen hergestellt und gepflegt. Diese Phase fand ihren Höhepunkt in den Achberger Jahreskongressen 1973 (fünf Jahre Prager Frühling) und 1974.

In diesen Begegnungen ergab sich der impulsierende Anstoß zu einem gemeinsamen Bedenken und Besinnen, was der gesellschaftliche Organismus von uns fordert - und zu einem einvernehmlichen vielfältigen Wollen in aktiver Toleranz.

Mit den Worten Ivan Illichs ging es darum, die „erneuernden schöpferischen Kräfte zu entwickeln“ und „zusammen zu arbeiten an der Entwicklung der Zukunft“. Die Gedanken Ivan Illichs beflügelten unsere Arbeit, und Wilfried Heidt brachte dabei immer wieder die Worte Illichs in Zitaten aus seinem „Aufruf zur Feier“ mit begeisterndem Feuer in unsere Gespräche und Beratungen ein. - Und was

tatsächlich geschah war, dass in den Achberger Kongressen, Tagungen und Arbeitsgesprächen sich eine Plattform, ein „Herzorgan“, eine Art geistiger runder Tisch bildete, der von vielen Menschen genutzt wurde, denen es um die Anliegen der sozialen Erneuerung des Ganzen ging.

### Erste Krisen und Umbrüche

In den folgenden Jahren, beginnend mit einem nachhaltigen Dissens zwischen Wilfried Heidt und Peter Schilinski, wurde die Begeisterung dieser Phase, so erlebte ich es, unter den Achberger Mitarbeitern immer mehr getrübt durch Ernüchterung und Enttäuschung an als solchen empfundenen Fehlentscheidungen und menschlichen Schwächen, die wir uns gegenseitig vorwarfen.

Die eingangs gegebene Einheit in der Vielfalt zerbrach. Im Strudel von Konflikten und Rivalitäten versuchten alle Kontrahenten zu retten, was zu retten war - auf getrennten Wegen, und da wo es ging, auch immer noch gemeinsam. - Wo lagen die eigentlichen Konfliktlinien? Die Sache ist vielschichtig und kompliziert. Hierzu nur ein kleines „Mosaiksteinchen“ des Gesamtbildes aus meinem persönlichen Blickwinkel:

Das liebe Geld und die Verfügungsgewalt über das InKA-Vermögen spielten natürlich auch ihre Rolle. - Die Übertragung des Grundstückes Tiefenmoos von Hans und Mila Hoffmann Lederer, dem angeordneten Bauplatz des Kulturzentrums, wurde von Anfang an verzögert und dann zurückgenommen. Später wurde auch die zugesagte Übertragung der Witthüs Betriebe (Wenningstedt, Sylt) auf den InKA Verein aufgehoben. Die einen fühlten sich (so wie ich) um die Ausgangsbedingungen betrogen, unter denen sie in Achberg angetreten waren, die anderen fühlten die Verantwortung, dass die vorhandenen Vermögenswerte nicht in gedruckten Broschüren und unsicheren Unternehmens- und Institutsgründungen verloren gehen mögen. Und aus heutiger Sicht muss ich sagen: Irgendwie hatten beide Seiten recht. Es hatte sich gezeigt, dass wir damals den selbstlosen konstruktiven Umgang mit Geld noch nicht in einer Qualität bewerkstelligen konnten, wie es die von uns vertretenen Ideale erfordert hätten.

In der westdeutschen Linken, insbesondere unter den Jusos in der SPD, machte damals das abstrakte Schlagwort „Investitionslenkung“ die Runde, das m. E. einen richtigen Nerv der Zeitforderungen traf. Mit Wilhelm Schmudt hatten wir zu dieser Zeit viele Ideen aufgenommen und erarbeitet, wie die Geldströme sach- und wesensgemäß in die rechten Bahnen gelenkt werden sollten - und auch wie herkömmliche Geldbegriffe so ins „Rechte zu denken“ seien, dass der sogenannte „Kauf von Arbeitskraft“ in einem „Arbeitsmarkt“ sich neben seiner Auswirkung der bekannten sozialdarwinistischen Unmenschlichkeit, zwangsläufig auch sozialwissenschaftlich als wesenswidriger Unbegriff erweist.

Hoffnungen verband ich damals mit der im innerlichen Einklang mit Joseph Beuys und Wilhelm Schmudt begründeten „Interessengemeinschaft Dritter Weg“, die wir unter führender Mitarbeit von Wilfried Heidt als eine Gruppe von Achberger Freunden mit den Mitarbeitern der Hamburger Firma „Compact Computersysteme“, CCS, im Rahmen der „Aktion Dritter Weg“ gemeinsam konzipiert und begründet hatten. In dieser IG wollten wir in „Etatkonferenzen“ die erwirtschafteten Geldbeträge in gemeinsamer Beschlussfassung in die rechten Bahnen leiten - im Sinne einer konkreten „Investitionslenkung“. Diesem Versuch war leider kein dauerhafter Erfolg beschieden.

Zu den Folgen der angedeuteten Krisen der Achberger Zusammenhänge gehörten Unverständnis und Verunsicherung bei „außenstehenden Freunden“. Und nach und nach beendeten viele Achberger ihre Zusammenarbeit oder Mitarbeit, aufgrund der Konflikte oder auch im Guten, weil sich für sie neue Arbeitsfelder eröffneten, die vollen persönlichen Einsatz erforderten. Das Fortstreben aus dem „Achberger Zentrum“ in „eine Peripherie neuer Aufgaben“ nah oder fern war - wenn auch für viele äußerst schmerzhaft - meines Erachtens ein notwendiger und in seinen sich eröffnenden neuen Möglichkeiten auch segensreicher Prozess. Gemessen an dem allgemeinen, umfassenden Gründungsimpuls des InKA, befinden sich m. E. auch seine geographisch in Achberg verbliebenen Arbeitsfelder in der „Peripherie neuer Aufgaben“, was ja nicht ausschließt, dass sie sich dabei weiterhin an deren geistigen Mittelpunkt orientieren.

### Zur Bedeutung des weiteren Verlaufs seiner 40jährigen Geschichte

Für viele ehemalige Freunde und Mitarbeiter des Internationalen Kulturzentrums Achberg bedeutet das Stichwort Achberg sicherlich einen Ort der Erinnerung als wertvoller geistiger Fundus. Mir erschloss dieser Fundus in vielen Fragen der beruflichen Tätigkeit als Waldorfflehrer, wesentliche Orientierungsperspektiven. Dies betraf sowohl die sozialen Prozesse in der Konferenzarbeit, als auch die vorbereitende Tätigkeit vieler Unterrichtsgebiete auf dem Hintergrund des Zeitgeschehens, nicht nur in der Sozialkunde der Oberstufe.

Des weiteren gehört zu dem Verlauf dieser 40jährigen Geschichte des Achberger Kulturzentrums, dass sich seine „Abkömmlinge“, wie die Drogenheilstätte „Sieben Zwerge“ in Überlingen, sowie die Freie Waldorfschule Wangen, die Zeitschrift Info 3 - oder seine „Geschwister“, wie das Forum 3 in Stuttgart, sowie das Forum Kreuzberg in Berlin lebensfähig entwickelten, auch wenn diese gemeinsame Wurzel den heutigen Mitarbeitern teilweise nicht mehr sehr bewusst sein dürfte. Gerade hier könnte ein Rückblick, auch wenn er unterschiedliche Gewichtungen und Distanzen umgreift, seine Berechtigung und Bedeutung haben!

Nachwirkend in den vergangenen Jahrzehnten war aber vor allem das meines Erachtens allerwichtigste gemeinsame Ereignis, welches sich im Achberg der frühen 70er Jahre ereignet hatte: der schon erwähnte praktizierte runde Tisch (fast) aller damals bekannten Dreigliederer weltweit, der im Reigen mancher verwandter Strömungen eines dritten Weges stattfand:

Die dazu gehörigen Bestrebungen, Gruppen und Einrichtungen waren einmal, mehrmals oder regelmäßig dabei, hatten Kontakt zu diesem „runden Tisch“, brachten sich ein durch direkte oder korrespondierende Zusammenarbeit oder nutzten zumindest die Möglichkeit der mehr oder weniger deutlichen gegenseitigen Wahrnehmung in der Bandbreite von kritischer Distanz bis zu begeistertem Beipflichten.

Die weltweit einzige Dreigliederungsinitiative, die sich in keiner Weise in diese Plattform eingebracht hatte, war meines Wissens das Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll. Aber eine gewisse, auch positive, gegenseitige Kenntnisnahme darf auch hier vorausgesetzt werden.

So hatte sich damals ein „Herzorgan“ gebildet, in welchem weltweit alle Bestrebungen für soziale Dreigliederung (auf der makrosozialen Ebene) sich über alle Differenzen hinweg gegenseitig wahrnehmen, austauschen und impulsieren konnten. Das Zurückstreben der Beteiligten dieses Herzorgans in die Peripherie ihrer Wirkungskreise war dann ja, wie schon dargelegt, nicht frei von Ernüchterung und Konflikten.

Der Minimalkonsens, der sich damals gebildet hatte, konnte und sollte (noch?) nicht zu einer Neubegründung eines „Bundes für Dreigliederung“ führen. Und für die weitere und vertiefende Erarbeitung eines Konsens' mit dazugehöriger Strategie war es wohl noch nicht an der Zeit.

Immerhin wurde damals die „Arbeitsgemeinschaft für Dreigliederung“ begründet, die eine solche Perspektive für die Zukunft nicht ausschloss. Um diese Arbeitsgemeinschaft ist es dann ja im Laufe der Jahre auch recht still geworden, obwohl viele Aktivitäten der in ihr vereinigten Partner, seither eine sehr positive Entwicklung genommen haben. Auch die Begründung der „Initiative Netzwerk Dreigliederung“ 1989 fußte auf diesen Bestrebungen.

### Was lebt heute von damals in Achberg?

Heute gibt es noch den Trägerverein des InKA e. V., der immer noch Inhaber des Humboldthauses ist. Die Vereinsaktivitäten seiner wenigen Mitglieder bewegten sich in den letzten Jahren auf Sparflamme. Man kann jedoch immer noch, wie in alten Zeiten, im Humboldthaus Tagungen durchführen. Denn eine kleine Gruppe von Mitarbeitern Wilfried Heids hat als Humboldthaus GBR das Humboldthaus vom Trägerverein gepachtet und bewirtschaftet es mit großem Arbeitseinsatz.

Mit diesen Mitarbeitern und mit auswärtigen Freunden, vor allem aus Wien, führt Wilfried Heidt, im Rahmen des Instituts für Dreigliederungsentwicklung, regelmäßig Seminare im Humboldthaus durch. Dabei dominiert das Vorhaben einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zusammenhänge im Sinne einer Auffassung der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus, wie sie dieser Kreis im Laufe der Jahre unter seiner Federführung entwickelt hat. In deren Zuge werden eine neue Klärung, Aktualisierung und Weiterentwicklung des Dreigliederungsbegriffes ins Spiel gebracht, mit neuen Begriffsdefinitionen, die vor allem das monetäre globale System als übergreifende Instanz miteinbeziehen sollen. Zu ihren jeweiligen erarbeiteten Themenbereichen konkrete Aktionen zu starten, mit Unterschriftsammlungen und Beteiligungsaufrufen ist Bestandteil ihrer Bemühungen.

Des weiteren pflegen in regelmäßigen „Studentagen Soziale Skulptur“ Rainer Rappman und seine Mitarbeiter und Freunde im „Verein Soziale Skulptur“ mit wechselnden Dozenten und Dozentinnen das Erbe von Josef Beuys. Sie haben das Anliegen, den Weg in die soziale Plastik zu eruieren und künstlerisch, denkerisch konkret zu betreten in seinen heute schon möglichen ersten Anfängen.

Die Erwähnung dieser beiden Initiativen, die immer noch in Achberg beheimatet sind, soll nur als kurze Andeutung verstanden werden. Ein authentisches umfassendes Bild können sich Interessierte in direkter Kontaktnahme mit diesen Initiativen bilden.

### Zukunftsimpulse?

Ob das vor vier Jahrzehnten begründete Internationale Kulturzentrum Achberg e. V. als InKA e. V. im Bodenseeraum eine Zukunft hat, mag als Frage dahingestellt sein oder aus guten Gründen verneint werden.

Was aber auf jeden Fall eine Bedeutung für die Zukunft haben kann und haben sollte, von deren Größe und Notwendigkeit wir jetzt noch gar keine rechte Vorstellung haben, ist eine Renaissance jenes „Herzorgans“ der geografisch weltweit verstreuten Aktivitäten für soziale Dreigliederung, welches einmal im Schoße des Achberger Gründungsimpulses als Keim angelegt worden war!

Ein solcher „runder Tisch“ (table ronde, großer Ratschlag), der in seinen ihm gemäßen Zeitabständen einberufen würde, könnte Menschen aus aller Welt „denen es um Dreigliederung zu tun ist“, viele Möglichkeiten schenken: Es wäre ein Raum eröffnet, in welchem in geistigem Austausch, Initiativen eingebracht und Vereinbarungen getroffen und kommuniziert werden könnten. Was jeweils im globalen oder auch regionalen sozialen Werdegang, in einem Minimalkonsens gemeinsam bewegt werden oder auch als Einzelinitiative, wenn schon nicht von allen unterstützt, so doch wenigstens Solidarität und Zuspruch erfahren könnte, wäre die Frucht eines solchen Unterfangens!

## Bieten die bereits bestehenden Netzwerke und vielfältigen Initiativen dazu nicht optimale Bedingungen?

Was erwartet die Realität von uns an selbstbestimmten, „Ich-geführten“ Gedanken und Taten, wenn der Gesundungsprozess des sozialen Organismus in Zeiten tiefster Krisen gelingen soll. Was erwarten diese Herausforderungen von uns, wenn die Freiheitsgestalt der dreigliedrigen sozialen Skulptur unserer Erde in ihrer Schönheit gestaltet werden soll - mit der Wärmequalität nachhaltiger sozialer Tragfähigkeit? Diese brennenden Fragen liegen nicht nur mir im Rückblick auf die Geschichte des Achberger Kulturzentrums auf dem Herzen.

Seit einigen Jahren treffen wir uns in kleinem Kreise in verbindlicher Zusammenarbeit ehemaliger Achberger Freunde zu gelegentlichen Gesprächsrunden über eben diese Fragen. Ich bin froh und dankbar in diesem von uns begründeten „Gesprächskreis um den Achberger Gründungsimpuls“ mitzuwirken, und an den Intentionen der Arbeitsfelder von Ingrid Feustel, Gerald Häfner, Henning Köhler, Ulrich Rösch, Alfred Wohlfeil und anderen partizipieren zu können.

Auf die Achberger Anfangsimpulse und damit verbundenen großen Verdienste Wilfried Heids in der zurückliegenden Entwicklung des Achberger Kulturzentrums blicken wir würdigend und in Dankbarkeit zurück. Unsere Arbeit in die von Wilfried Heidt geführten gegenwärtigen Initiativen einzugliedern, wäre im Sinne der Themenschwerpunkte unserer Arbeit, sowie des Duktus und der Autonomie unserer Arbeitsweise jedoch nicht fruchtbar und sachgemäß.

Vor uns stehen die Zukunftsfragen: Wie können wir uns geistig rüsten, dass wir nicht mit leeren Händen dastehen, wenn soziale Katastrophen immer mehr nach Lösungen „schreien“, was können wir dazu aus der Besinnung auf unsere Anfangsimpulse einbringen? Was bedeutet die Verbindung mit unseren Verstorbenen, mit denen wir in gemeinsamem Wollen verbunden waren, und wie schlagen wir die Brücke zu nachkommenden Generationen? Wie könnte im 21. Jahrhundert ein wiederbelebtes künftiges „Herzorgan“ einer table ronde aussehen, was können wir dafür mit Anderen in Zukunft gemeinsam bewirken?

### Zu diesem Text

Dieser Text ist eine Vorabveröffentlichung einer geplanten Sammelbroschüre mit weiteren Beiträgen von Ramon Brüll, Peter Dahlinger, Ingrid Feustel, Gerald Häfner (Interview), Anton Kimpfner, Henning Köhler, Dieter Koscheck, Ulrich Rösch u. a. (weitere zugesagte Beiträge von Rainer Rappmann und Herbert Schliffka).

## Revolutionieren wir die Welt so, dass alles beim Alten bleibt?

**Thomas Brunner**

„Das befreite Geistesleben wird soziales Verständnis ganz notwendig aus sich selbst entwickeln; und aus diesem Verständnis werden Anreize ganz anderer Art sich ergeben als der ist, der in der Hoffnung auf wirtschaftlichen Vorteil liegt.“<sup>1</sup>

Rudolf Steiner

Bereits in den späten 1990er Jahren stellte ich in einigen Aufsätzen<sup>2</sup> einen Zusammenhang dar, der m.E. nun im Jahr 2011 vollends an die Oberfläche zu treten beginnt: die Staatsverschuldung ist nur die andere Seite der immer drastischeren Vermögensbündelungen<sup>3</sup> durch die transnationalen Konzerne. Es waren Aufsätze, in denen ich versuchte sichtbar zu machen, dass die heillosen Wirtschaftsentwicklungen der vergangenen Jahre nicht Ausdruck einer zu geringen staatlichen Besteuerung waren, sondern vielmehr darin ihre Ursache hatten, dass die Politik mit den Entwicklungen der globalen Wirtschaft nicht Schritt hielt, stattdessen immer noch in anachronistisch national-wirtschaftlicher Art bestrebt war, das sich loslösende Wirtschaftsleben einerseits sowie das zur Freiheit drängende Geistesleben andererseits, beherrschen zu wollen. Damals gab es nur wenig Aufmerksame, die meine Analyse für beachtenswert hielten, denn insbesondere von der Staatsverschuldung war noch kaum die Rede. Die meisten wollten „große Lösungen“, aber keine umfassenden Erkenntnisse der Zusammenhänge, um dann in kleinen Schritten das Mögliche auf den Weg zu bringen. Es könnte auch gesagt werden: der sich immer offensichtlicher entwickelnde Wahnsinn auf den Finanzmärkten war nur die andere Seite einer sich immer weiter ausbreitenden bodenlosen Freizeitkultur, weil die eigentlich notwendige Selbstverwaltung im Bildungsbereich den Bürgern auf Grund der technokratischen Sozialvorstellungen nicht zugestanden wurde.

Als Hans Eichel 1999 Nachfolger des dramatisch zurückgetretenen Finanzministers Oskar Lafontaine wurde, schien sich etwas auf der politischen Bühne zu bewegen. Kurz nach Amtsantritt thematisierte Hans Eichel als erster der führenden Politiker die immer problematischer werdende Staatsverschuldung und forderte Wege eines schrittweisen Schuldenabbaus. Zwar sprach man nun von der notwendigen „Selbstverantwortung“ der Bürger, doch wurde mit der Agenda 2010 bald deutlich, dass die Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder diese „Selbstverant-

<sup>1</sup> Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, GA 23, Dornach 1976, S. 109

<sup>2</sup> U.a. in einer Artikelserie über „Einige grundsätzliche Überlegungen zur Finanzsituation des Bildungswesens“ in der Schulzeitung der Kieler Waldorfschule

<sup>3</sup> Mit der Finanzkrise tritt die Schiefelage immer deutlicher zu Tage: im Jahre 2011 verfügen 0,1 % der Weltbevölkerung über 22 % des Gesamtvermögens, 0,9 % über 39 % und 10 % über etwa 70 %! Vgl. The Boston Consulting Group (BCP), Shaping a New Tomorrow, How to Capitalize on the Momentan Change, Global Wealth, Mai 2011, S. 7

wortung“ nur im altgewohnt wirtschaftlichen Sinne verstand. Der Umbau der Sozialsysteme schien durch die immer bedrängteren Staatshaushalte unabdingbar, doch anstatt Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlich organisierten, solidarischen Sozialgestaltung zu eröffnen, wurde mit der „Riester-Rente“ eine bloß die egoistische Selbstversorgung fördernde Vorsorge etabliert. Zudem wurde durch die Hartz IV Gesetzgebung der Druck auf dem Arbeitsmarkt erhöht, was zu einer schrittweisen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führte und die massenweise Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten beschleunigte.

Das Bildungsleben hingegen wurde zunehmend wieder stärker in die staats-wirtschaftlichen Interessen eingebunden. Diese „Bildungsreform“ wurde insbesondere durch die Bildungsministerin Edelgard Bulmahn vorangetrieben, die den „Laptop für jeden Schüler“ und „Eliteuniversitäten“ propagierte und die Nanotechnologie zum wichtigsten Bildungsziel des „Standorts Deutschland“ erklärte, obwohl sie andererseits durchaus erkannt hatte: „Wir müssen den Schulen Freiheit und mehr Verantwortung übertragen. Die Schulen selbst wissen zumeist am besten, was für ihre Kinder und Jugendlichen gut ist - und sie müssen auch danach handeln können.“ Trotzdem plädierte sie für „Bildungsstandards, die kurz knapp und präzise beschreiben, welche Kompetenzen Kinder erwerben sollen“ und für ein „System der Bewertung und Evaluierung der Leistung unseres Schulsystems“. <sup>4</sup> Wesentlich zu dieser aufgefrischten staatlichen „Bildungs-Verantwortlichkeit“ trug natürlich die PISA-Studie bei, durch die die „Schulfrage“ eben nicht primär als pädagogische Frage, sondern als nationale Systemfrage in Erscheinung trat. <sup>5</sup>

In seinen „Kernpunkten der sozialen Frage“ hatte Rudolf Steiner bereits 1919 die Kurzschlüssigkeit einer solchen staats-wirtschaftlichen Offensive mit deutlichen Worten gekennzeichnet: „Nicht die freie Entfaltung der auf Grundlage des Kapitals wirkenden individuellen Fähigkeiten hat Zustände hervorgerufen, innerhalb welcher die menschliche Arbeitskraft Ware sein muss, sondern die Fesselung dieser Kräfte durch das politische Staatsleben oder durch den Kreislauf des Wirtschaftslebens. Dies unbefangen zu durchschauen, ist in der Gegenwart eine Voraussetzung für alles, was auf dem Gebiete der sozialen Organisation geschehen soll. Denn die neuere Zeit hat den Aberglauben hervorgebracht, dass aus dem politischen Staate oder dem Wirtschaftsleben die Maßnahmen hervorgehen sollen, welche den sozialen Organismus gesund machen. Beschreitet man den Weg weiter, der aus diesem Aberglauben seine Richtung empfangen hat,

4 Aus einer Rede der damaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn zum Thema „Bildungspolitik in der Wissenschaftsgesellschaft“, anlässlich der ver.di-Fachtagung „Wissensmanagement: Wissen ist was wert“, am 11. Februar 2003 in Bremen

5 Was wäre gewesen, wenn die PISA-Studie nicht die nationalen Bildungssysteme, sondern wirklich nach rein pädagogischen Gesichtspunkten verschiedene Bildungsformen ausgeleuchtet hätte? Wäre dann nicht viel konkreter deutlich geworden, dass Freiheit tatsächlich eine unbedingte Voraussetzung jeder fruchtbaren Bildungsentwicklung ist?

dann wird man Einrichtungen schaffen, welche die Menschheit nicht zu dem führen, was sie erstrebt, sondern zu einer unbegrenzten Vergrößerung des Bedrückenden, das sie abgewendet sehen möchte. [...] Derjenige nur kann in der Richtung dessen wirken, was die Entwicklungskräfte der Menschheit in der Gegenwart energisch zu fordern beginnen, der sich nicht in Illusionen treiben lässt durch die Vorstellungsart, welche in der Verwaltung der Kapitalbetätigung durch das befreite Geistesleben das Ergebnis eines ‚unpraktischen Idealismus‘ sieht. In der Gegenwart ist man allerdings wenig darauf vorbereitet, die soziale Idee, die den Kapitalismus in gesunde Bahnen lenken soll, in einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Geistesleben zu bringen.“ <sup>6</sup>

Warum waren diese deutlichen Worte nicht zumindest in Dreigliederungs-Kreisen Gegenstand tiefergehender Fragestellungen? Gewiss, die Zeit kurz nach dem ersten Weltkrieg ist kaum zu vergleichen mit dem Ende des 20. Jahrhunderts, und hatte nicht auch Rudolf Steiner selbst stets die Zeitbedingtheit seiner sozialen Anregungen betont? Dass Steiner mit dieser Einschränkung immer nur die konkreten Schritte meinte, wurde allerdings oft verkannt, denn die Grundlagen („Urgedanken“, wie er sie in den „Kernpunkten“ nennt) hat er nie relativiert. Rudolf Steiner scheute sich nicht, deutlich auszusprechen, worin er die Ursache der Verhaltenheit gegenüber einer wirklichen Neugestaltung des sozialen Lebens begründet sah: „Die Menschen sehen nicht das gegenwärtige Leben an, sie haben heute noch Illusionen über die Haltbarkeit der jetzigen Verhältnisse, sie wollen sich nicht aufschwingen zu Vorstellungen von einer wirklichen Neugestaltung; und dann fragen sie einen: Ja, sage mir einmal, wie wird sich das, was ich als das Alte gewohnt bin, in der Neuordnung ausnehmen? - In einer solchen Frage liegt eigentlich nichts Geringeres, als die Forderung: ‚Wie revolutionieren wir die Welt so, dass alles beim Alten bleibt?‘ Und wenn man keine Antwort gibt auf die Frage: ‚Wie wird sich das Alte in der Neuordnung ausnehmen?‘, dann sagen die Leute: ‚Was du da sagst, das ist mir ganz unverständlich!‘ So auch ungefähr ist es, wenn nun diejenigen, die im Erziehungs- und Unterrichtswesen beschäftigt sind, ihre große Sorge darin haben, wie sich ihre wirtschaftliche Position gestalten soll.“ <sup>7</sup>

Bei näherer Betrachtung erweisen sich viele der gegenwärtigen Probleme als Probleme, wie sie bereits im 19. Jahrhundert veranlagt wurden und wie sie Rudolf Steiner bereits deutlich vor Augen hatte. Denn was wäre z.B. aus dem 20. Jahrhundert geworden, wenn statt Bismarcks staatlicher Sozialfürsorge Wilhelm von Humboldts zivilgesellschaftliche Sozial- und Bildungsideen im 19. Jahrhundert das Tragende geworden wären? Bismarck war sich bewusst, dass er für sein nationales Projekt die aufstrebenden Sozialimpulse der Arbeiterschaft einbinden musste:

6 Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, GA 23, Dornach 1976, S. 101ff.

7 Rudolf Steiner, Neugestaltung des sozialen Organismus, Vortrag vom 18. Juni 1919 in Stuttgart, GA 330, Dornach 1963, S. 287f..

„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“<sup>8</sup> Weniger bewusst war ihm, dass er durch diese Bindung eine zeitgemäße Sozialentwicklung der Zivilgesellschaft geradezu verhinderte. Und gerade weil er alle freiheitlichen Sozialbestrebungen (Genossenschaftsgründungen etc.) unterband und durch Einschränkung der Versammlungsfreiheit zunehmend restlos verunmöglichte, führte seine Verstaatlichung des sozialen Lebens letztendlich zur politischen Radikalisierung der sozialistischen Bewegung.

Im Aufbrechen dieser radikalisierten Bewegung nach dem ersten Weltkrieg bemühte sich dann Rudolf Steiner, wieder Perspektiven einer rein menschlichen Sozialentwicklung anzuregen. „In Bewegung ist gekommen der ganze Mensch auf dem Umweg über den proletarischen Menschen. Da wirken tiefere Motive mit.“<sup>9</sup> Doch bereits 1922 fasste er in einem Vortrag auf dem „Ost-West-Kongress“ zusammen, dass das, was er in seinen „Kernpunkten“ zu geben versucht hatte „im Grunde missverstanden worden ist auf allen Seiten, und zwar gerade aus dem Grunde, weil man sie zunächst einreihete in diejenigen Schriften, welche in einer mehr oder weniger utopistischen Weise in äußerlichen Einrichtungen versuchten, darzustellen, was ihre Verfasser als eine Art Heilmittel gegen die auftretenden sozialen chaotischen Zustände empfanden, die sich im Verlauf der neueren Menschheitsentwicklung ergeben haben. Meine Schrift war gewissermaßen als ein Appell nicht an das Denken über allerlei Einrichtungen, sondern als ein Appell an die unmittelbare Menschennatur gemeint.“<sup>10</sup> Steiners ganzes Wirken für eine anthroposophische Geisteswissenschaft erhält in diesem Kontext erst ihre volle Bedeutung. Es war eben keine neue „Spezialisten-Wissenschaft“ die er veranlagte wollte, sondern eine Sphäre der rein-menschlichen Besinnung, jenseits national-staatlicher oder betriebswirtschaftlicher Interessen. Wenn die gegenwärtige „Occupy-Bewegung“ bekundet: „Für eine Welt in den Händen der Menschen, nicht in den Händen der Banken und Politiker!“<sup>11</sup> einzutreten, dann kann davon gesprochen werden, dass sich hier die Ahnung und Notwendigkeit einer solchen Sphäre ausspricht. Leider werden solche Ahnungen zumeist aber sehr schnell wieder durch allzu bekannte Forderungen und „praktische“ Vorschläge verdunkelt...

Wilhelm von Humboldt schrieb einmal den bedeutenden Satz: „Der Verstand sucht seine Totalität in der Welt und kennt keine anderen Grenzen, als die auch die ihrigen sind; der Wille findet seine in dem Individuum, und geht nie über dasselbe hinaus.“<sup>12</sup> Diese Unterscheidung der ideellen von

der individuellen Sphäre scheint mir wesentlich für den Weg einer wirklichen Neugestaltung des sozialen Lebens, denn gedacht werden kann sehr viel - bis in die letzten Verzweigungen eines logischen Systems -, gestaltet werden kann aber immer nur im Rahmen des individuell Real-Möglichen. Diese Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit führt im sozialen Leben dann entweder dazu, dass abstrakte Ideen gebildet werden, die zur Ideologie erstarren, weil sie letztendlich nicht als „umsetzbar“ erscheinen und immer aufs Neue ein Scheitern verursachen, oder dass ein wirklich produktives Wissenschaftsleben einfach aufgegeben wird, weil die eigentliche Aufgabe des Erkennens verkannt wird. Das führt dann dazu, dass nur noch Halbheiten im Ideellen entstehen und andererseits ein Pragmatismus im Konkreten, der sich mit dem Einnisten in die „faktischen Gegebenheiten“ begnügt. Für eine wirkliche Sozialentwicklung kommt es eben nicht auf die Angleichung des Notwendigen an das Mögliche an, sondern vielmehr auf die bewusst aufgebaute Spannung. Denn nur durch diese „Spannung“ kann dem (sozialen) Leben eine wirklich entwicklungsfähige Richtung gegeben werden. Es sind eben durchaus zwei ganz konkret zu unterscheidende Ebenen: das Erkenntnisleben und das individuelle Handeln. Rudolf Steiners Wirken zeigt überall die methodische Berücksichtigung dieser Unterscheidung: „Daher ist die soziale Frage in ihrem tiefsten Sinne zuallererst eine geistige Frage: Wie breiten wir eine einheitlich wirkende Geistigkeit unter den Menschen aus? Dann werden wir auf wirtschaftlichem Gebiete uns in Assoziationen zusammenfinden können, aus denen heraus sich erst die soziale Frage in einer konkreten Weise wird gestalten und partiell - muss ich immer sagen - lösen lassen.“<sup>13</sup> Die Entwicklung eines freien Geisteslebens hängt primär eben gar nicht von der - immer nur partiell möglichen - Umgestaltung der bestehenden Institutionen und Strukturen ab, sondern von der Frage, ob rein menschliche Zusammenhänge entstehen, in denen sich freie geistige Erkenntnisprozesse ereignen und Resonanz finden können.<sup>14</sup> Dass solche Zusammenhänge entstehen können, hängt wiederum von der Fähigkeit jedes einzelnen Menschen ab, ob er es nämlich vermag, ein Interesse für ein Erkenntnisleben um der Erkenntnis willen - neben den Bedingtheiten seines persönlichen Schicksals, seines Berufs und seiner wirtschaftlichen Situation - auszubilden. Denn nicht die Erkenntnis soll von den jeweilig subjektiven Be-

in Sämtliche Werke, 1999, Bd. 1, S. 90

<sup>13</sup> Rudolf Steiner, Die geistig-seelischen Grundkräfte der Erziehungskunst, Vortrag vom 28. 8. 1922 in Oxford, GA 305, Dornach 1979, S. 218

<sup>14</sup> Hierin liegt m.E. auch z.B. der Unterschied der Geldauffassungen von Silvio Gesell und Rudolf Steiner begründet. Gesell möchte durch ein staatlich eingeführtes System den Geldkreislauf bewirken, für Steiner ist es die Aufgabe der Wirtschaft selbst („Assoziationen“), den Übergang vom Kauf- zum Leih- und insbesondere zum Schenkungsgeld zu veranlassen. Dieser Unterschied wird eben deshalb selten gesehen, weil das Geistesleben - für Steiner ist es die wirtschaftliche Assoziation impulsieren muss - unterschätzt wird. (Dass auch Steiner im Nationalökonomischen Kurs von einem „Verfahren“ zur Umlaufsicherung spricht, ist wiederum nur eines der „illustrativen Beispiele“, das über die grundsätzliche Verschiedenheit nicht hinweg täuschen sollte. Noch z.B. Emil Leinhas hatte diese Problematik klar. Siehe sein Buch von 1947: Vom Wesen der Weltwirtschaft)

<sup>8</sup> Otto von Bismarck, Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe) 1924/1935, Band 9, S. 195f

<sup>9</sup> Rudolf Steiner, Notizbucheintragung 1919, in: Nachrichten aus der Rudolf Steiner-Nachlassverwaltung, Dornach 1969, Nr. 24 / 25, S. 36

<sup>10</sup> Rudolf Steiner, Westliche und östliche Weltgegensätzlichkeit, Vortrag vom 11. Juni 1922 in Wien, GA 83, Dornach 1981, S. 278

<sup>11</sup> <http://wirsinddie99prozent.tumblr.com/page/3>

<sup>12</sup> Wilhelm von Humboldt, Über den Geist der Menschheit,



dingtheiten bestimmt werden, sondern umgekehrt: die sich befreiende Erkenntnis soll die konkreten Lebenssituationen beleuchten. Wo dieses Interesse an wirklichen Erkenntnisprozessen zu leben beginnt, wird andererseits zunehmend eine Bescheidung auf das konkret Gestaltbare die Folge sein, denn in ganz neuer Weise tritt der andere Mensch als Mensch (und nicht nur als Kunde, Geschäftspartner oder Kollege etc.) in den unmittelbaren Wahrnehmungskreis. Doch diese „Bescheidung“ eröffnet zugleich ein wirklich menschheitliches Handlungsfeld, denn dort, wo wirklich die unmittelbare Menschlichkeit zur Erfahrung wird, treten betriebsgebundene oder nationale Interessen zurück. Und so ging Steiner in seinem „Nationalökonomischen Kurs“ davon aus, dass durch die Assoziationen letztendlich wiederum die Einrichtungen des Geisteslebens getragen werden können. Eine Perspektive, die angesichts der zerstörerisch um den Erdball kreisenden Kapitalmassen an erstaunlicher Aktualität gewinnt: „Lassen Sie die Assoziationen dafür sorgen, dass das Geld, dass die Tendenz hat, in die Hypotheken hineinzugehen, den Weg in freie geistige Institutionen findet!“<sup>15</sup>

Dort, wo die Befreiung des Geisteslebens nicht mehr nur als kompromissbeladene Phrase gedacht, sondern zum wirklichen Erlebnis wird, kann sich auch die konkrete Phantasie entwickeln, dass ein befreites Geistesleben tatsächlich bis in rechtliche und wirtschaftliche Gestaltungen seine Auswirkungen haben wird. Denn dort, wo das Geistesleben aus sich selbst heraus Initiative entfaltet und sich nicht mehr fremdversorgt durch Subventionen und Privilegien binden und letztendlich lähmen lässt, beginnt es, ein neues Verhältnis zu Staat und Wirtschaft auszubilden.<sup>16</sup> Denn: „In dem einen der drei Glieder des sozialen Organismus strebt diese Idee ein Zusammenwirken von Menschen an, das

15 Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, Vortrag vom 29. Juli 1922 in Dornach, GA 340, Dornach 1979, S. 95

16 Der Anfang eines neuen Verhältnisses des Geisteslebens zur Wirtschaft zeigt sich bereits in allen Initiativen, die das Bewusstsein der Verbraucher fördern. Als Kunde ist der einzelne Mensch eben bereits unmittelbar in die Verantwortung der wirtschaftlichen Prozesse einbezogen. Wie weit seine „Macht“ dabei reichen kann, zeigte zum Beispiel der Boycott der Shell-Tankstellen, als Shell 1995 den Öltank „Brent Spar“ in der Nordsee versenken wollte. Nach kurzer Zeit entschied sich Shell für eine nachhaltige Entsorgung und 1998 wurde sogar die gesetzliche Regelung eines generellen Versenkungsverbot auf den Weg gebracht. Es ist leicht einsehbar, dass sich eine viel intensivere Beziehung zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft ausbilden würde, wenn die Bildungs- und Kultureinrichtungen wirklich frei finanziert wären, denn jeder Kauf würde daraufhin geprüft, ob das jeweilige Unternehmen sozial und kulturell nachhaltig oder nur egoistisch und gewinnmaximierend wirtschaftet. So liegt in der bewussten Kundenentscheidung der Nährboden eines assoziativen Wirtschaftens. Deshalb sagte Rudolf Steiner: „Nehmt dem Staat die Schulen ab, nehmt ihm das geistige Leben ab, gründet das geistige Leben auf sich selbst, lasst es durch sich selbst verwalten, dann werdet ihr dieses geistige Leben nötigen, den Kampf fortwährend aus seiner eigenen Kraft zu führen. Dann wird aber dieses geistige Leben auch von sich aus in der richtigen Weise zum Rechtsstaat und zum Wirtschaftsleben sich stellen können, wird zum Beispiel das geistige Leben gerade - ich habe das in meiner sozialen Schrift [Die Kernpunkte der sozialen Frage], die nunmehr fertig wird in den nächsten Tagen, ausgeführt -, dann wird das geistige Leben auch der richtige Verwalter des Kapitals sein.“ (aus: Rudolf Steiner, Vergangenheits- und Zukunftsimpulse im sozialen Geschehen, Vortrag 21. März 1919 in Dornach, GA 190, Dornach 1980, Seite 24)

ganz auf den freien Verkehr und die freie Vergesellschaftung von Individualität zu Individualität begründet ist. In keine vorbestimmte Einrichtung werden da die Individualitäten hineingezwängt. Wie sie einander stützen und fördern, das soll lediglich daraus sich ergeben, was der eine dem andern durch seine Fähigkeiten und Leistungen sein kann. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass sich viele Menschen gegenwärtig noch gar nichts anderes vorstellen können, als dass bei solch freier Gestaltung der menschlichen Verhältnisse im geistigen Gliede des sozialen Organismus nur anarchische Zustände innerhalb desselben sich ergeben müssten. Wer so denkt, der weiß eben nicht, welche Kräfte der innersten Menschennatur dadurch an ihrer Entfaltung verhindert werden, dass der Mensch in die Schablonen hinein entwickelt wird, die ihn vom Staats- oder Wirtschaftsleben aus formen.“<sup>17</sup>

Ich bin davon überzeugt, dass diese Gedanken auch gegenwärtig noch wegweisend sind, wenn sie in ihrer menschlichen Unmittelbarkeit verstanden werden. Nicht „Modelle“ führen in die Zukunft, sondern die konkreten Schritte im Rahmen des Möglichen, die aus einer umfassenden Erkenntnis heraus getan werden. Ein solcher möglicher Schritt ist der Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Bewegung, die für eine wirkliche Befreiung des Bildungswesens aus staatlicher Bevormundung eintritt, denn: „Wer diese Dinge überschaut, für den wird die Begründung einer Menschengemeinschaft, welche die Freiheit und Selbstverwaltung des Erziehungs- und Schulwesens energisch erstrebt, zu einer der wichtigsten Zeitforderungen. Alle anderen notwendigen Zeitbedürfnisse werden ihre Befriedigung nicht finden können, wenn auf diesem Gebiete das Rechte nicht eingesehen wird. Und es bedarf eigentlich nur des unbefangenen Blickes auf die Gestalt unseres gegenwärtigen Geisteslebens mit seiner Zerrissenheit, mit seiner geringen Tragkraft für die menschlichen Seelen, um dieses Rechte einzusehen.“<sup>18</sup>

Um diese Gedanken zu konkretisieren, möchte ich beispielhaft zwei Initiativen skizzieren, die aus ihnen hervorgegangen sind. Das eine ist die vor mittlerweile drei Jahren begründete Freie Bildungstiftung ([www.freiebildungstiftung.de](http://www.freiebildungstiftung.de)), deren Kernanliegen die Bildung einer Stiftungsgesellschaft ist (gegenwärtig 70 Mitglieder), die einem freien Erkenntnisleben einen kontinuierlichen Raum bieten und außerdem ein Wahrnehmungsorgan für die Vielfalt individueller Initiativen sein möchte. Auch verschiedene überregionale öffentliche Tagungen konnten bereits durchgeführt werden. Die andere Initiative ist das Sozialwissenschaftliche Forum ([www.sozialwissenschaftliches-forum.de](http://www.sozialwissenschaftliches-forum.de)), das vor etwas mehr als einem Jahr in Berlin begründet wurde. Das „Sozialwissenschaftliche Forum“ ist ein freier Zusammenschluss von Einzelmenschen und Initiativen, die durch Veranstaltungen an wechselnden Orten der sozialen Frage als allgemein menschlicher Frage Raum bieten möchten. Den ersten Teil jedes

17 Rudolf Steiner, Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus, GA 24, Dornach 1961, S. 71f.

18 Rudolf Steiner, Staatspolitik und Menschheitspolitik, Aufsätze zur Dreigliederung des sozialen Organismus, GA 24, Dornach 1961, S. 43f.

„Sozialwissenschaftlichen Forums“ bildet ein „wissenschaftlicher“ Vortrag wechselnder Referenten zu Themen einer kulturellen, politischen oder wirtschaftlichen Fragestellung; nach Gespräch und Pause gibt es dann jedesmal einen „Runden Tisch der Initiativen“, an dem jeder Beteiligte die Möglichkeit hat, eine eigene oder eine ihm wesentliche Initiative zur Wahrnehmung zu bringen und um Unterstützung oder Mitarbeit anzufordern etc. Zu beiden Initiativen sind Interessierte jederzeit eingeladen und auch sonstige Formen der Kooperation sind erwünscht, denn selbstverständlich sind auch diese beiden Initiativen nicht die Lösung der in diesem Artikel behandelten Problemstellung - ein ernstzunehmender Beitrag dazu wollen sie aber durchaus sein.

Es sind bald vierzig Jahre vergangen, seit Denis L. Meadows im Auftrag des Club of Rome die bahnbrechende Studie „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte. Kürzlich nun hat sich Meadows in einem Interview<sup>19</sup> auch zur aktuellen Finanzkrise geäußert: „Es ist ein Teufelskreis. Je höher die Schulden, desto höher die Zinsen, desto höher die Risiken eines Bankrotts, desto höher wieder die Zinsen. Das geht vielleicht noch einige Wochen oder Monate gut, bestimmt keine Jahre mehr.“ Auch wenn sich Meadows Zeitplan strecken sollte, die Gesellschaftsperspektive, die er - auch im Zusammenhang mit der in Zukunft drohenden Energiekrise - zeichnet, sollte nachdenklich stimmen: „Wenn du auf die Krisen nicht vorbereitet bist, folgt Chaos. Da Menschen die Ordnung der Freiheit vorziehen, führt das zu mehr Autoritarismus.“ Anzeichen dieser „neuen Ordnung“ kündigen sich längst auf vielen Feldern - nicht zuletzt in der Umgestaltung des Bildungslebens - an. Auch deshalb macht gerade die gegenwärtige Krise deutlich: es ist höchste Zeit, die Freiheit der Bildung als eine entscheidende Forderung der Gegenwart in den Blick zu nehmen.

### Thomas Brunner,

Eurythmie-Lehrer an der Freien Waldorfschule Cottbus. Aufbau verschiedener Projekte („Initiativkonto“, „Initiativraum für Kunst und Sozialgestaltung“, Freie Sommeruniversität Cottbus). Zahlreiche Veröffentlichungen.

## Das Gespenst des Kapitals: Fraktale und Finanzen

**Helmut Woll**

Es lassen sich drei Methoden unterscheiden, die eine Bewertung von Aktien ermöglichen. Die einfachste Methode ist die Fundamentalanalyse. Dabei untersucht man grundlegend die Ursachen für die Entwicklung der Kurse. Diese ursprüngliche Methode wurde im Verlaufe der Entwicklung weiterentwickelt durch das Sammeln von Daten und Fakten. Diese Methode nennt man technische Analyse. Darauf

<sup>19</sup> <http://www.stern.de/politik/deutschland/club-of-rome-oekonom-wie-retten-wir-die-welt-herr-meadows-1748434.html>

aufbauend haben sich die Mathematik und die Wahrscheinlichkeitstheorie als wissenschaftliche Disziplin den Aktienkursen angenommen. „Der grundlegende Gedanke lautet: Kurse sind nicht vorhersehbar, ihre Fluktuationen können jedoch durch die mathematischen Zufallsgesetze beschrieben werden. Deshalb ist ihr Risiko mess- und steuerbar.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/33)

Im 17. Jahrhundert werden durch Pascal und Fermat grundlegende Bausteine für die Wahrscheinlichkeitstheorie entwickelt. Um 1900 wendet Louis Bachelier diese Grundsätze auf die Finanzgeschäfte an. Die Wahrscheinlichkeit beim Münzwurf Kopf oder Zahl zu würfeln ist jeweils 50%. So steigen oder fallen auch die Aktien mit der gleichen Wahrscheinlichkeit: „Wenn die Münzwürfe sehr rasch aufeinanderfolgen, wird das ganze Geschrei an einer Wertpapier- oder Warenbörse statisch-weißes Rauschen, wie man es im Radio hört, wenn man eine Frequenz zwischen den Sendern einstellt. Und es wird messbar, wie stark die Kurse variieren. Die meisten Änderungen (68%) sind kleine Bewegungen nach oben und nach unten innerhalb einer ‚Standardabweichung‘ vom Mittelwert (einem schlichten mathematischen Maß für die Streuung der Daten), 95% sollten innerhalb von zwei, und 98% innerhalb von drei Standardabweichungen liegen. Extrem wenige Änderungen schließlich - dies wird sich gleich als wichtig erweisen - sind sehr groß. Zeichnet man all diese Kursbewegungen auf, so ergeben die Stufenbilder eine gleichförmige Kurve. Die zahlreichen kleinen Änderungen ballen sich im Zentrum der Glocke, die seltenen Großen an den Rändern.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/34) Die Glockenkurve ist allgemein als Normalverteilung nach Gauß bekannt. Die Standardabweichung ist ein Streuungsmaß in der Statistik, Streuung bedeutet in der Aktiensprache Volatilität. Die Annahme, dass Aktienkurse mit Hilfe der Normalverteilung beschrieben werden können, wurde von Fama mit dem Modell eines vollkommenen Marktes kombiniert. Diese Theorie geht davon aus, dass der vollkommene Markt durch homogene Güter, Rationalität, vollkommene Information, unendliche Reaktionsgeschwindigkeit und das Streben nach Gleichgewicht charakterisiert werden kann. Gerade im Geld- und Kapitalmarkt sieht die neoklassische Theorie diese Annahmen als sinnvoll und gegeben bzw. erstrebenswert an.

Markowitz hat mit seiner Portfoliotheorie diese Konzeption präzisiert. Danach sind die Aussichten für eine Aktie Belohnung und Risiko, statistisch ausgedrückt Mittelwert und Streuung (Varianz). „Man erwartet, dass einem die Aktie von GM einen Profit von zehn Prozent bringt, bei einer Chance von zwei zu eins, dass man um nicht mehr als 17 Prozent danebenliegt - das heißt, man verliert wahrscheinlich nicht mehr als sieben Prozent und kann bis zu 27 Prozent Gewinn machen.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/103) Mit dieser Sichtweise konnte Markowitz Gewinn und Risiko von Aktien miteinander vergleichen. Und kam auf die Idee, Aktienbündel (Portfolio) mit verschiedenen Gewinnaussichten und Risiken zu bilden, um dadurch eine Risikominderung zu erreichen. Man setzt nicht mehr nur auf eine Aktie, sondern je nach Risikofreude auf eine Vielzahl unterschiedlicher Aktien. „Jede Aktie

ist - je nach Wirtschaftssektor oder der Strategie des Unternehmens - mehr oder weniger mit anderen Werten verbunden. Mischt man aber - hier kommt der Trick bei Markowitz' Portfoliotheorie - die Kopf zeigen mit Werten, bei denen die Zahl erscheint, kann man das Risiko des Gesamtportfolios miteinander verbinden. Die Aktie von GM mit ihrer starken Abhängigkeit von den Ausgaben der Verbraucher steigt eher, wenn die Wirtschaft floriert, und sie fällt, wenn sie schwächelt. Das Papier von Lilly ist stabiler, vielleicht sogar gegenläufig, weil mehr Leute „krankmachen“ werden und Arzneien kaufen, wenn die Wirtschaft leidet. Die beiden Werte sind nicht korreliert. Kauft man also von jeder Aktie ein wenig, so profitiert man, wenn die Wirtschaft wächst, aber auch, wenn sie schrumpft.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/104) Für jedes Risikoniveau lässt sich nun nach Markowitz ein Portfolio zusammenstellen.

Darauf aufbauend hat Sharp sich die Frage gestellt, was passiert, wenn alle Marktteilnehmer die Portfoliotheorie von Markowitz anwenden. Wenn dieses geschieht, so die Hypothese von Sharp, dann vollzieht der Markt diese Bewertung selber. „Damit war der Begriff des Aktienindexfonds geboren: eine Sammelstelle für das Geld von Tausenden von Anlegern, die Aktien in genau dem Verhältnis aufnimmt, das der gesamte echte Markt aufweist.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/107) Die Entwicklung einer Aktie konnte nun in Beziehung gesetzt werden zur Entwicklung aller Aktien. Damit war ein neuer Bewertungsmaßstab geschaffen. „Wenn es allein auf das Marktportfolio ankommt, dann hängt der Wert einer einzelnen Aktie ausschließlich davon ab, wie sie sich im Vergleich zum übrigen Markt entwickelt.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/207) Das Risiko wird beurteilt im Vergleich einer einzelnen Aktie mit dem Aktienindex. „Die Idee ist simpel. Sie sagt aus, je mehr einer riskiert, desto mehr Gewinn kann er erwerben.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/109)

Diese Formel wurde deswegen in der Finanzwelt beliebt, weil die langatmigen Berechnungen von Markowitz wegfielen. Der Aktienindex wurde vom Markt berechnet, man erstellt daraufhin eine Prognose der Gesamtentwicklung und schätzt dann die Streuung für jede Aktie, die man in Betracht zieht.

Das Modell von Black und Scholes hat die Risikobewertung erweitert. Sie wurde entwickelt aus dem Handel mit Optionen. Beträgt der Stückpreis der Aktie 160 Dollar und ich vereinbare die Option, sie in drei Monaten zu kaufen, steigt der Wert auf 170 Dollar, dann verbleiben 10 Einheiten Gewinn. Wenn die Gebühr 5.50 Dollar beträgt, ist dies der extremste Verlust, da bei Kurssturz die Option nicht realisiert werden muss. Black und Scholes gingen in ihrem Modell davon aus, dass man nicht unbedingt den Endkurs der Option kennen muss. Man braucht ihrer Meinung nach nur den Zuschlagskurs und die Laufzeit der Option und ihre Volatilität zu kennen. Stabile Aktienkurse sind in diesem Modell nicht interessant, es interessieren volatile Märkte. „Dagegen sind die Optionen auf eine riskante Aktie, deren Preis weit nach oben und unten ausschlägt, sehr wertvoll. Es

gibt eine gute Chance, dass die Option bei einem dieser Ausschläge ins Geld kommt und hübsch etwas abwirft. Zudem ändert sich der Marktwert der Option ständig, wenn diese fällig wird und der Aktienpreis schwankt. Ihre Formel ließ die gleichen häufigen Neuberechnungen des Werts zu, die auch der Markt selbst vorsah. Außerdem musste sie, um handlich zu bleiben, alle ‚Arten von Komplikationen ausblenden‘, wie Black sich später erinnerte. Beispielsweise schlossen sie sich der Annahme von Markowitz, Sharpe und Bachelier an, wonach das Risiko einer Aktie (ihre Volatilität) am Maßstab der Glockenkurve geeicht werden kann.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/115-116)

Die Autoren kritisieren alle drei Modelle. So wird der vollkommene Markt bei allen unterstellt, dies sei unrealistisch. Die Annahme des Black-Scholes-Modells, dass die Volatilität der Renditen konstant ist, wird ebenfalls von der Praxis nicht bestätigt. „Ein paar Tische weiter unten sitzt ein promovierter Cambridge-Mathematiker. Einen großen Teil des Tages ist er damit beschäftigt, die rasch wechselnde ‚Volatilitätsfläche‘ des Optionsmarktes zu studieren - eine imaginäre 3-D-Graphik, die zeigt, wie Kursfluktuationen breiter bzw. schmaler werden, wenn die Bedingungen der einzelnen Optionskontrakte sich ändern. Nach der Black-Scholes-Formel dürfte diese Oberfläche nichts Interessantes an sich haben. Sie sollte platt wie ein Pfannkuchen sein.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/125) Firmen bräuchten auch keine Forschungsabteilung zur Gewinnung von Daten, da ja der Markt alle Signale enthalte, - doch die Praxis sieht anders aus.

Es werden vor allem vier Annahmen der herkömmlichen Finanztheorie von Mandelbrot/Hudson (vgl. S.128-134) aufs Korn genommen.

1. Annahme: Die Menschen sind rational und nur bestrebt reich zu werden. Die Finanztheorie konstruiert das Menschenbild von rationalen Anlegern, die sich einen rationalen Markt selber vorgaukeln. Demgegenüber vertreten die Autoren, dass in der Wirklichkeit die Menschen nicht immer rational und selbstsüchtig sind und ihren theoretischen Nutzen optimieren.

2. Annahme: Alle Anleger sind gleich, ihre Erwartungen sind homogen. „Die Menschen haben die gleichen Anlageziele und den gleichen Zeithorizont; sie sind bestrebt, ihre Renditen zu ermitteln und das Spiel nach den jeweils gleichen Halteperiode (ob Tag oder Jahre) zu beenden. Angesichts gleicher Informationen würden sie die gleichen Entscheidungen treffen. Sie sind vielleicht unterschiedlich begütert, doch keiner allein ist reich oder mächtig genug, Kurse nach eigenem Gutdünken zu beeinflussen.“ (Mandelbrot/Hudson 2009/130)

Demgegenüber wenden die Autoren ein, dass in der Praxis die Motive der Menschen unterschiedlich sind. Der eine will seine Pension sichern, der andere reich werden. Gibt man die Homogenitätsthese auf, dann wandelt sich der Markt von einem linearen System zu einem chaotischen Geschehen.

3. Kursänderungen verlaufen praktisch kontinuierlich. Es gibt keine spontanen Sprünge und Extremwerte. Demgegenüber wenden die Autoren ein, dass in der Praxis Sprünge sehr oft vorkommen sowohl aus trivialen als auch aus signifikanten Gründen.

4. Kursänderungen folgen der Brownschen Bewegung. Wie die Bewegung eines Moleküls in einem gleichförmig warmen Medium, so bewegen sich auch Aktienkurse. Dies impliziert weiterhin, dass die Kursänderungen unabhängig voneinander sind, dass sie unveränderlich und normalverteilt sind.

Demgegenüber wenden die Autoren ein, dass die Kurse voneinander abhängen, dass sie ein Gedächtnis besitzen. So stützt sich der Kurs heute auf die Werte von gestern oder vorgestern. Auch sind sie nicht unveränderlich, sondern können ständig ihre Form wechseln. Am entschiedensten wenden sich die Autoren gegen die Annahme einer Normalverteilung. Sie setzen dagegen die These, dass die wirtschaftliche Entwicklung eher in Sprüngen verläuft, in Turbulenzen oder auch exponentiell.

Vogl (2010-2011) baut in seiner theoretischen Analyse („Das Gespenst des Kapitals“) vor allem auf der Arbeit von Mandelbrot/Hudson (2009) auf. Er übernimmt deren Kritik am vollkommenen Markt, am harmonischen Gleichgewicht, an der Normalverteilung. Vogl beschreibt somit, dass die Finanzökonomie unberechenbar und volatil ist und der harmonischen Gleichgewichtsvorstellung widerspricht. Während nun Mandelbrot (Hudson ist nur sein journalistisches Pendant) versucht eine neue Theorie zu entwerfen, die auf Fraktalen, Unsicherheit und Extremwerten beruht, bezieht sich Vogl nun auf marktkritische finanzökonomische Konzepte, vor allem keynesianischer Prägung. Mandelbrot steckt nun allerdings mit seiner Theorie in einem Dilemma. Während seine Kritik an der Statistik bisher einfach war, muss er diese selber wieder anwenden. Er muss wie die Anhänger der These von der Normalverteilung von der Messbarkeit und Aussagefähigkeit empirischer Daten ausgehen. Er muss so tun, als würden seine quantitativen Daten einen Rückschluss auf Qualitäten zulassen. Dies gelingt auch Mandelbrot nicht. Seine Modelle sind nur etwas komplizierter. Statt Normalverteilung wird eine Exponentialverteilung (Cauchyverteilung) unterstellt. Die Aktienkurse sind auch damit nicht prognostizierbar. Die Volatilitäten allenfalls für die Vergangenheit, nicht für die Gegenwart und Zukunft. Dadurch kommt auch Mandelbrot schnell an seine natürlichen, statistischen Grenzen. Lebensgeschichtlich hat er für sich das Problem elegant gelöst. Er wechselt das Fachgebiet und wendet seine fraktale Theorie als Kritikinstrument erneut an.

Vogl dagegen versucht eine dagegen mit Hilfe der fraktalen Theorie kritische Gesellschaftsanalyse zu untermauern, die nicht im Sinne hat, statistische Empirie zu betreiben, sondern marxistische Systemtheorie, die das Gespenst des Kapitals in Worte fassen will. Insofern ist es folgerichtig, wenn er die Fehler und Brüche der kapitalistischen Entwicklung als inhärente Prozesse beschreibt, die das System nicht zusammen-

brechen lässt, sondern die das System nutzt, um neue Gewinn- und Vermarktungsräume zu erschließen. Das System gerät dabei nach Vogl allenfalls in eine Legitimationskrise, die alle in ihren ideologischen und ökonomistischen Bann zieht. So fürchtet die Gesellschaft insgesamt permanent um ihre finanzielle Basis. Niemand kann sich diesem Prozess entziehen, weder arm noch reich. Nach der Kritik an der Neoklassik beschreibt Vogl nun marktkritische Konzepte (nach Keynes) der Finanzökonomik. Demnach haben sich die Finanzmärkte von der Realwirtschaft entkoppelt, sie kreisen in sich selbst, sie bewegen Gelder, die die Vorstellungskraft übersteigen, das Ganze in Windeseile, in Nanosekunden über den ganzen Globus, rund um die Uhr. Preise geben dabei keine Wertschöpfung wider, sondern Erwartungen über Erwartungen. „Auf diesem Terrain, in dem die bloße Allokation von Gütermengen durch die Vergewärtigung von Ertrags- und Risikoaussichten abgelöst wurde und aktuelle Preishorizonte sich mit künftigen Preishorizonten rückkoppeln, können Märkte nicht mehr um bestehende Mengen knapper Güter und feste oder ‚reale‘ Wertreferenzen gravitieren. Ihre Akteure operieren nicht mit bekannten Quantitäten, sondern versuchen, eine kontingente Zukunft danach zu bewerten, wie der Markt sie selbst gegenwärtig bewertet.“ (Vogl 2010-2011/152-153)

Verlässliche ökonomische Größen gibt es nun nicht mehr. Das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage hat keine stabilisierende Kraft mehr. Geld ist nun nicht mehr eine einfache neutrale Größe, sondern wird zur virtuellen Kraft, es entwickelt sich ein Gespenst, es wirkt überall und nirgends. „Unter der Bedingung eines elementaren Finanzierungs geschehens, d.h. unter der Bedingung, dass der Finanzmarkt Liquiditätsfragen verhandelt und sich über die Verbindlichkeiten von Investition und Kredit strukturiert, kann Geld nicht als neutrales oder allenfalls ‚verschleiernes‘ Tauschmittel im ökonomischen Verkehr begriffen werden, es präsentiert sich vielmehr als Medium mit eigener Wirksamkeit und Kraft.“ (Vogl 2010-2011/154)

Das Finanzsystem antizipiert die ökonomische Entwicklung, es beruht auf Spekulation und Erwartungen, die wiederum nur zu neuen Spekulationen und neuen Meinungen führen. Instabilität schafft neue Instabilität. Finanzmärkte sind permanente Abstimmungsprozesse von Meinungen und Gerüchten. Ökonomische Urteile werden durch Tratsch und Klatsch ersetzt. Dies erzeugt Konformität und Herdenverhalten. Wehe, wen das Gerücht trifft, er kann real abgestraft werden. Die Erwartungen und Meinungen werden daher als objektive Daten gehandelt und durch statistisch komplexe Berechnungsverfahren sanktioniert. Es wird ein virtueller Kreislauf in Gang gesetzt, der die Risiken nicht permanent ausgleicht. Unsicherheit und Volatilität aus allen Ebenen. „Minskys These finanzieller Instabilität besagt demnach, dass manifeste Krisen und Zusammenbrüche nicht einfach durch äußere Erschütterungen, durch fiskalische oder politische Theatercoups, sondern durch die Parameter und Eigenbewegungen der Finanzökonomie selbst hervorgebracht werden. Anders als in kybernetischen und sich selbst regulierenden Systemen wird der Fi-

nanzmarkt durch seine Ruhe beunruhigt, durch seine Stabilität desstabilisiert, und gerade sein effizientes Funktionieren wird ganz und gar dysfunktional.“ (Vogl 2010-2011/162)

Die Entwicklung auf den Finanzmärkten hat die Legitimität der ökonomischen Theorie erschüttert, ihre Basisannahmen sind kaum noch haltbar. Wohlstand und Einkommen sind unsicher geworden.

Vogl zeigt keinen Ausweg. Er kritisiert die Neoklassik und funktionalisiert die Beschreibung der keynesianischen Finanzökonomik für seine kritische Gesellschaftstheorie. „Weil es zur Eigenart kapitalistischer Ökonomie gehört, dass die Folgen ihrer riskanten Entscheidungsprozesse auch diejenigen zu spüren bekommen, die nicht an den Entscheidungen teilhaben, und weil sich Risiken von Gefahren dadurch unterscheiden, dass sich letztere nicht dem eigenen Tun oder Unterlassen zurechnen lassen, haben sich ökonomische Systemrisiken und kalkulierbare Schadensfälle für die Mehrzahl derjenigen, die in aller Abhängigkeit nichts zu entscheiden haben, in elementare Gefahren verwandelt.“ (Vogl 2010-2011/177) Konkurrenzmärkte führen nach Vogl nicht zu Wohlstand, sondern nur zu Risiken und Gefahren, die nicht mehr finanzierbar sind. Er verbleibt bei der Kritik, Alternativen werden nicht aufgezeigt.

### Fazit

Fazit: Mandelbrot kommt der Verdienst zu, einfache statistische Erklärungsversuche zu hinterfragen. Er hat aufgezeigt, dass lineare Gleichgewichtsmodelle nicht in der Lage sind, die Entwicklung der Baumwollpreise oder Aktienkurse adäquat abzubilden. Brüche, Sprünge müssen stärker berücksichtigt werden. Schwarze Schwäne prägen auch das wirtschaftliche Geschehen. Mandelbrot ist in didaktisch kluger Weise in der Lage, die Verknüpfung von Wahrscheinlichkeitstheorie und Aktienmärkten darzustellen. Der einfache Münzwurf mit Kopf oder Zahl erweist sich dabei nicht als eine einfache kognitive Zahlenspielerlei, sondern als Basis ökonomischer Prozesse. Die Normalverteilung oder Exponentialfunktion ist nicht nur eine statistische Realität, sondern hält Einzug in das ökonomische Denken und wird im positiven oder negativen Sinne praxisrelevant.

Vogl hat in seiner gut geschriebenen Gesellschaftsanalyse das virtuelle Geschehen an den Finanzmärkten eindrucksvoll charakterisiert. Beide Autoren haben auf fundamentale Probleme hingewiesen, die dringend einer weiteren Bearbeitung bedürfen.

### Literatur

Mandelbrot, Benoit B./Hudson, Richard: Fraktale und Finanzen. Märkte zwischen Risiko, Rendite und Ruin, dt. Übersetzung, 3. Aufl., München 2009.

Vogl, Joseph: Das Gespenst des Kapitals, 2. Aufl., Zürich 2010-2011.

### Dr. Helmut Woll

ist Wirtschaftspädagoge und Ökonom. Er lehrte bzw. lehrt u.a. an den Universitäten Bremen, Mannheim, Oldenburg (bis 2011) und Siegen (bis heute). Er ist Leiter des Instituts für Soziale Gegenwartsfragen Bremen/Freiburg.

## Resonanz auf Vorschlag zur Schuldenentilgung für Deutschland

Letzten Sommer schlug Harald Spehl auf einer Tagung des Instituts für soziale Gegenwartsfragen in Kassel einen Gesellschaftspakt Schuldenentilgung Deutschland nach dem Modell des Lastenausgleichs nach dem 2. Weltkrieg vor. Der Vorschlag wurde ausführlich dokumentiert in der Septembernummer der Sozialimpulse vom letzten Jahr. Inzwischen zieht der Vorschlag Kreise: „Die Zeit“ druckte am 27. 10. einen Artikel von Spehl, in dem der Vorschlag erläutert wird (<http://www.zeit.de/2011/44/Deutschland-Schuldenabbau>). Am 14. Dezember strahlte Deutschlandradio Kultur ein Interview mit dem Ökonomen und Dreigliederer aus (<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1628059/>.) Auf den Seiten von DR Kultur kann man auch eine MP3-Datei dieses Interviews herunterladen.

Am 23.11.2011 bereits schrieb Mathias Greffrath einen Kommentar in der TAZ unter dem Titel „Das Schlagloch - Ein schönes Wort kehrt heim“, in dem er den Vorschlag unterstützt. Dort heißt es u.a.:

„Die Älteren erinnern sich: Mit Gesetz vom 14. August 1952 wurde eine Abgabe von 50 Prozent auf alle deutschen Vermögen erhoben, nach Abzug eines Freibetrags von 150.000 DM. Sie floss in einen halbwegs solidarischen Ausgleich der Vermögensverluste durch Weltkrieg und Vertreibung. Ein neuer Lastenausgleich müsste die Schäden kompensieren, die dem Gemeinwohl durch die systemische Krise des westeuropäischen Kapitalismus entstanden sind und weiter entstehen werden. [...]

Vor einem Monat nun druckte die Zeit den Beitrag des emeritierten Trierer Ökonomeprofessors Harald Spehl. Sein Argument: Die ‚Rettungsschirme‘ halten den Hagel der Schulforderungen nur auf Zeit ab, in immer kürzeren Intervallen. Die Staaten erhalten ihre Handlungsfähigkeit dadurch nicht zurück; dazu bedürfe es eines radikalen Abbaus der Schulden. Durch einen ‚Lastenausgleich‘.

Die Rechnung geht etwa so: Die Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland betragen bei vorsichtiger Schätzung 6,6 Billionen Euro - in den letzten 20 Jahren sind sie um mehr als 2 Billionen gewachsen, das ist genau die Summe unserer Staatsverschuldung. Zwei Drittel dieses Reichtums gehören den reichsten zehn Prozent der Bürger, dem obersten Tausendstel gar ein Fünftel. Das Schrumpfen des Gemeinwohls hat die Geldvermögen der Reichen gebläht, ein Lastenausgleich also wäre mehr als plausibel.

Am Ursprung der Schuldenmacherei stand die Illusion, das Wachstum der goldenen Jahrzehnte des Nachkriegsbooms sei unendlich. Darauf ruhte das europäische Modell eines sozial regulierten Kapitalismus: der „sozialen Marktwirtschaft“. Seit den

siebziger Jahren aber wurde die Wachstumskurve kontinuierlich flacher, die Arbeitslosigkeit chronisch. Die Antwort der Politik auf die aufkommenden Umverteilungskämpfe war zunächst eine milde Inflation und dann der Weg in Steuersenkungspolitik (die das Wachstum nicht wiederbrachte) nebst Kreditfinanzierung des sozialen Friedens.

[...] Dieser Weg, so zeigt sich nun in der Finanz-, Kredit- und Schuldenkrise, ist eine Sackgasse, und wir sind kurz vor deren Ende. Die Exportnation Deutschland steht zwar - auf Kosten der Länder mit geringerer Produktivität und höherer Lohnquote - noch gut da. Aber auch ihr fehlt das Geld für notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klima und Infrastruktur.

Auch ein Schuldenschnitt für die Länder mit den größten Schwierigkeiten führt nicht aus der Breddouille. Zum einen wird ein solcher Schnitt - wenn er tatsächlich durchgesetzt wird - erkaufte durch desaströse Sparprogramme, die die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den Champions der Eurozone und dem Rest Europas noch verschärfen und zu sozialen Unruhen führen würden. Zum anderen kämen durch ihn die Banken der reichen Ländern in die Klemme und müssten vom Staat - oder der Eurostaatengemeinschaft - gerettet werden, damit Lebensversicherungen nicht implodieren und der Kreditfluss nicht zusammenbricht. Immer noch beten ratlose Politiker die Litanei vom erneuten Wachstum, wenn nur die aktuelle Krise gemanagt würde. Aber wenn das ausbleibt - und alles spricht dafür, vom Klima mal ganz abgesehen -, und wenn Inflation ausgeschlossen bleiben soll, weil sie auf eine Enteignung aller hinausläuft, dann gibt es nur einen Ausgang aus dem Casino: Schuldentilgung.

Damit liegt die alte Karnevalsfrage auf dem Tisch: Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? Die Antwort der deutschen Wirtschaftsweisen (auch sie plädieren für schnelle Schuldenreduktion) lautet: die Mächtigen des Euroklubs oktroyieren ihren Bevölkerungen harte Konsolidierungspfade - sprich: Sozialabbau. Die andere Antwort heißt: Diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten am meisten profitiert haben, sollen zahlen. Am besten mit einer sofortigen einmaligen Vermögensabgabe, auf Geldvermögen und Immobilien, etwa in der Höhe von 30 Prozent. Und das europaweit.

[...] Einmalsteuer, Reichensteuer, Vermögensabgabe - in Deutschland haben wir zum Glück dieses freundliche alte Wort dafür: Lastenausgleich - das klingt nicht nach Enteignung, sondern nach solidarischer Haftungsgemeinschaft. Und vor allem: Wir haben es schon einmal gemacht. Wir könnten es also noch einmal machen. Und diesmal europaweit."

## Iran-Reiseindrücke

**Manfred Günther**

Der Anregung von Christoph Strawe folgend halte ich hiermit für die Sozialimpulse einige einschlägige Eindrücke von einer taz-Leserreise nach Iran im Oktober 2011 fest, freilich mit der Vorbemerkung versehen, dass es sich um sehr subjektive und nur punktuelle Eindrücke handelt. Die vierzehntägige Busreise (2000 km) von/nach Teheran über Yazd und Persepolis nach Shiraz, Isfahan und Ghom zielte, wie alle taz-Leserreisen, neben aller kulturhistorischen Ausrichtung auf den Aufbau und die Pflege zivilgesellschaftlicher Kontakte.

Ist eine Reise ohne zwingenden Grund in ein Land mit einem solchen Regime nicht fragwürdig? So fragen gewiss auch manche Leser dieser Zeilen. Diese Grundsatzfrage und die Problematik einer solchen Zielsetzung zivilgesellschaftlicher Kontakte sind mir gut vertraut sowohl aus drei dienstlichen Rumänienjahren zur Herrschaftszeit von Ceausescu Mitte der siebziger Jahre als auch aus zahlreichen offiziellen politischen Reisen in Länder mit autoritärem Regime oder blanker Diktatur in den neunziger Jahren. Vor diesem Hintergrund haben wir uns im Interesse der Menschen, denen wir begegneten, für die Reise entschieden.

Unter Verzicht auf Gespräche mit offiziellen Vertretern des Regimes (bis auf Ghom) der „Islamischen Republik Iran“, so der heutige Staatsname, trafen wir zu Gesprächen zusammen u.a. mit Künstlern (Maler, Schriftsteller, Schauspieler, Musiker), Wissenschaftlern, Geistlichen (Christen und Zoroastrer), Ärzten, NGO-Aktivisten ... und „einfachen Menschen“ aus dem Umfeld unseres iranischen Reiseleiters und des Busfahrers sowie mit deutschen Entsandten und Ortskräften in Einrichtungen wie der Evangelischen Kirche Deutscher Sprache und dem Deutschen Sprachinstitut (dem „Rest“ eines früheren Goethe-Instituts).

Überall waren wir angetan von der Liebeshwürdigkeit der Menschen uns Ausländern gegenüber, oft spontan auf der Straße auch nur durch ein Lächeln oder Begrüßen, und von dem liebevollen, herzlichen Umgang der Iraner untereinander, ganz besonders auch bei ihnen zuhause. Große Gastfreundschaft strömte uns entgegen, mancher Moschee- oder Museums-Wächter tat mehr als erforderlich, um unseren Wünschen entgegen zu kommen, das Personal in Hotels, Restaurants und im Basar behandelte uns durchweg sehr aufmerksam und hilfsbereit. Dieser Eindruck kontrastiert völlig mit dem in unseren Medien vorherrschenden Bild hysterisch schreiender, Hassparolen skandierender Massen bei regimetreuen Großveranstaltungen. Zwischen dem Privatleben zuhause, in dem man sich alle Freiheiten erlaubt, die im öffentlichen Raum streng reglementiert sind (z.B. in Bezug auf Kleidung, Ernährung, Unterhaltung, Medienkontakte), und zwangsläufig angepasstem Auftreten draußen klafft eine wohl immer größer werdende Lücke. „Trotz aller gegenläufiger Maßnahmen des Regimes hat sich eine Lebenshaltung

durchgesetzt, die den Gottesmännern fremd war“, so schrieb die taz im Februar 2011. Einer unserer Gastgeber beschrieb im Kreise mehrerer Schauspieler und Musiker, denen die Zensur Auftritte verboten hatte, diesen bedauernswerten Zustand der iranischen Gesellschaft mit dem Krankheitsbild der Schizophrenie. Gibt es Hoffnung auf Heilung? Ein hoher schiitischer Geistlicher in der heiligen Stadt Ghom, dem Zentrum schiitischer Gelehrsamkeit und Sitz der Großajatollas als wichtigster religiöser Instanz, gab uns keinen Anlass zur Hoffnung (er war unser einziger offizieller Gesprächspartner). Umso beeindruckender erlebten wir den Erfindungsreichtum und Mut jener Iraner, denen es immer wieder gelingt, die Zensur und den rigiden Moralkodex - auch hinsichtlich Literatur, Theatern und Filmen - zu umgehen und Anschluss an die Entwicklungen im Westen zu finden - trotz gefilterten Internets, des Verbots von Musik und Tanz und anderer freiheitsberaubender Maßnahmen. Dies ist nicht zuletzt der Existenz einer gebildeten Mittelschicht vor allem in den Städten zu verdanken. Allerdings ist das schlechende Gift der weit verbreiteten Denunziation eine starke Waffe des Regimes, das damit zumindest alle im öffentlichen Dienst Tätigen oder sonstwie von diesem Profitierenden in Schach hält und den Denunzianten Vorteile gewährt.

Es schmerzt die Ahnung, wie fruchtbar sich das auf viertausendjähriger Kultur bauende Geistesleben entfalten könnte, wie reich das auf Intelligenz, Bodenschätze und andere günstige Faktoren stützende Wirtschaftsleben blühen könnte, wenn Gleichheit im Rechtsleben, vor allem Meinungs- und Pressefreiheit herrschen würde. Die vielen Konjunktive entsprechen der traurigen Realität.

Eine zunehmende Verarmung steht einem sichtbaren Reichtum und dem geradezu unermesslichen Vermögen der von Steuern befreiten geistlichen Stiftungen gegenüber. Hinzu kommt der große soziale Abstand zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung. Soziale Spannungen in der Gesellschaft nehmen zu, begleitet von wachsender Repression. Über immer wieder neue Verhaftungswellen und Einschüchterungsversuche halten uns unsere Medien gut auf dem Laufenden, internationale Proteste - auch zu besonders markanten Einzelfällen - reißen nicht ab. Von diesen Schwächen im Innern sollen außenpolitische Aktivitäten des Regimes durch kräftig geschürte Feindbilder, missionarische Programme und vermeintliche Erfolge ablenken und Solidarität erzeugen. Wie lange noch? Langjährige ausländische Beobachter im Land mit profunder Einsicht in die Verhältnisse benutzten das Bild der brodelnden Suppe im Kochtopf, dessen Deckel jederzeit hochgehen könnte - bei binnenwirtschaftlicher Verschlechterung mit zunehmender Geschwindigkeit und Heftigkeit: Exakte Prognosen kann niemand stellen, wohl aber die Einschätzung, dass es nur eines funkenspendenden Anlasses bedürfen kann, um die Herrschaft der Geistlichkeit in die Schranken zu weisen und säkularen liberalen Kräften die Chance zu geben zu einem geordneten Übergang, zu einer auf Freiheit und Gerechtigkeit aufbauenden Gesellschaftsordnung.

Die zaghaften Reformansätze, die wir vor zehn Jahren bei einem offiziellen Besuch des Bundestagspräsidenten in Iran spüren konnten, sind inzwischen verschüttet, gewaltsam unterdrückt. Die Ereignisse um die Präsidentschaftswahlen 2009 haben es der Welt deutlich gezeigt. Im Exil warten unzählige der fähigsten Köpfe auf die Chance zur Rückkehr, um ihren Beitrag zum Umbau und zur Blüte des iranischen Wirtschafts- und Kulturlebens zu leisten. Nicht nur die Auswanderungswellen religiöser Minderheiten wie Christen, Juden, Zoroastrer und Bahai, sondern auch der Intelligenzia wie Künstler, Wissenschaftler, Ingenieure lassen Iran zunehmend ausbluten. Hinzu kommen wachsende Spannungen im Innern des Herrschaftsapparates zwischen Regierung, Parlament, Klerus, Revolutionswächtern ... Wie soll man sich dabei nicht des Rhythmus von 33 Jahren erinnern, die in Kürze seit der iranischen Revolution von 1979 vergangen sein werden?

(*Dr. Manfred Günther* ist Protokollchef des Deutschen Bundestages a.D.)

## Vom Regiogeld zum nationalen Parallelgeld

Bericht über eine Tagung in Bad Boll

*Gerardus Lang*

Vom 19. - 20. 11. 2011 fand eine Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Bad Boll zum Thema „Vom Regiogeld zum nationalen Parallelgeld“ statt. Es ging um die Frage, ob Griechenland ohne einen Austritt aus der Euro-Gemeinschaft aus seiner Not-Situation geholt werden kann oder nicht.

In Griechenland herrscht Rezession verbunden mit Deflation, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmendem Geldmangel. Volksaufstände und Streiks lähmten das öffentliche Leben. Die Lage erinnert fatal an die beginnenden 30-iger Jahre in Deutschland, in denen durch die herrschende Deflation und eine beispiellose Arbeitslosigkeit zunehmend bürgerkriegsartige Zustände herrschten und wo sich radikale Parteien Straßenschlachten lieferten. Das Ende war das Ermächtigungsgesetz der herrschenden Parteien für den zukünftigen Diktator Hitler.

Man erinnerte an die in dieser Zeit aufgetretenen Notlösungen der Geldfrage zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit: U.a. hatte die Gemeinde Wörgl in Tirol dem deflationären Geldmangel durch die Herausgabe eines Notgeldes (Arbeitswertscheine) abgeholfen. Dadurch sank die Arbeitslosigkeit binnen eines Jahres von über 20% auf unter 15%, während sie im übrigen Land weiter anstieg. Die Gemeinde konnte mit dem emittierten Notgeld zahlreiche öffentliche Aufträge im Straßenbau usw. durchführen und die lokale Wirtschaft blühte auf. Leider wurde das Notgeld nach einem Jahr des Erfolgs im Sept. 1933 verboten, als weitere 120 Gemeinden es auch

bei sich einführen wollten. Hitler marschierte dann in Österreich ein.

Auf der Tagung wurde das jetzige erfolgreiche Regiogeld Chiemgauer von seinem Erfinder Christian Gelleri sehr verständlich vorgestellt. Danach sprach Prof. Thomas Huth, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Uni Lüneburg, über das Thema „Nationale Parallelwährungen in der Euro-Währungsunion“. Bezug nehmend auf die Forschungen von Mundell über den „optimalen Währungsraum“ bilanzierte er die Ergebnisse der Einführung des Euro in einer Union von wirtschaftlich sehr unterschiedlichen nationalen Wirtschaftsräumen. Da die ursprünglich vereinbarten Regeln nie eingehalten wurden, musste es zu den jetzt festzustellenden Missständen kommen. Er stellte die jetzt vorgestellten „Lösungen“ kurz dar und kam zu dem Ergebnis, dass sie alle die Probleme nicht lösen würden. Der Austritt aus der Währungsunion und die Wiedereinführung der Drachme als Alleinwährung würde lediglich die Handlungsfähigkeit des griechischen Staates für einige Zeit wieder herstellen, abgesehen von der Unmöglichkeit, die bestehenden Schulden überhaupt bezahlen zu können.

Er stellte dann die Möglichkeit einer Parallelwährung neben der offiziellen Landeswährung als durchaus üblich dar, indem in zahlreichen Ländern vor allem des Ostens immer schon D-Mark, Dollar u.a. als inoffizielle Parallelwährungen umliefen, wie es heute noch mit der längst abgeschafften D-Mark geschieht. Immerhin sind noch mindestens eine Milliarde DM nicht in Euro umgetauscht worden (was irrsinniger Weise immer noch möglich ist). Ob eine Einführung der Drachme als Parallel-Währung zum Euro sinnvoll wäre, blieb offen.

Ekkehard Behrens, Volljurist und Volkswirt, persönlicher Schüler von Prof. Franz Böhm, einem Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, stellte dann sein Modell der Drachme als Nationales Parallelgeld neben dem beizubehaltenden Euro dar. Der im Festkurs 1:1 zum Euro stehenden Drachme müsste nur eine Haltegebühr auferlegt werden, die die Zahlungsbereitschaft der jeweiligen Besitzer stark erhöhen würde. Die dadurch erreichbare Umlaufgeschwindigkeit des Parallelgeldes würde es ermöglichen, mit einer relativ geringen Geldmenge auszukommen, um die möglichen Tauschvorgänge zu vermehren. Es würde zu einem Wachstum der Wirtschaft wie bei einer Inflation kommen, ohne die dort eintretenden Wertverluste. Die Haltegebühr würde lediglich die Wertaufbewahrungseigenschaft des Parallel-Geldes stark zugunsten der Tauschbarkeit einschränken. Das Geld würde bevorzugt für jeden Tausch eingesetzt, um den mit der Haltegebühr einhergehenden Belastungen zu entgehen.

Für eine solche aus der Not geborene Lösung wurden noch viele unterstützende Argumente angeführt. Die etwa 50 Teilnehmer der Tagung stimmten zu, dass man versuchen sollte, diesen Gedanken in die öffentliche Diskussion zu tragen, die sich ja durch eine weit gehende Ratlosigkeit auszeichnet. Es sollte der Versuch gemacht werden, nach der Einrichtung einer Insolvenzordnung für Staaten der Euro-Zone,

die dann eine geordnete Insolvenz in Griechenland ermöglichen würde, dieses Not-Geld an der Stelle der jetzigen Unsummen von Rettungsgeldern versuchsweise einzuführen. Im Falle des Scheiterns wäre eine Rückkehr zum Euro leicht möglich und die riskierte Euro-Summe zur Deckung der eingeführten Drachme (man schätzte diesen Betrag auf ca. 10 Milliarden) liegt weit unter den jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit nutzlosen Rettungsgeldern. Vor allem würde nach der relativ kurzen Zeit der geordneten Insolvenzabwicklung wieder die volle Souveränität des griechischen Staates hergestellt werden im Gegensatz zu den jetzt diskutierten, entwürdigenden und jeder demokratischen Auffassung von Staat Hohn sprechenden Dauerbeaufsichtigungen durch die „gesunden“ Geld-Geber-Staaten.

Quelle: Newsletter des Seminars für freiheitliche Ordnung.

## Leserpost

### Zum Artikel von Wilhelm Neurohr in Heft 3/2011

„Großen Dank dem reichhaltigen michaelischen Aufbruchartikel zu einer echten Demokratie von Wilhelm Neurohr in Initiative Soziale Dreigliederung: Ich las ihn verspätet, da ich erst bei einem Seminaufenthalt auf diese Zeitschrift aufmerksam wurde, doch meine ich sind diese Fragen zu weiteren Entwicklungsmöglichkeiten so bereichernd, dass es Gedanken der Verantwortung für viele sein könnten.

Ein Aufbruch bedeutet einen Wendepunkt. Das beinhaltet eine Neuorientierung mit bewussten neuen Schritten an Aktivität, um die Staatskrisen, verursacht von den Finanzschieflagen mit Konsequenzen, was die Welt dramatik ausmacht, zu verstehen. Wir brauchen eine Reformpolitik mit Volksentscheiden und verschiedenen Weltanschauungen. Der Ruf nach der Finanztransaktionssteuer ist längst fällig.

Wir überfordern uns täglich mit der Überproduktion und dem Wirtschaftswachstum, daraus entstehen Sackgassenprobleme und eine Verunreinigung der Erde und Kosmos. Was wir brauchen ist ein ganzheitliches Denken für ein gesundes Geld und das braucht wiederum starke mutige Impulse.

Mit Dank Katharina Schmidt, Schollenried 26, 94209 Regen - Bayerischer Wald

(Die Redaktion behält sich die Kürzung von Leserbriefen vor.)



# Literatur

## Uhlenhoff, Rahel (Hrsg.): Anthroposophie in Geschichte und Gegenwart

(Wissenschaftsverlag Berlin 2011, auch erhältlich als Print & E-Book. Bestellnummer 978-3-8305-1930-0, 806 Seiten. Hardcover, EUR 39,-)

Der Band, der die Impulse der Anthroposophie im geschichtlichen Kontext aufzuarbeiten versucht, versammelt auf ca. 800 Seiten 15 Beiträge von 17 AutorInnen. Vielleicht macht schon die folgende kurze Inhaltsübersicht Lust auf die Lektüre:

Arthur Zajonc steuert ein Geleitwort bei, die Herausgeberin Rahel Uhlenhoff, ohne deren unermüdeliches Engagement die Veröffentlichung undenkbar gewesen wäre, die Einleitung zu Anlass, Ansatz, Aussagen und Ausblick des Sammelbandes. Im 1. Teil stellt Albrecht Hüttig „methodische Reflexionen“ an. Im zweiten, ideengeschichtlichen Teil behandelt Marc Hoffmann Steiners „Hadesfahrt und Damaskuserlebnis“, Wolfgang Schad nimmt eine Lagebestimmung hinsichtlich Steiners „Verhältnis zur Naturwissenschaft“ vor, Jörg Evertowski diskutiert „Steiners Geistbegriff vor dem Hintergrund von Aristoteles, Kant, Brentano und Dilthey“, Günther Röscher thematisiert die „Entstehung der anthroposophischen Christologie“. Der dritte Teil ist der Gesellschaftsgeschichte gewidmet. Andreas Hantscher arbeitet dort das Verhältnis zur Theosophie auf, Robin Schmidt gibt eine geschichtlichen Gesamtüberblick.

Der vierte Teil endlich ist der umfangreichste und behandelt die Bewegungsgeschichte der Praxisfelder. Hier kommen Roland Halfen (Steiner und die bildenden Künste), Johannes Kiersch (Waldorfpädagogik), Michaela Glöckler, Matthias Girke und Harald Matthes (Medizin), Manfred Klett (biologisch-dynamischer Landbau) und Uwe Werner (R. Steiners Engagement gegen Rassismus und Nationalismus) zu Wort. Christoph Strawe arbeitet unter dem Titel „Sozialimpulse“ die Entstehungsbedingungen und die Wirkungsgeschichte des Arbeitsansatzes der Dreigliederung des sozialen Organismus heraus.

Der Verlag selbst schätzt die Bedeutung der Publikation wie folgt ein: „Waldorfpädagogik, anthroposophische Medizin, biologisch-dynamische Landwirtschaft und ethisch-ökologisches Bankwesen leisten gern konsumierte sowie gelegentlich gewürdigte Gesellschaftsbeiträge und bilden mit diesen im Kontext der Alternativkultur eine Bewegung: die an-

throposophische Bewegung. Wenig bekannt sowie geschätzt ist bislang jedoch, dass neben dieser pluralen Bewegung auch eine öffentliche Gesellschaft existiert: die Anthroposophische Gesellschaft. Und heute zunehmend zitiert, aber kaum kanonisch rezipiert ist die Inspirationsquelle beider, Rudolf Steiners Philosophie vom Menschen: die Anthroposophie. - Rudolf Steiner hat die Anthroposophie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunächst als Philosophie formuliert, dann zu ihrer Pflege eine Gesellschaft gegründet und schließlich aus dieser heraus berufspraktische Anregungen gegeben. Die Akteure der anthroposophischen Philosophie, Gesellschaft und Bewegung blicken anlässlich seines 150. Geburtstagsjahres auf eine nunmehr 100-jährige Wirkungsgeschichte zurück. Und die akademische Esoterikforschung beginnt nun, die Anthroposophie rückwärts von den Praxisfeldern über die Gesellschaftsgeschichte bis zu ihren Philosophiequellen zu erschließen.

Der Sammelband Anthroposophie in Geschichte und Gegenwart möchte zu dieser jüngst eröffneten Debatte einen Beitrag zum Dialog zwischen akademischer und anthroposophischer Wissenschaft leisten. Er bietet Laien wie Akademikern eine systematische Einführung in Kontext, Genese, Idee und Wirkungsgeschichte der anthroposophischen Philosophie, Gesellschaft und ihren Praxisfeldern.“

Hier noch eine Inhaltsübersicht des Beitrag von C. Strawe zur Wirkungsgeschichte des Arbeitsansatzes der sozialen Dreigliederung:

1. Vorbemerkungen - 1.1. Zum Terminus „Dreigliederung des sozialen Organismus“ - 1.2. Zur Methodik.

2. Die Dreigliederungsbewegung im Umriß - 2.1. Vorgeschichte - 2.2. Die Jahre 1917-1922.

3. Der makrohistorische Kontext des Dreigliederungsansatzes - 3.1. Mündigkeit und Sozialgestaltung - 3.2. Ähnlichkeiten und Unterschiede zu anderen Strömungen des modernen sozialen Denkens - 3.3. Bewusstseins- und esoterikgeschichtliche Aspekte - 3.4. Ergänzungen zur sozialwissenschaftliche Methode der Dreigliederung.

4. Für die konkrete Entwicklung des Dreigliederungsansatzes wichtige menschlich-historische Konstellationen - 4.1. Methodische Kontroverse - 4.2. Vorgeschichte - 4.3. Die Memoranden - 4.4. Die soziale Bewegung von 1919.

5. Zur Wirkungsgeschichte des sozialen Dreigliederungsimpulses - 5.1. Zum Forschungsstand - 5.2. Die Entwicklung nach 1945 - 5.3. Der Umbruch des Jahres 1989 und die Dreigliederungsbewegung - 5.4. Die globalisierungskritische Bewegung und die Dreigliederung.

6. Einzelne Arbeitsfelder: 6.1. Initiativen auf wirtschaftlichem Feld - 6.1.1. Assoziative Wirtschaft - 6.1.2. Rahmenbedingungen der Ökonomie - 6.1.2.1. Eigentum an Unternehmen - 6.1.2.2. Umgang mit Grund und Boden - 6.1.2.3 Geld- und Bankwesen

- 6.2. Einflussnahme auf rechtliche Rahmenbedingungen - 6.2.1. Freiheit im Bildungswesen - 6.2.2. Andere Themen - 6.3. Weitere Tätigkeitsfelder - 3.1. Organisationsentwicklung und Qualitätsmanagement - 6.3.2. Bedingungsloses Grundeinkommen - 6.3.3. Steuerreform - 6.4. Sozialforschung.

7. Missverständnisse der sozialen Dreigliederung am Beispiel der Darstellung Helmut Zanders - 7.1. „Geistesaristokratische Konstruktion“? 7.2. Fehldeutung des Organismus-Begriffs als Quelle von Missverständnissen.

8. Schlussbemerkung.

## **Silvio Gesell: „Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat“**

**Werkauswahl zum 150. Geburtstag am  
17. März 2012**

Über das Werk von Silvio Gesell ist viel gestritten worden, auch in unserer Szene. Um so wichtiger, diesen ökonomischen Denker im Original kennenzulernen.

Einen ersten Zugang bietet dieser, von Werner Onken in gewohnt kompetenter Weise zusammengestellte und kommentierte Sammelband, dessen 2. überarbeitete Auflage ca. Mitte/Ende Januar 2012 erscheint (Gauke-Verlag Kiel, 230 Seiten, Pb., ISBN 978-3-87998-462-6, 19,90 EURO).

# Initiativen und Termine

## **Das Geldsystem neu denken und gestalten!**

**Wer kann das? Wir selbst - wenn wir wollen.  
Befreien wir uns von den bisherigen  
Geldgebern! Ein Beitrag zur  
Selbstverständigung der Occupy-Bewegung**

*Herbert Schliffka*

Beenden wir den Geld-Anarchismus, denn er führt einerseits zu einem krebsartigen Wuchern des Geldes, so das wenige über große Summen verfügen können. Andererseits behindert er durch diese Geld-Anhäufung in wenigen Händen - wie bei einem Herzinfarkt - den geordneten Geldfluss so stark, das immer mehr Menschen mit Geld unterversorgt werden und sich deshalb verschulden müssen.

Seit Kriegsende wächst über Jahrzehnte das Ungleichgewicht zwischen denen, die zuviel, und denen, die zu wenig Geld haben. Das Ergebnis sind Schuldenberge. Die Forderungen der Geldgeber und die Verbindlichkeiten der Schuldner sind gewachsen. Das führte ab 2007 zur weltweiten Banken-Krise, weil Privatschuldner in den USA ihre Hypotheken- und andere Konsum-Schulden nicht mehr zurückzahlen konnten, und das führt nun - zuerst in Griechenland - zur Staatsschuldenkrise im Euro-Raum.

Spekulanten, Börsenmakler, unehrliche Bankberater, Anleger, Investoren und ähnliche Geldumverteilungs- und Anhäufungs-„Jobs“ müssen wieder geächtet werden. Dementsprechend müssen die heute noch zu wenig regulierten und kontrollierten Geld-Institutionen, die deshalb anarchisch wirken und so zu diesen Ungleichgewichten im Geldsystem beitragen, durch ein System seriöser, demokratisch legitimer und gesellschaftlich kontrollierter Geldinstitutionen ersetzt werden. Denn Geld gehört - wie Wasser, Luft, Grund und Boden - allen, die es benötigen, um sich an den Vorgängen im Wirtschaftsleben als Produzenten oder Konsumenten beteiligen zu können. Geld wird von der Zentralbank eines Währungsgebietes - gemäß den Gesetzen und Wirtschaftsnotwendigkeiten - aus dem Nichts geschöpft und in der „richtigen“ Menge in Umlauf gebracht. Der politische Souverän - letztlich die Gesamtheit der mündigen StaatsbürgerInnen - sollte nicht nur diesen Vorgang demokratisch legitimieren und kontrollieren können. Er sollte auch diejenigen gesellschaftlich

relevanten Organisationen berechtigen, die ihre Vertreter in die Aufsichtsräte der großen, systemrelevanten „Geschäftsbanken“ entsenden, damit diese nicht nur den Interessen der Eigentümer, sondern aller am Wirtschaftsleben beteiligten Menschen und deren Organisationen dienen können.

Dazu sind grundlegend neue Gesetze notwendig. Und weil die Politiker diese bisher nicht beschließen wollen, müssen wir durchsetzen, dass wir alle zusammen - als Volk, gemäß Artikel 20, 2 im Grundgesetz (GG) - diese zur Veränderung notwendigen Gesetze selbst beschließen können. D.h., die Demokratie muss - gemäß ihrer Veranlagung im GG - weiterentwickelt werden. Wir müssen also mit aller Macht bewirken, dass möglichst schnell ein außerparlamentarisch zu initiiertes Volks-Gesetzgebungs-Verfahren in drei Schritten (1. außerparlamentarische Gesetzesinitiative, 2. Volks-Begehren und 3. Volks-Abstimmung) so verwirklicht wird, dass es die bestehende parlamentarische Gesetzgebung ergänzt. Die CDU/CSU blockiert dies bisher.

Dann kann das Geld- und Bankensystem demokratisch, mit der Mehrheit von uns allen, unmittelbar so gestaltet werden, dass es gemäß den Anforderungen des Wirtschaftssystems seine Aufgabe erfüllt. Wir könnten dann auf diesem Weg auch das bedingungslose Grundeinkommen mit Zustimmung der Mehrheit verwirklichen. Dies trägt zu einer neuen, sozial gerechteren Einkommensverteilung bei, die notwendig ist, um zukünftig schädliche Ungleichgewichte im Geldsystem zu vermeiden.

Individuelle Empörung über Banken, Spekulanten und Politiker sind heute angebracht. Denn diese verwenden nur solche - von Wirtschaftswissenschaftlern entwickelten - Geldtheorien, die die Ideologie des bestehenden Kapitalismus rechtfertigen, den sie nun minimal verändern wollen, damit das System noch eine zeitlang weiterlaufen kann. Auch die Proteste gegen die Unfähigkeit der heutigen Macher, durch die diese Empörung öffentlichkeitswirksam wird, sind heute notwendig. Doch wenn die Proteste keine gut durchdachten Ziele aufzeigen können, und wenn der Wille und der Mut fehlt, selbst entscheiden zu wollen, dann werden sie nicht zu dem Ziel führen, das bestehende Geld- und Bankensystem durch ein neues, funktionsgerechteres zu ersetzen.

## „Von der Konkurrenz zur Kooperation“

**Auf der 10. Waldorf-Sozialkundelehrertagung in Siegen vom 10.-12. Februar 2012 diskutieren Christian Felber und Udo Herrmannstorfer die Frage, ob ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaft bevorsteht.**

Eingeladen sind Sozialkundelehrer und -lehrerinnen der Freien Waldorfschulen und Rudolf Steiner Schulen. Die Tagung findet in Zusammenarbeit mit dem

Waldorflehrerseminar Kassel statt. In der von Jochen Ketels (joketels@web.de) unterzeichneten Einladung heißt es: Die Grundlagen des alten Wirtschaftsdenkens sind angesichts eines sich selbst zerstörenden Finanzwesens weitestgehend erschüttert. Die „99%“, insbesondere unsere Schüler, sehnen sich nach einer menschengemäß produzierenden Realwirtschaft, die sich am Bedarf des Menschen statt am Gewinn orientiert. Um das reduktionistische, rein materielle Verständnis des Wirtschaftens in Richtung auf ein ganzheitliches, gesundes Verständnis zu überwinden, müssen vor allem wir Lehrer daran arbeiten, unsere veraltete Begrifflichkeit hin zu lebendigen, an der realen Befindlichkeit des Menschen orientierten Begriffen zu erweitern. C. Felber hat sich in seinem Ansatz für eine Gemeinwohl-Ökonomie auf die menschlichen Werte der Solidarität gestützt und auf dieser Grundlage einen Verbund von bislang 400 kooperierenden Unternehmen ins Leben gerufen.

Die Tagung umfasst drei Schwerpunkte: 1) C. Felber wird uns von den Ideen und der aktuellen Ausgestaltung des Projektes „Gemeinwohl-Ökonomie“ berichten ([www.Gemeinwohl-oekonomie.org](http://www.Gemeinwohl-oekonomie.org); Literatur: C. Felber: Gemeinwohl-Ökonomie, Wien 2011). 2) Mit U. Herrmannstorfer werden wir uns den Begriff des „Schenkendes“ als Kern eines Wirtschaftsdenkens erarbeiten, welches vom sozialen Zweck des Wirtschaftens ausgeht, als Beitrag dazu, die Soziale Dreigliederung denken zu lernen. (Artikel aus Info 3, Nov. 2011: „Schenken - mehr als eine großmütige Geste“; wird nach der Anmeldung zugeschickt). 3) Im unterrichtspraktischen Teil werden wir uns konkreten Unterrichtsansätzen vor allem unter dem Gesichtspunkt zuwenden, auf welche (latente) Fragehaltung der Schüler wir heute mit welchen Unterrichtsansätzen antworten können.

Ort: Rudolf Steiner Schule Siegen, Freie Waldorfschule e. V., Kolpingstr. 3, 57072 Siegen. Zeit: Freitag, 10.2., 18.00 Uhr bis Sonntag, 12.2.2011, 12.30 Uhr; Anreise ab 17.00 Uhr Tagungsbeitrag: 80,- €. Anmeldung (Fax an die Rudolf Steiner Schule Siegen, Freie Waldorfschule, 0 27 1 - 4 88 59 50)

## Kapitalismus am Scheideweg?

**Einladung zum 7. Treffen des Sozialwissenschaftlichen Forums in der GLS, Schumannstr. 10, 10117 Berlin, Sa, 25. 2. 2012, 16 Uhr**

88% der Bundesbürger wünschen sich eine neue „Wirtschaftsordnung“! (emnid) Wie und wo beginnt nach der Wende des „Sozialismus“ die Wende des Kapitalismus? Eine wachsende Zahl von Betrieben hat ihre Entscheidung längst getroffen, den menschlichen Bedürfnissen statt dem maximalen Profit zu dienen. Christian Felber organisiert ein neues Bündnis der Gemeinwohlökonomie, das jetzt schon konkrete Schritte in ein menschengerechtes Wirtschaften vollzieht. Produzenten, Händler und Konsumenten sind herzlich eingeladen, diese Schritte zu prüfen und evtl. mitzugehen.

## 7. Stuttgart Open Fair 2012

### Deine Stadt -Deine Welt?

**Vorprogramm: Januar bis Februar 2012**

**Festival-Wochenende: 3. bis 5. Februar 2012**

**Forum 3 / Gewerkschaftshaus / Laboratorium**

Wer bestimmt über unseren Bahnhof, unsere Wasserversorgung, unseren Wohnraum? Bleibt von der Stadt nur die „global city“, ein Knoten im weltweiten Netz aus Waren-, Geld- und Menschenströmen? Wohin mit den Überzähligen, die kein Land mehr nährt, weil selbst der Boden unter unseren Füßen am Kapitalmarkt verbrannt wird: in die Überlebenszonen im Schatten der Glastürme? Und wer will eine Stadt, in der Räume und Bauten zu sinnentleerten Gehäusen verkommen? Stadt ist mehr und wir haben ein Recht darauf, ein Recht mit zu entscheiden, wohin sich unsere Stadt entwickelt. Wie gibt es menschenwürdiges Leben für Alle in der Einen Welt? Unser Leben in der Stadt verbraucht die Welt, frisst Ackerland für Sprit und heizt uns mehr ein als uns lieb sein wird. Die Neue Stadt, das Stuttgart 2050, wird anders aussehen als Hochglanzbroschüren es verheißen - so, oder so. Finden wir neue Wege für lebendige, lebenswerte Städte? Da liegt Fortschritt in der Kultur des Genug, im Wachstum der Solidarität, in der Kreativität, die ohne Tankfüllung den Horizont überschreitet. Da haben die, die jetzt von der Hand in den Mund leben, endlich etwas in der Hand, das weiter reicht.

Die Zukunft der Welt auf den Straßen und Plätzen unserer Städte: Tahrir, Syntagma, Puerta del Sol, Wall-Street, Unser Park... Menschen erobern sich die Straße, den öffentlichen Raum zurück, um unser Recht auf unsere Stadt, unser Recht auf Eine Welt für Alle zu fordern. Demokratie wird lebendig, wenn wir sie aktiv ausüben - wir haben eine Zukunft, wenn wir sie selbstbestimmt, öffentlich und gemeinsam in die Hände nehmen. Stuttgart Open Fair: Menschen und Initiativen der Stuttgarter Zivilgesellschaft laden Euch, uns Alle, herzlich ein: uns kennen zu lernen, unsere Zusammenarbeit zu stärken. Um über unsere Visionen für die Städte von morgen in aller Welt nachzudenken und um Wege zu finden, dort hin zu kommen - wo noch niemand war. Das Programm ist offen, das Programm sind Wir: Workshops und Aktionen können bis 13.01.2012 angemeldet werden - für Eure Beiträge ist Raum.

### Vorprogramm:

Stadt-Filmreihe - Filme mit Gespräch über Auseinandersetzungen für das Recht auf Stadt und Bürger-Initiativen für lebenswerte Stadträume | StadtGespräche - Stuttgarter Aktive und Gäste diskutieren über aktuell wichtige Themen in der Stadt | Jugendtheater-Projekte - Jugendliche erarbeiten Szenen zu den Themen des diesjährigen SOFa, Aufführungen im Bühnenprogramm

### Festival-Wochenende:

Freitag, 3. Februar: SOFa-Eröffnung. Bewegung in der Stadt | Samstag, 4. und Sonntag, 5. Februar:

Workshops, Filme, Vorträge, Diskussionen - mit Fridjof Bergmann, Shahira Abouellail, Yoko Akimoto und vielen anderen. Theaterprojekte und Aufführungen | Samstag, 4. Februar Stadtpaziergänge: Rotlicht oder Rote Karte in die Altstadt: Unter Menschenhändlern - Stuttgart von unten: Soziale Not in einer reichen Stadt - Könige und Bauern - Stadt und Macht, Geschichte und Gegenwart - Von den Börsen und Banken zum Park und den Bäumen - Der „Weltbewusst“-Stadtrundgang. Eine Entdeckungsreise durch die globalisierte Marken- und Produktwelt in der Stuttgarter Innenstadt - Unser Stadt gestern - Deine Stadt morgen: Die Sünden, die Pläne, die Aussichten - Dichter und Denker für eine bessere Welt | Ab 10.30: Auf zu neuen Horizonten: Transformation der Stadt, Projekte von Stuttgarter Gruppen, Abschlussplenum

### Ausführliches Programm

siehe [www.sofa2012.de](http://www.sofa2012.de). Infos und Anmeldung von Workshops und Aktionen: SOFa-Sekretariat | Co-libri e.V Nauklerstraße 13 | 72074 Tübingen Tel.: 07071-255608 | Fax: 07071-5499178 | E-Mail: [info@sofa2012.de](mailto:info@sofa2012.de) | [www.stuttgart-open-fair.de](http://www.stuttgart-open-fair.de)

## Freiheit für das Bildungsleben als soziale Notwendigkeit

„Für eine Welt in den Händen der Menschen,  
nicht in den Händen der Banken und Politiker!“  
(Slogan der Occupy-Bewegung)

### Öffentliche Tagung, Berlin, Fr, 2. März 2012, 19 Uhr bis So, 4. März 2012, 13 Uhr

mit Thomas Brunner, Anke Caspar-Jürgens, Corinna Gleide, Ralf Gleide, Lars Grünwald (angefragt), Johannes Heimrath (angefragt), Prof. Dr. Ulrich Klemm, Johannes Mosmann, Clara Steinkellner. Karl Ballmer Saal, SinneWerk, Liegnitzer Str. 15, 10999 Berlin

Eine Wirtschaft, die auf Egoismus basiert, und eine Politik, die bevormundend an den Menschen vorbei regiert, haben tiefe Gräben in unsere Gesellschaft gerissen. Deshalb werden angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise zunehmend gesellschaftliche Gewordenheiten infrage gestellt und neue Wege gesucht. So notwendig z.B. die gesetzliche Eindämmung der Spekulation ist, so notwendig wäre andererseits eine Entstaatlichung und grundsätzliche Neuorientierung unseres Bildungswesens. Denn woher sollen die Impulse für ein solidarisches soziales Leben kommen, wenn durch zunehmende Zentralisation, Standardisierung und Selektion in den Bildungseinrichtungen ein inhumaner Konkurrenzdruck und ein Karrieredenken geradezu erzeugt werden? Inwiefern eine Entstaatlichung und eine Bewahrung vor wirtschaftlicher Einflussnahme unserer Bildungseinrichtungen durch eine völlig freie Selbstverwaltung nicht nur einer ganzheitlichen Menschen-

bildung neue Räume eröffnen, sondern auch Wege zu einer sozialverantwortlichen Wirtschaftskultur ebnet, das soll Thema der Tagung sein.  
Info: Clara Steinkellner, 0178-6152189, [www.freie-bildungstiftung.de](http://www.freie-bildungstiftung.de)

45527 HATTINGEN, Deutschland, Tel. +49 - 2324 - 68 46 06, Fax. +49 - 2324 - 34 30 2, [vdI@omnibus.org](mailto:vdI@omnibus.org), <http://www.omnibus.org>, <http://www.schule-in-freiheit.de>, <http://www.aktion-volksabstimmung.de>, <http://www.democracy-in-motion.eu>

Quelle: Newsletter des Omnibus für direkte Demokratie

## Mehr Demokratie wagen

### Mehr Demokratie zieht vors Verfassungsgericht - Jetzt Bürgerklage unterstützen!

Wussten Sie, dass Sie bei der Bundestagswahl einer Partei zu weniger Sitzen verhelfen können, indem Sie diese wählen? Dies verursacht ein Effekt, der „negatives Stimmgewicht“ genannt wird. Mehr Demokratie und Wahlrecht.de haben nun eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gestartet: Zum einen soll das negative Stimmgewicht beseitigt werden. Zum anderen soll die Verzerrung der Wahlergebnisse durch Überhangmandate verhindert werden.

Hintergrund: Seit dem 14. Oktober gilt in Deutschland ein neues Wahlrecht. Die Reform wurde nötig, weil 2008 das Verfassungsgericht das negative Stimmgewicht für verfassungswidrig erklärt hatte. Drei Jahre hatte der Gesetzgeber dafür Zeit - aber erst nach Ablauf der Frist wurde eilig ein schlechtes Gesetz zusammengestrickt. Die Folge: Noch immer können negatives Stimmgewicht und Überhangmandate auftreten. Bitte unterstützen Sie deshalb jetzt die Bürgerklage.

Einfach das Unterstützerformular ausdrucken, ausfüllen und unterschrieben an die angegebene Adresse schicken. Zum Unterstützerformular: [www.mehr-demokratie.de/wahlrecht-klage.html](http://www.mehr-demokratie.de/wahlrecht-klage.html)

### Schleswig-Holstein und Brandenburg: Volksinitiativen geschafft

Unterschriften, Rosen und Honig für die Demokratie: Das gab es bei der Übergabe der Volksinitiativen „Mehr Demokratie“ in Kiel. Die Initiativen zielen auf anwendungsfreundliche kommunale Bürgerentscheide und die Einführung der Volksabstimmung auf Bundesebene. Der OMNIBUS war dafür wochenlang in Schleswig-Holstein unterwegs. Auch in Brandenburg haben wir es geschafft. Am 28. September hat das Bündnis der Volksinitiative „Schule in Freiheit“ 38.186 Unterschriften an den Landtagspräsidenten überreicht. Die Volksinitiative zielt auf mehr Selbstverwaltung der staatlichen Schulen und eine gleichberechtigte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Am Donnerstag, dem 1. Dezember fand die Anhörung vor dem Landtag in Brandenburg statt. Das Ergebnis der Anhörung können Sie auf unserer Website [www.schule-in-freiheit.de](http://www.schule-in-freiheit.de) nachlesen.

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, Michael von der Lohe, Im Vogelsang 91,

## Vorschau: Aktuelle Themen im Forum 3, Stuttgart

Ansprechpartner: Ulrich Morgenthaler, 0711 - 4 40 07 49 - 66, [Aktuelle-Themen@forum3.de](mailto:Aktuelle-Themen@forum3.de)

Thomas Becker, Claudia Duppel, Peter Grohmann, Johannes Lauterbach, Hannes Rockenbauch, Julia von Staden; Moderation: Marieke Kodweiß: „Auf Augenhöhe!“ Freitag, 13. Januar, 19.00(!) Uhr

Teilnehmer des ersten Kongresses in Paris, Vertreter von Europe2020, Freunde von Beppe Grillo, u.a.: Sechs grundlegende Reformen für eine demokratische Governance Eurolands, Samstag, 14. Januar, 9.30 - 18.00 Uhr, Sonntag 15. Januar, 9.30 - 14.00 Uhr

Karsten Massei und Ulrich Morgenthaler: Die Naturgeister warten auf uns. Freitag, 20. Januar 20.00 Uhr

Dr. med. Ulrich Geyer: Zwischen Geld und Moral. Dienstag, 24. Januar, 19.30 Uhr (!)

Dr. Christian Schopper: Depressionen: Verstehen und Bewältigen. Freitag, 27. Januar, 20.00 Uhr

Mit Vorprogramm Januar 2012 Stuttgart Open Fair 2012: dEINE Stadt - dEINE Welt? Freitag, 3. Februar bis Sonntag, 5. Februar

Wolfgang Findeisen Zukünftiges Heilen Freitag, 10. Februar, 20.00 Uhr

Alheidis von Bothmer, Bohdana von Dollhopff, Antonia Herzog, Max Hungsberg Die innere Stimme Freitag, 24. Februar, 20.00 Uhr

Heiderose Riepke-Voß und Ulrich Morgenthaler: Alltägliches Ich, Höheres Ich, Christus Ich. Montag, 27. Februar, 20.00 Uhr

Dorian Schmidt: Erfahren und Verstehen der Lebenskräfte. Freitag, 2. März, 20.00 Uhr

Siegfried Weitinas: Die Sonne ist an allem schuld. Montag, 5. März, 20.00 Uhr

Prof. Dr. Thomas Görnitz: Quantenphysik und Bewusstsein. Freitag, 9. März, 20.00 Uhr

Thomas Mayer: Praktisches Zusammenleben mit den Engelshierarchien. Montag, 19. März, 20.00 Uhr

Dr. Ben-Aharon: „Transcendent Man“. Donnerstag, 22. März, 20.00 Uhr

Dr. Ben-Aharon: Das Christus-Ereignis des 21. Jahrhunderts. Freitag, 23. März, 20.00 Uhr

Lena Sutor-Wernich, Rebekka Kreisel, Tilman Vogel und Johanna Werner: Engagement und Bewusstsein. Freitag, 30. März, 20.00 Uhr

## Wie lernen Kinder Empathie und Solidarität?

**Soziale und antisoziale Triebe im Kinder- und Jugendalter. 9. Bildungskongress, Freitag, 13.1. bis Sonntag 15.1.2012, Stuttgart Uhlandshöhe**

Kongressprogramm und Online-Anmeldung unter: [www.bildungskongress2012.de](http://www.bildungskongress2012.de). Veranstalter, Konzeption und Durchführung: Agentur „Von Mensch zu Mensch“. Mitveranstalter: Bund der Freien Waldorfschulen und Vereinigung der Waldorfkinderergärten. Weitere Informationen: Frau Godard, Tel. 0711 248 50 97 oder Mail an: [aneider@gmx.de](mailto:aneider@gmx.de)

## Ägypten - ein Jahr nach der Revolution

**An-, Ein- und Aussichten  
20. Januar 2012, 19.30 Uhr,  
Kursaal Bad Cannstatt**

Am 25. Januar 2011 erhob sich das ägyptische Volk gegen das Regime Mubarak. Der Midan el-Tahrir, der „Platz der Befreiung“ in Kairo wurde Symbol der Erhebung. Als Partnerstadt Kairos lädt die Stadt Stuttgart gemeinsam mit in Stuttgart ansässigen Kulturvereinen Interessierte ein, sich an dem Podiumsgespräch „Ägypten ein Jahr nach der Revolution“ zu beteiligen. Wo steht Ägypten heute - ein Jahr danach, und welche Kräfte gestalten die weitere Entwicklung? Dies sind Fragen, denen gemeinsam nachgegangen werden soll. Die Veranstaltung ist eine Gemeinschaftsveranstaltung des SEKEM-Fördervereins Deutschland, des Yalla e.V. sowie ägyptischer Studenten an Stuttgarter Hochschulen. Sie wird unterstützt von der Stadt Stuttgart und dem Institut für Auslandsbeziehungen e.V. Eintritt frei, Spenden erbeten.

8:30 Einlass mit Imbiss. 19:30 Begrüßung & Grußworte: Vertreter der Stadt Stuttgart, IFA - Institut für Auslandsbeziehungen, Dr. Roland Schaette - SEKEM-Vorstand. Impulsvorträge von Hatam Elliesie (Staatsorganisation und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen) | Dr. Assem Hefny (Religiöse Referenzen während und nach der ägyptischen Revolution) | Dr. Bruno Sandkühler (Ein Blick auf die Zivilgesellschaft) | Diskussion | Moderation: Bijan Kafi

# Aufruf zum Kostenausgleich

## Etat 2012 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

*Hans-Jörg Barzen*

Als neuer Mitarbeiter der Initiative Netzwerk Dreigliederung möchte ich mich heute mit dem sich jährlich an dieser Stelle wiederholenden Blick auf den Etat des Folgejahres und der Bitte um Teilnahme am Kostenausgleich an Sie wenden.

Der Etat 2012 gleicht fast völlig dem von 2011. Die Werte haben sich aus der Einnahmen- wie der Ausgabenseite stabilisiert, was für die Kontinuität der Initiative Netzwerk Dreigliederung spricht. Wir hoffen, auch in 2012 wieder genügend Teilnehmer am Kostenausgleich zu finden, die damit ihre Unterstützung unserer Arbeit manifestieren.

Zur Teilnahme am Kostenausgleichsverfahren, das unten genauer erläutert wird, überweisen Sie bitte auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 1161625 bei der BW Bank, BLZ 60050101.

Den Beitrag für die Zeitschrift (Richtsatz 20,- €) können Sie zusammen mit Ihrem Kostenausgleichsbeitrag überweisen, damit Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Wir verbuchen dann 20,- € für den Rundbrief und den Rest als Kostenausgleichsbeitrag.

### Das Kostenausgleichsverfahren

Seit dem Beginn unserer Tätigkeit finanzieren wir uns über ein Kostenausgleichsverfahren. Dieses Verfahren entspricht dem Charakter des Netzwerks als einer Initiative ohne feste Vereinsform und damit ohne Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Grundlage ist jeweils ein Jahresetat (s. S. 55 oben), aus dem sich der Kostenausgleichsbedarf und daraus wiederum der Richtsatz je Teilnehmer als eine allgemeine Orientierungsgröße ergibt. Da einige Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren nicht den vollen Satz aufbringen können, appellieren wir an dieser Stelle wiederum an den Solidarwillen:

## Etat 2012

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief	12.000 EUR	12.000 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		1.300 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		700 EUR
Gehaltsanteile und Honorare		23.000 EUR
Zusammen	12.000 EUR	37.000 EUR
<b>Erwartete Unterdeckung</b>		<b>25.000 EUR</b>

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 250 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das (wie im Vorjahr) einen Mittelwert von 100 EUR bedeuten.

finanziell besser gestellte Teilnehmer mögen einen höheren Satz beitragen.

Die Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren erhalten Anfang 2012 die Abrechnung über die realen Einnahmen und Ausgaben 2011 sowie eine Bescheinigung über den in 2011 übernommenen Kostenausgleichsanteil (bitte achten Sie daher bei Ihrer Überweisung auf eine deutliche Zuordnung ihrer Zahlung zu dem Namen bzw. der Institution, für die die Bescheinigung ausgestellt werden soll).

### Einzugsermächtigung

Wenn Sie in Deutschland wohnen, können Sie den Betrag auch per Lastschrift einziehen lassen. Das ist vor allem dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten. Die Einzugsermächtigung muss den Betrag, die Kontonummer, Bank und Bankleitzahl enthalten. Sie können dazu das Formular unten auf der Seite verwenden oder die Ermächtigung formlos schriftlich erteilen.

### Auslandsüberweisungen

Mit der SEPA (Single Euro Payments Area) - Überweisung sind Überweisungen nicht nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch von und nach Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz gleich günstig und schnell wie Inlandsüberweisungen. Dies gilt allerdings nur, wenn bei der Überweisung die IBAN Nummer in Verbindung mit dem BIC (Bank Identifier Code) verwendet wird. Die IBAN-Nummer des Treuhandkontos Czesla lautet: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST).

Teilnehmer der Schweiz können auch auf das PostFinance-Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. überweisen. (Wichtig: Bezeichnung „Kostenausgleich NETZWERK“ angeben) Die Kontonummer lautet: 85-602381-6 (BIC: POFICHBEXXX, IBAN: CH20 0900 0000 8560 2381 6).

### Steuerliche Behandlung

Steuerlich ist der Kostenbeitrag keine Spende. Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen, gewerblichen Tätigkeit steht, vielmehr als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden. Denn die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbstständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen.

Absender:

Name, Vorname .....

Straße .....

Land/Ort/PLZ .....

Tel./Fax/E-Mail .....

An die Initiative  
Netzwerk Dreigliederung  
Libanonstraße 3  
D-70184 Stuttgart

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf jährlich EUR .....von meinem Konto einziehen. Davon sollen EUR ..... auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

Konto-Nr: .....

Bankinstitut: .....

Bankleitzahl: .....

Ort/Datum ..... Unterschrift .....



# Terminvorschau 2012 / 2013

## Fortbildungsseminare

### Individualität und soziale Verantwortung / Studiengang Sozialentwicklung

12. - 15. Januar 2012

#### **Vom Ganzen her wollen - Arbeit und soziale Sicherung**

Abschlussveranstaltung des 3. Durchgangs des Studiengangs Sozialentwicklung

4.-6. Mai 2012

Öffentliche Werkstatt zum Thema:

#### **Neue Medien - Möglichkeiten und Grenzen ihrer Nutzung**

14.-20. Oktober 2012:

#### **Basiswoche Dreigliederung des sozialen Organismus**

Die sozialen Konsequenzen individueller Mündigkeit: Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus. (Gestaltungsfragen des Geistes-, Rechts- und Wirtschaftslebens. Organisationsentwicklung, Methodenfragen, Anthroposophie und soziale Dreigliederung)

3.-9. Februar 2013:

#### **Aufbauwoche soziale Dreigliederung**

Der Vertrag als Quelle modernen Rechts - Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderaum - Perspektiven und Praxis des assoziativen Wirtschaftens - Fragen der Preis- und Einkommensbildung - Die Bedeutung des Eigentums für die individuelle und soziale Entwicklung - Neuordnung des Geldwesens - In Entwicklungen denken: Nachhaltige Entwicklung - Arbeit und soziale Sicherung - Sozialgestaltung und Menschenverständnis

9.-12. Mai 2013:

#### **Intensivseminar: Führung in der Selbstverwaltung freier Schulen und anderer freier Einrichtungen**

9.-11. November 2013

**Vertiefungsseminar** im Rudolf Steiner Haus Frankfurt/M. - Thema ist noch offen.

**Forschungskolloquia** zur Zukunft des öffentlichen Sektors und der sozialen Sicherung - Termine noch offen.

#### **Änderungen und Ergänzungen vorbehalten.**

#### **Nähere Informationen**

finden Sie zu gegebener Zeit im Internet unter [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de) oder erhalten Sie auf Anfrage beim Institut für soziale Gegenwartsfragen, Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart, Tel. 0711-2368950, E-Mail: [institut@sozialimpulse.de](mailto:institut@sozialimpulse.de)